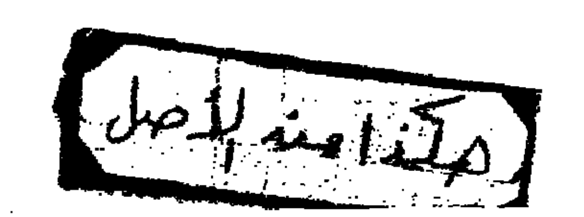


Dienstag, 12. Juli 1983 - D ✱✱✱

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 159 - 28.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 80 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 90,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,60 sfr. Spanien 110 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Truppenabbau: Sowjet-Vorschlag bei den Wiener Verhandlungen. Drei Bundeswehr-Divisionen mit 40 000 Mann sollen aufgelöst werden, sowjetische Verbände aber würden nur in die UdSSR zurückverlegt. NATO-Reaktion: Versuch, Vormacht in Europa auszubauen.

CSU: Der „DDR"-Milliardenkredit ist von Strauß persönlich „eingefädelt", aber mit dem Bundeskanzler abgestimmt worden. Als Gegenleistung Ost-Berlins nannte Strauß eine „Wende zum Erfreulichen" bei Grenzkontrollen und der „DDR"-Gesprächsbereitschaft.

Gewalttäter: Bei einer Razzia in einem Wuppertaler Jugendzentrum hat die Polizei mindestens sieben der Gewalttäter bei den Krefelder Krawallen während des Besuchs von US-Vizepräsident Bush entdeckt. NRW-Innenminister Schnoor wurde von der Aktion erst nachträglich informiert, teilte aber die Beurteilung der Polizei, daß eine „Strategiekonferenz für einen heißen Herbst" gesprengt worden sei.

Arbeitsmarkt: Der CSU-Vorsitzende Strauß hat in einem Brief an Arbeitsminister Blüm das Vermittlungsmonopol der Arbeitsämter als mangelhaft bezeichnet. Um die Lehrstellenzusage des Kanzlers einzuhalten, seien Änderungen notwendig.

Sozialhilfe: 1984 werden die Sozialhilfe-Sätze doch entsprechend der Steigerung der Lebenshaltungskosten angehoben, teilte Familienminister Geißler mit.

Chile: Bundeskanzler Kohl hat die Verhaftung der christdemokratischen Parteiführung in Santiago als „katastrophalen Fehler" der chilenischen Regierung bezeichnet und die sofortige Freilassung des Parteivorsitzenden Valdes verlangt.

Heute: Graf Lambsdorff setzt Wirtschaftsgespräche in Japan fort. – Neue Runde der britisch-chinesischen Verhandlungen über Hongkongs Schicksal nach Auslaufen des Pachtvertrages (1997). – In Frankreich wird Super und Normalbenzin teurer (fünf und drei Centimes).

ZITAT DES TAGES



❞ Das war durchaus rechtens, die Polizei war dabei, Straftäter zu verfolgen. ❞

Der Chef der Düsseldorfer Staatskanzlei und frühere Oberstadtdirektor von Wuppertal, Rolf Krumsiek, über die Polizeiaktion in der „Börse".

FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

USA: Neues Gesetz gestattet Banken, sich an Investmentfonds-, Versicherungs- und Immobiliengeschäften zu beteiligen.

Lambsdorff: Der Wirtschaftsminister drängt in Japan zur Marktöffnung und empfiehlt besonders den Kauf von Airbus und Kernkraftanlagen.

Arbed-Saarstahl: Bund und Land wird von der IG Metall „Angst" vorgeworfen, weil sie auf Aufsichtsratssitze bei Arbed-Saarstahl verzichtet haben.

Klöckner: Deutlicher Umsatzrückgang für „Inlandskonzern" mit 400 Millionen DM; Weltumsatz von 11,2 auf 11,12 Milliarden DM gefallen.

Argentinien: Angestrebte Ermäßigung der Inflationsrate auf 160 Prozent jährlich für 1983 wird nicht erreicht. Anstieg allein im Juni schon 15,8 Prozent.

Brasilien: Streik in der Autoindustrie wurde vorerst beendet; Metaller werden sich am Generalstreik des 21. Juli beteiligen.

Börse: Der Dollarkurs konnte sich an den Devisenbörsen weiter befestigen. In Frankfurt stieg der *amtliche Mittelkurs* auf 2,5840 (Freitag 2,5730) Mark, auf das höchste Niveau seit Mitte November letzten Jahres. An der Aktienbörse gaben die Kurse auf Grund geringer Kaufaufträge leicht nach. Rentenmarkt schwächer. WELT-Aktienindex 144,6 (144,9). Goldpreis je Feinunze 430,50 (426,00) Dollar.

KULTUR

Lukschy: Der Schauspieler Wolfgang Lukschy starb 78jährig in Berlin.

Mathematik: Bei der 24. Internationalen Mathematik-Olympiade in Paris gewannen die sechs Schülerinnen und Schüler aus der Bundesrepublik nach 1982 zum zweiten Mal den Mannschaftswettbewerb.

Künstler-Gehalt: Hollands Regierung will die Zahlungen an notleidende bildende Künstler (die dafür monatlich ein Werk abzuliefern hatten) drastisch kürzen. Reaktion des Künstler-Verbandes: „Erstaunlich und abscheulich."

ZDF: Paris-Korrespondent (in der Nachfolge Scholl-Latours) wird der Leiter der Innenpolitik, Horst Schättle. Sein Nachfolger wird Klaus Bresser, bisher Leiter des „Heute-Journals".

SPORT

Segelfliegen: Bruno Gantenbrink aus Menden gewann bei den Weltmeisterschaften der Segelflieger in Hobbs (USA) zum zweiten Mal nach 1978 in der offenen Klasse die Silbermedaille.

Universiade: Falls der schwer verunglückte Turmspringer Sergej Schalibaschwili (UdSSR) aus dem Koma erwacht, rechnen die Ärzte mit schweren bleibenden Gehirnschäden.

AUS ALLER WELT

Schadenersatz: Zwei Psychiater, die einen Patienten falsch beurteilten, wurden in San Diego (USA) zu 177 000 Dollar Schadenersatz verurteilt, nachdem der Mann einen Mord begangen hatte.

Unterhalt: Nachdem US-Gerichte „ständigen Begleiterinnen" reicher Männer hohe Unterhaltssummen nach der „Scheidung" zubilligten, ist erstmals einem Mann ein solcher Anspruch zugebilligt worden: Der Schauspieler Trevor Hook erhielt für seine Beziehungen zu einer mittlerweile verstorbenen Frau aus deren Erbschaft 125 000 Dollar durch ein Gericht in Santa Monica (USA) zuerkannt.

Flucht: Ein polnischer Ingenieur entkam von einer Jacht und erreichte schwimmend die Küste Schwedens.

Hausbesetzer: Zeltlager „Chaotenburg" nahe dem Charlottenburger Schloß, das nach Hausräumungen am 27. Juni angelegt worden war, von den hundert „Bewohnern" freiwillig geräumt.

Wetter: Zu Hause ist es jetzt wärmer als an den Stränden Italiens und Spaniens. Es bleibt warm mit Temperaturen über 30 Grad, am Mittwoch nur vorübergehend wolkiger und etwas kühler.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Wiener Vorschlag Moskaus strebt Schwächung der Bundeswehr an

Entwurf für MBFR-Vertrag sieht Truppenreduzierung um 40 000 Mann vor

C. GRAF BROCKDORFF, **Brüssel**

Die Sowjetunion hat bei den Wiener MBFR-Verhandlungen über Truppenreduzierungen in Mitteleuropa einen Vertragsentwurf vorgelegt, der nach Ansicht westlicher Experten zentral darauf abzielt, die Kampfkraft der Bundeswehr zu schwächen. Nach den Bestimmungen des am 23. Juni vorgelegten Entwurfs müßte die Bundeswehr komplette Verbände mit einer Stärke von 40 000 Mann auflösen. Das entspricht etwa drei Divisio*nen.*

Während in ersten westlichen Reaktionen auf den Vertragsentwurf noch von einem „Schritt in die richtige Richtung" gesprochen worden war, ergab sich bei näherer Beschäftigung mit dem Text eher ein gegenteiliger Eindruck. In alliierten Kreisen hieß es, der Entwurf spiegele die sowjetische Absicht wider, sich in Europa als Hegemonialmacht zu etablieren.

Offiziell darf über Einzelheiten der Wiener Verhandlungen nichts mitgeteilt werden, weil die Gesprächspartner, NATO und Warschauer Pakt, Vertraulichkeit vereinbart haben. Der Westen gerät jedesmal in Beweisnot, wenn der Osten erklärt, an ihm liege es nicht, wenn keine Fortschritte erzielt würden. Texte sollen nach östlicher Denkweise erst nach Unterschrift der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Im sowjetischen Vertragsentwurf, der insgesamt 26 Artikel umfaßt, wird eine kollektive Obergrenze der Streitkräfte auf jeder Seite von 900 000 Mann festgelegt. *Davon sollen jeweils* 200 000 den Luftstreitkräften angehören, der Rest den Heeren. Seestreitkräfte sind nicht berücksichtigt. Als Vertragsgebiet gilt im Westen die Bundesrepublik Deutschland und die Benelux-Staaten, im Osten die „DDR", Polen und die Tschechoslowakei.

Das bedeutet, daß das Staatsgebiet der Sowjetunion vom Vertrag *nicht berührt* wird. Angesichts der Tatsache, daß die Entfernung zwischen den westlichen Militärbezirken der Sowjetunion und dem vorderen Rang ihrer am weitesten westlich stationierten Truppen verhältnismäßig kurz ist, die Entfernung zwischen Westeuropa und Nordamerika aber 6000 Kilometer beträgt, kommt dieser Bestimmung große Bedeutung zu. Allerdings ist dieser Grundsatz 1973 bei Aufnahme der Verhandlungen von beiden Seiten akzeptiert worden.

Eine der zentralen Bestimmungen des Entwurfs ist in Artikel fünf enthalten: „Die Reduzierung der Landstreitkräfte durch die Teilnehmer des Abkommens erfolgt in Verbänden, Truppenteilen und Einheiten zusammen mit der zu ihrer Struktur gehörenden Bewaffnung und Kampftechnik." Mit Verbänden, Truppenteilen und Einheiten sind nach alliierter Lesart Brigaden, Bataillone und Kompanien gemeint. Dazu heißt es in Artikel sieben: „Die zu reduzierenden einheimischen Landstreitkräfte werden bei gleichzeitiger Demobilisierung des Personals aufgelöst, ihre Bewaffnung und Kampftechnik werden aus den Kampfbeständen der Streitkräfte ausgegliedert."

■ Fortsetzung Seite 6

Strauß: Ich habe den Kredit vermittelt

CSU-Vorsitzender läßt Erwartungen auf Zugeständnisse der „DDR" erkennen

PETER SCHMALZ, **München**

Zum ersten Mal hat der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß sich in der Öffentlichkeit detailliert zu den Umständen geäußert, die zu der Milliarden-Kredit an die „DDR" geführt habe. Unumwunden gab er sich dabei als Initiator des Kredits zu erkennen und meinte in einer fünfseitigen Erklärung, die er nach der gestrigen Vorstandssitzung vor der Presse verlas: „Ich habe meine Rolle weder großspurig zu übertrieben noch aus irgendwelchen Gründen abzustreiten." Die Bundesregierung *zeigte sich „froh darüber", daß der* bayerische Ministerpräsident die Vergabe des Kredits eingefädelt hat.

Strauß berichtete: Im Herbst 1982 sei der Hinweis an ihn herangetragen worden, *die „DDR"* wünsche einen „ganz normalen" DM-Kredit. Eine Rückfrage bei Bundeskanzler Helmut Kohl ergab, daß dieser Interesse an der Sache habe. In der Zwischenzeit kam es zu dem Todesfall am Kontrollpukt Drewitz, den Strauß zum Anlaß nahm für eine nach eigenen Angaben – „außerordentlich scharfe Kritik". Schon kurze Zeit später wurde ein Gespräch mit einem hohen Beamten aus dem „DDR"-Außenhandelsministerium geführt, in dessen Mittelpunkt die Verhältnisse an der innerdeutchen Grenze standen. Bei einem zweiten Gespräch kurz darauf wurde Strauß gefragt, „ob sich an der Grenze etwas geändert hätte", was dieser aufgrund vorliegender Meldungen der bayerischen Grenzpolizei bejahte.

Erst im dritten Gespräch ging es dann um Einzelheiten des Kredits. Aus Kompetenzgründen hatte Strauß dazu den Staatsminister im Bundeskanzleramt, Jenninger, als Gesprächsführer gebeten. Schließlich kam Strauß noch der Anregung des Kanzlers nach, eine bayerische Bank mit der Konsortialführung zu betrauen. Strauß wies gestern nachdrücklich darauf hin, daß dieser Kredit weder den deutschen Steuerzahler noch den deutschen Kreditmarkt belaste, da er am Euromarkt abgewickelt werde. Durch den Begriff „Bundesbürgschaft" sei ein falscher Eindruck entstanden. „Die Bürgschaft leistet die „DDR".

Obwohl Strauß „ganz klar" trennen möchte zwischen einem Kredit zu banktechnischen Bedingungen und den politischen Beziehungen zur „DDR", ließ er gestern doch Erwartungen auf eine Reihe Zugeständnisse der „DDR" erkennen. *Es sei eine positive Entwicklung,* daß die „DDR" offensichtlich zu Gesprächen über Luftreinhaltung, Erstattung der Postgebühren, Verbesserung des Fernsprechverkehrs sowie des Paket- und Päckchenverkehrs bereit ist.

Zu Fragen nach Rücknahme des Zwangsumtausches oder gar der Aufhebung des Schießbefehls wollte der CSU-Vorsitzende keine Stellung nehmen, er scheint aber Entwicklungen in diese Richtung nicht völlig auszuschließen. „Es hat keinen Sinn", meinte Strauß wörtlich, „weitere Angaben zu machen, Hoffnungen zu erwähnen oder Forderungen darzustellen. Man kann die Lösungsmöglichkeiten der gegebenen Probleme nur zerreden oder zerschreiben." Bundesminister Windelen sagte gestern der „Bild"-Zeitung: „Wir wünschen mindestens eine deutliche Herabsetzung der Zwangsumtauschsätze und auch eine deutliche Senkung des Reisealters von Rentnern aus der DDR."

„Schaden für das Ansehen der Justiz"

WELT-Interview mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU Fraktion Erhard

DW. Bonn

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und rechtspolitische Experte der CDU/CSU, Benno Erhard, *hat sich mit Nachdruck* gegen jüngste öffentliche Äußerungen von Richtern der obersten deutschen Gerichte zu tagespolitischen Themen gewandt. So hatte sich etwa der Präsident des Bundesgerichtshofes, *Gerd Pfeiffer,* im „Spiegel" gegen eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts gewandt. Erhard, selber Jurist, sagte in einem WELT-Interview, damit könne das Ansehen der dritten Gewalt in Mißkredit gebracht werden. Mit Erhard sprach Stefan Heydeck.

WELT: Herr Erhard, Mitglieder der obersten deutschen Gerichte, wie der Bundesverfassungsrichter Helmut Simon und der Präsident des Bundesgerichtshofes, Gerd Pfeiffer, äußern sich in aller Öffentlichkeit kritisch zu tagespolitischen Fragen und Gesetzesvorhaben. Steht das eigentlich prominenten Vertretern eines Berufsstandes zu, der sich immer wieder vehement gegen Kritik an seiner Arbeit, insbesondere gegen sogenannte Urteilsschelte, wehrt?

Erhard: Das ganze ist eine Frage des politischen und beruflichen Geschmacks. Selbstverständlich können Richter, wie jede andere Person, *sich zu politischen* Tagesfragen äußern. Nur wird offenbar von einigen übersehen, daß das nicht sehr klug ist, und daß es auch das Ansehen der dritten Gewalt in Mißkredit bringen kann.

WELT: Ist in solchen Stellungnahmen, wie sie Simon zur „konsultativen Volksbefragung" im Zusammenhang mit einer möglichen Nachrüstung und Pfeiffer zum Demonstrationsstrafrecht gemacht hat, nicht der unzulässige Versuch einer möglicherweise gewollten Beeinflussung von Bundesregierung und Parlament zu sehen?

Erhard: Es ist ganz sicher ein solcher Versuch. Ob der unzulässig ist, wage ich zu bezweifeln. Das kann durchaus zulässig sein. Aber es nimmt den betreffenden Personen das Ansehen, daß sie noch unbefangen wären, wenn sie einmal in ähnlicher Weise zu entscheiden haben würden. Sie schließen sich damit selbst aus der Rechtsprechung aus. Im übrigen sollten Richter nach und nicht vor Entscheidungen ihre eigenen Vorstellungen bekanntgeben.

WELT: Können Richter und Staatsanwälte, die sich gegen jegliche Stationierung neuer amerikanischer Raketen wenden, eigentlich noch unvoreingenommen und unabhängig urteilen, wenn ihnen im befürchteten „heißen Herbst" Demonstranten als Rechtsbrecher vorgeführt werden?

Erhard: Ich halte es für ausgeschlossen, daß sie noch ihre Unbe-

● Fortsetzung Seite 6

Leo 2: Deutliche Warnung Israels

Jerusalem befürchtet Weitergabe des „Leopard" durch Saudis / Kompensation abgelehnt

JÜRGEN LIMINSKI, **Bonn**

Verhalten, aber bestimmt hat sich die israelische Regierung zum möglichen Export des deutschen Panzers Leopard 2 an Saudi-Arabien zu Wort gemeldet. Bei der Bekanntgabe des Termins für den Israel-Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl (31. 8.) machte Shamir in Jerusalem deutlich, daß Israel das Geschäft ablehne und eine derartige Verstärkung der saudi-arabischen Streitkräfte auch gegen ein Kompensationsgeschäft mit Israel nicht akzeptieren werde. Ein mögliches Kompensationsgeschäft könnte die Vergabe der Lizenz an Israel für den Bau der 120-Millimeter-Kanone, ein Herzstück des Leopard 2, zum Gegenstand haben.

Bereits am 20. Juni hatte Shamir in einer Rede vor der Knesset gesagt: „Die Bundesrepublik hat, soweit uns bekannt ist, ihre Politik gegenüber arabischen Staaten in Sachen Waffenexport nicht geändert und ich hoffe, daß Bonn dabei bleibt."

Zehn Tage später mahnte Israels Botschafter in der Bundesrepublik, Ben Ari, die Bonner Regierung in einem Rundfunkinterview, ihre „bisherige vernünftige Zurückhaltung" in Rüstungslieferungen beizubehalten. Diese seien nicht im „Interesse" des Nahen Ostens. (WELT v. 30. 6.).

Jerusalem hat bei diesem Geschäft die gesamte Region im Blick. Militärstrategen und Politiker befürchten, daß der leistungsfähige Leo 2 plötzlich auch in anderen arabischen Staaten, zum Beispiel in Syrien auftauchen könnte. Die Erfahrung hat gezeigt, daß selbst Staaten, die als sogenannte „enduser" (Endverbraucher) eingekaufte Waffen nicht weitergeben dürfen, sich mit der erworbenen Ware am regen Waffenhandel in der arabischen Welt beteiligen. So erhielt Irak von Jordanien Jagdflugzeuge vom Typ F 7 und F 9, die Amman als „Endverbraucher" in Peking eingekauft hatte. Ebenso erhielt Bagdad von Jordanien chinesische Panzer. Die Waffen waren über Saudi-Arabien eingeführt worden.

Auch ohne Zustimmung der Lieferländer erhielt die PLO von Riad Handfeuerwaffen, Munition und Militärfahrzeuge. Ebenfalls ohne Erlaubnis übergab Saudi-Arabien im August 1981 etwa 200 amerikanische Feldhaubitzen vom Kaliber 105 Millimeter an die irakische Armee, und während des Yom-Kippur-Krieges lieferte Saudi-Arabien amerikanische Hubschrauber an Ägypten, freilich ohne Placet aus Washington.

In Jerusalem weist man darauf hin, daß Saudi-Arabien aktiv an fast allen Kriegen gegen Israel teilgenommen hat, ausgenommen am Sinai-Feldzug von 1956. In den vergangenen Jahren habe Riad außerdem bei großen Manövern mit Nachbarstaaten Israels die Fähigkeit demonstriert, Streitkräfte außerhalb seiner Grenzen in Aktion zu bringen. Im großen saudischen Militärstützpunkt Tabuk, der immerhin eine Ausdehnung von 80 Quadratkilometern hat, seien neben Infanterie-Brigaden, Flugzeugabwehrbatterien und Kampfflugzeugen auch Panzerbrigaden stationiert. Diese Militärstadt käme möglicherweise auch als Stationierungsort für den Leo 2 in Frage.

Tabuk liegt 216 Kilometer Luftlinie vom israelischen Badeort Eilat entfernt. Außerdem seien die Wartungsanlagen von Tabuk durch gut ausgebaute Wüstenstraßen mit Riad verbunden, so daß saudische Panzerkolonnen relativ rasch an Israels südlicher oder östlicher Front (Jordanien) auffahren könnten. Im israelischen Außenministerium ist man bemüht, vor dem Besuch Kohls und vor einer Entscheidung in dieser Frage keine Verstimmung aufkommen, andererseits aber auch keine Unklarheiten über die israelische Haltung und die mit dem Geschäft verbundenen Gefahren entstehen zu lassen.

DER KOMMENTAR

Wenig Bewegung

RÜDIGER MONIAC

Gute Nachrichten kämen aus Madrid und Wien, meinte der sowjetische Ministerpräsident Tichonow während des Besuches von Bundeskanzler Kohl in Moskau. Die Namen der Städte stehen für internationale Konferenzen, für das KSZE-Nachfolgetreffen und das vor nahezu zehn Jahren an der Donau begonnene MBFR-Palaver über die Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Mitteleuropa.

Wie gut die Nachrichten aus Wien tatsächlich sind, wird sich erst noch erweisen müssen. *Daß die Sowjetunion* dort am 23. Juni erstmals einen vollständigen Vertragstext vorgelegt hat, sagt noch nichts über den Gehalt des Vorgeschlagenen. Mit diesem Plan zieht die östliche Seite nur nach; denn die NATO hatte bereits am 8. Juli 1982 einen kompletten Entwurf präsentiert.

Ein Ergebnis der Verhandlungen ist nicht zu erkennen. Das ist so, obschon *auch Bonn – der Kanzler* voran – nun davon redet, in Wien sei „Bewegung" auszumachen. Die Kernpunkte westlicher Sicherheitsforderungen berücksichtigt der sowjetische Vertragsentwurf entweder nicht oder nicht in ausreichendem Umfang.

Das betrifft im einzelnen die sogenannte Datenfrage, die Kollektivität und die Verifikation. Die Experten-Begriffe haben zum Inhalt, daß erstens die NATO nicht einen Vertrag akzeptieren kann, bei dem nicht klar ist, warum der Osten 150 000 Mann bei den Land- und Luftstreitkräften mehr hat, als er zugeben will; daß sie zweitens auch nicht hinnehmen kann, die nationalen Anteile, besonders die der Bundeswehr, von außen limitieren zu lassen; daß die NATO drittens auf Inspektionsreisen von Fachleuten zur Überprüfung vertraglich vereinbarter Verminderungsschritte bestehen muß.

Wegen der räumlichen Enge des MBFR-Gebiets in Mitteleuropa (also ohne die Sowjetunion) hat die NATO keine andere Wahl, als auf zuverlässigen Kontrollen zu beharren. Nur so könnte mit Gewißheit die Vorbereitung überraschender Angriffsoperationen des Ostens rechtzeitig erkannt werden. Gleiche Sicherheit auf beiden Seiten setzt Offenheit voraus. Sie ist eine entscheidende Voraussetzung für den Abbau von Mißtrauen.

Sieben Gewalttäter erkannt

WILM HERLYN, **Wuppertal**

Der Wuppertaler Polizeipräsident Klaus Koehler (SPD) hat gestern bestätigt, daß bei der überraschenden Festnahme am Sonntag von 104 Personen sieben mit Sicherheit an den Krawallen in Krefeld teilgenommen haben. Außerdem erklärten Wuppertaler Beamte, *sie hätten einige Akteure der* Krawallszene von Krefeld wiedererkannt. Einer der Steinwerfer auf das Fahrzeug von Bush ist am Samstag in Baden-Württemberg verhaftet worden.

Koehler sagte weiter, die polizeiliche Aktion habe sich auf eindeutige Rechtsgrundlagen gestützt. Nach den Erkenntnissen im Vorfeld einer sogenannten „Nachbereitungskonferenz zur Demo in Krefeld" hätten sich eindeutige Hinweise darauf ergeben, daß „Autonome Gruppen" auch Aktionen für den „heißen Herbst" vorbesprechen wollten. Treffpunkt war *zunächst* das Jugend-Zentrum „Das Haus e. V.". Koehler: „Doch gegen 11 Uhr wurde deutlich, daß die Personen sich in der ‚Börse' (einem anderen Kommunikationszentrum. d. Red.) treffen würden."

Die Polizei hätte keinen neuen Durchsuchungsbefehl für die „Börse" beantragen müssen, denn „es war Gefahr im Verzuge". Innenminister Schnoor (SPD) ließ sich gegen 21 Uhr telefonisch über die Razzia unterrichten. Zu dieser Zeit bestätigte der Chef der Düsseldorfer Staatskanzlei, Rolf Krumsiek, der Großeinsatz sei mit dem Innenministerium nicht abgesprochen. Koehler wies aber darauf hin, daß Ort und Zeitpunkt des Treffens „auch im Innenministerium bekannt waren".

Seite 2: Rückendeckung
Seite 6: Wuppertal und Krefeld

Kritik an Baum aus den eigenen Reihen

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

In der Partei- und Fraktionsführung der Freien Demokraten herrscht Unmut über den stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Gerhart Rudolf Baum. Der Grund ist die Kritik von Baum an Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU), die dieser praktisch bis unmittelbar vor der Einigung über die Gesetzesnovelle zum Demonstrationsstrafrecht öffentlich geübt hatte. Dagegen hatte der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Burkhard Hirsch, wegen des bevorstehenden Kompromisses am letzten Mittwoch eine zwischen Zimmermann und Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) bereits feststehende Pressekonferenz abgesagt, um die Bemühungen der beiden nicht zu stören.

Baum war nach WELT-Informationen von prominenten FDP-Politikern wiederholt auf sein Verhalten angesprochen worden. Er mußte sich dabei danach fragen lassen, warum er sich nicht über den Stand der Beratungen zwischen beiden Ministerien habe unterrichten lassen. Außerdem machten FDP-Politiker deutlich, daß allzu lautstarke *Kritik am Koalitionspartner nicht* nur Einfluß auf das Klima im Bonner Bündnis haben könnte, sondern auch Auswirkungen auf die öffentliche Präsentation der Liberalen möglich sei.

Hirsch bemängelte gestern, daß es zwischen der FDP und Zimmermann auf dem Gebiet der Innenpolitik keine Zusammenarbeit gebe. Die bestehe jedoch mit dessen Ministerium und dem Koalitionspartner. Hirsch konterte damit auf Äußerungen des Innenministers, der erklärt hatte, es würden „manchmal von einzelnen pseudoliberale Positionen, Popanze aufgebaut".

Sowjets an den Hebeln der Macht in Äthiopien

Präsenz ausgebaut / Ruft Mengistu Volksrepublik aus?

AP, **Addis Abeba**

Neun Jahre nach dem Sturz des *äthiopischen Kaisers Haile* Selassie durch linksgerichtete Militärs haben sich die Sowjets in der Regierung und Verwaltung des ostafrikanischen Landes fest etabliert.

Nach westlichen Erkenntnissen halten sich derzeit rund 3000 militärische und mehrere hundert zivile Berater aus der UdSSR in Äthiopien auf. Hinzu kommen noch Experten aus der „DDR" und schätzungsweise 12 000 kubanische Soldaten, die bei der Ausbildung der Streitkräfte helfen.

Während die USA und die meisten westeuropäischen Länder in der Hauptstadt Addis Abeba nur noch durch eine Handvoll Diplomaten vertreten sind, ist der Stab der sowjetischen Botschaft inzwischen auf 41 Diplomaten angewachsen. „Es gibt kaum noch ein Ministerium, in dem keine sowjetischen Berater sind", sagte ein Diplomat, der nicht genannt werden wollte. „In der Armee und den Sicherheitskräften wimmelt es von Sowjets."

Nachdem im März der Vorsitzende des sowjetischen Staatsplanungskomitees, Baibakow, und eine Parteidelegation unter Führung des ZK-Mitglieds Wlassow in Addis Abeba waren, soll sich die Zahl der sowjetischen Zivilberater um weitere 150 erhöht haben.

Westliche Beobachter erwarten für die nähere Zukunft die Gründung einer kommunistischen Partei *nach Moskauer Vorbild und die* Ausrufung einer „Volksrepublik" durch Staatschef Mengistu Haile Mariam. Als möglicher Zeitpunkt dafür gilt der 10. Jahrestag des Sturzes Haile Selassies am 12. September *1984. Bei seinem Moskau-*Besuch im vergangenen Oktober soll Mengistu von sowjetischer Seite zu einer baldigen Parteigründung gedrängt worden sein.

Obwohl es den linksgerichteten Militärs in den vergangenen Jahren gelungen ist, einige ihrer Reformziele – vor allem bei der Alphabetisierung der Bevölkerung – zu erreichen, liegt in der Landwirtschaft und der Ernährung des Landes weiterhin vieles im argen. Auch ist es der Armee Äthiopiens, die mit sowjetischer Hilfe zur stärksten Streitmacht Schwarzafrikas geworden ist, noch immer nicht gelungen, die separatistischen Rebellen in Eritrea und Tigre auszuschalten.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Rückendeckung

Von Wilm Herlyn

Es gehört Mut dazu, das Risiko einer Aktion wie jetzt in Wuppertal auf sich zu nehmen. Nicht, weil sie gesetzwidrig gewesen wäre; das war sie nicht. Sondern weil gesetzesgemäße Aktionen gegen Leute, die sich auf den Straßen gesetzwidrig verhalten, heutzutage die Karrieren verantwortungsbewußter Polizeibeamter beschädigen oder beenden können.

Aber der Polizeipräsident von Wuppertal, Klaus Koehler, ein alter Sozialdemokrat, handelte nach dem Gesetz und nicht nach der politischen Opportunität, als er erfuhr, daß in Wuppertal, wo man sich schon vor den gewalttätigen Übergriffen gegen Vizepräsident Bush und dessen Begleiter getroffen hatte, so etwas wie eine Manöverkritik mit Nutzanwendung für den heißen Herbst geplant war. Der Chef der Staatskanzlei freilich stärkte ihm kompromißlos den Rücken – was bedeutsam war nicht nur, weil damit sozusagen die sozialdemokratische Staatsregierung hinter der Aktion stand, während man doch in ähnlichen Fällen nur zu oft Wehklagen aus SPD-Kreisen über angebliche Polizeiübergriffe gegen die kritische Jugend gehört hat. Es hat auch seine *kriminalistische Bedeutung*. *Krumsiek, der ehemalige* Oberstadtdirektor von Wuppertal, kennt dort die Lage.

Es fällt allerdings auf, daß der Düsseldorfer Innenminister Schnoor nicht von Anbeginn informiert war. Dabei wußte das Innenministerium durchaus Bescheid. Nun muß die Polizeiführung nicht vor jeder Unternehmung gegen Kriminelle beim Minister anfragen. Hier allerdings handelt es sich um ein politisch hochsensibles Feld der Kriminalität. Hatte die örtliche Polizeiführung gute Gründe, den Innenminister nicht vorher einzuweihen, dem der unzulängliche Schutz des hohen und wichtigen Gastes – nein, vielmehr: Freundes – politisch zur Last fällt? Da gibt es in Düsseldorf noch einiges aufzuklären.

Was wird mit den anderen?

Von Enno v. Loewenstern

In Dresden kamen hunderttausend zur bisher größten kirchlichen Veranstaltung auf mitteldeutschem Boden zusammen. Die Kirchentagsleitung übte scharfe Kritik an den westlichen Medien, weil diese zu Unrecht die Kirchen als „Oppositionslokale" darstellten und überhaupt allein auf die Friedensfrage fixiert seien. Das mag aus ihrer Sicht verständlich erscheinen; sie fürchten, daß ihnen die Veranstaltung aus der Hand gleiten und daß die allgemeine Verbitterung sich in einer Weise Luft machen könnte, daß es seitens der Behörden zu brutalen Gegenmaßnahmen kommen könnte. In der Tat, von lila Tüchern der Einseitigkeit war in Dresden nichts zu sehen, dafür um so mehr von Aussagen wie: „Weg mit den NATO-Raketen – was wird mit den anderen?"

Aber in Mitteldeutschland – und weiter im Osten – ist das, was im Westen nur zu oft als frivoler Straßenrummel betrieben wird, bitterer Ernst. Die Menschen drüben erfahren täglich am eigenen Leibe, von wem die Bedrohung des Friedens wirklich ausgeht. Die Kirche treibt nicht, sie wird getrieben. Es ist keine Oppositionskirche, aber es gibt eine wachsende Opposition im Lande, die in die Kirchen geht, weil sie nicht weiß, wo sie sonst hingehen sollte.

Günter Gaus, einer der Friedens-Chefdenker und Ost-Experten hier, wurde kürzlich nach einer besonders aggressiven Äußerung Tschernenkos gefragt. Seine Antwort: Das werde „doch nur für den inneren Gebrauch" gesagt, „um dem Affen Zucker zu geben"; in Wirklichkeit zittere die Sowjetführung für den Frieden.

Da fragt man sich, wer denn dann die Unfriedlichen im Osten seien – die kleinen Leute? Sind es etwa die Eltern in der „DDR", die nach Haß- und Feindbild-Unterricht in den Schulen rufen? Oder ist es nicht so, daß drüben ein gigantischer Repressionsapparat betrieben wird, eben um die Menschen daran zu hindern, daß sie ihre wahren Gefühle über Moskaus Politik auf die Straßen tragen? Hier kann die Kirche viel zur Aufklärung beitragen.

Assad gibt sich flexibel

Von Jürgen Liminski

Radio Damaskus meldet Dialogbereitschaft über einen Abzug der syrischen Truppen aus Libanon. Das erfreut die Optimisten, die nach dem Besuch des amerikanischen Außenministers in Damaskus nur noch stokkend ihre Hoffnung auf einen Abzug aller fremden Besatzungstruppen aus dem Levante-Staat vorbrachten. Es beruhigt aber auch die Realisten, die verwundert die herbe Absage des syrischen Militärdiktators Assad vernommen hatten und sich nun fragten, warum der als hochintelligent gepriesene Alawit plötzlich so selbstisolierend von sich reden machte.

Beide Denkschulen kommen auf ihre Kosten. Die Optimisten können aus der Äußerung von Radio Damaskus wie aus einer Wasserpfeife blasenfrei neue Illusionen saugen, und die Realisten dürfen weiter Assads Geschick bewundern. Mit diesem Zug belebt Assad wieder die Diskussion in der arabischen Welt und in manchen europäischen Kanzleien.

Den Analysen, *die jetzt in Washington und Jerusalem* angefertigt werden, ist jedoch zu entnehmen, daß der Militärdiktator keineswegs bereit ist, seine Truppen aus dem Nachbarstaat abzuziehen. Andererseits will er sich in der arabischen Welt auch wirklich nicht isolieren. So läßt er denn einen politischen Bauchtanz mit verführerischen Volten vorführen, in der zusätzlichen Hoffnung, den reichen Prinzen und Scheichen am Golf noch mehr Petro-Dollars zu entlocken und gleichzeitig Zeit für die eigene militärische Aufrüstung sowie für die Unterwerfung der PLO zu gewinnen.

Mit Moskau befindet er sich damit in gutem Einvernehmen. Auch der Kreml sähe es nur ungern, wenn sein Hauptverbündeter im Mittleren Orient zum einsamen Outlaw abgestempelt würde. Denn Moskau will in dieser Region nicht nur seine militärische, sondern auch seine politisch-diplomatische Basis erweitern. Das braucht seine Zeit.



Kleider sollen Leute machen
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die unmotivierte Gesellschaft

Von Carl Gustaf Ströhm

Rußland – wohin eilst du? Diese Frage des großen Schriftstellers Nikolaj Gogol mag auch offiziellen Besuchern in den Sinn kommen, die – wie vor einigen Tagen der deutsche Bundeskanzler – der Führung des Sowjetreiches einen Besuch abstatten. *Denn die Sowjetunion – das sind* ja nicht nur diplomatische Verhandlungen und nicht nur Raketen. Dieses Land ist zugleich eine Industrie- und Massengesellschaft mit mannigfachen, sich offenkundig verschärfenden inneren Problemen, geführt von einem oligarchischen Regime alter Männer, die auf eine seltsame Weise „revolutionäre" Dynamik nach außen mit Beharrung und Starre nach innen kombinieren. Von dem Weg, den es geht, hängt die Zukunft Europas und wahrscheinlich der Menschheit ab.

In welche Richtung „eilt" also die Sowjetunion des Jahres 1983? Der stärkste Eindruck, den der Besucher dieses Landes erhält, ist das Heranwachsen einer neuen, jungen, in mancher Hinsicht „unsowjetischen" Generation. Die alten Kämpfer, die noch die Revolution und den „Sieg des Kommunismus" wie ein religiöses Bekenntnis empfanden, sind *längst tot. Die Generation*, die bis hinter die Wolga zurückweichen mußte, die dann von Stalingrad bis an die Elbe vormarschierte, steht kurz vor der Pensionierung. In den Startlöchern warten die 40- und 50jährigen, für die Krieg, Stalinismus, ja selbst der bäuerlich-derbe und chaotische Messianismus eines Chruschtschow nur noch vage Erinnerungen sind. In dieser Gruppe wird technokratisch, imperial, sicher manchmal auch brutal gedacht und gehandelt – aber von Ideologie im Sinne einer begeisterten und begeisternden Überzeugung ist keine Rede mehr. *Ein gewisser Zynismus* der Macht hat hier Platz gegriffen.

Noch weiter im unteren Bereich der Alterspyramide sind die Jungen: Sie haben nicht nur in ihrer äußerlichen Aufmachung den westlichen Lebensstil akzeptiert – mit Jeans und T-Shirts, James-Dean-Posters und Pop-Musik. Sie kennen auch offenbar nicht mehr die tief sitzende Angst und das bohrende Mißtrauen, das die ältere Generation prägte. Das führt etwa in der deutschen Frage zu einer interessanten Verschiebung der Aspekte: Für viele dreißigjährige Sowjetmenschen verknüpft sich mit dem Begriff Deutschland nicht mehr in erster Linie Hitler und der Krieg, und noch weniger Honecker und die brüderliche SED. Deutschland ist für sie das Land von Mercedes, Technik, Industrie und Wohlstand.

Dabei haben einige jüngere Russen eine durchaus skeptisch-gesunde Einstellung zu diesem „richtigen" Deutschland („richtig" im Gegensatz zur „DDR", die – da von sowjetischen Truppen beherrscht – bei diesen Sowjetmenschen als „uninteressant" gilt). Mit der deutschen Disziplin sei es ja nicht mehr so weit her, sagte mir grinsend ein junger Russe in Moskau, als einige rheinische Touristen lärmend auf der Straße vorbeizogen. Aber das war nicht als Tadel gemeint, sondern fast als Anerkennung: Ihr seid auch Menschen wie wir. *Diese russische Generation* glaubt nicht an die Parolen von Revanchismus und Imperialismus. Sonst würde sie nicht Polo-Hemden mit der Inschrift „USA" anziehen oder Plastiktaschen mit schwarz-rot-goldenen Emblemen und der Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland" sowie dem deutschen *Adler* auf dem Roten Platz und der Gorkistraße spazierentragen.

Das ist ein Teil der Realität. Der andere ist, daß der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung jede Perspektive für eine bessere Zukunft fehlt, daß die Versorgung nicht besser, sondern eher schlechter wird, daß der Kampf ums tägliche Brot zu endlosem Warten in den Schlangen vor den Geschäften führt, daß das ökonomische und politische System bis jetzt Leistung nicht belohnt, sondern bestraft, und jede Privatinitiative und Verantwortungsfreude abtötet. So hat sich die heutige Sowjetunion zu einer „unmotivierten Gesellschaft" entwickelt, in der Korruption, Schlendrian, in Moskau neuerdings auch Prostitution und Bandenkriminalität, zum Problem werden.


Die Alten im Übergang, die Jungen warten: Andropow FOTO: DPA

Der Aufstieg Jurij Andropows vom Chef des KGB zum Chef der Partei war ein Versuch, diesen *inneren Erosions- und Dekompositionsprozeß* zu stoppen: Armee und Geheimpolizei als Zuchtinstrumente. Die Oligarchen im Kreml befinden sich aber in einem nicht ungefährlichen Wettlauf gegen die Zeit: gegen ihr eigenes Alter, das Männern wie Andropow voraussichtlich *nicht mehr viel Raum* lassen wird, und gegen eine Gesamtentwicklung, die sowohl innen- wie außenpolitisch die Grenzen der sowjetischen Macht und ihrer Perspektiven erkennen läßt.

Die sowjetische Führung ahnt, daß eine neue Generation amerikanischer elektronischer Waffensysteme die gesamte Sowjetrüstung auf den Platz des Verlierers verweisen wird, wenn man sich mit den Amerikanern nicht in Genf einigt. Sie möchte aber andererseits nicht auf die politischen Früchte ihrer Überrüstung verzichten und pokert deshalb in der Raketenfrage – in der Hoffnung, den Westen durch Tricks und Friedensbewegungen doch noch auf die Matte werfen zu können. In der Innenpolitik sieht es nicht anders aus: Polizeikontrollen und Razzien gegen „Müßiggänger" und „Korruptionisten", aber keine positiven Ansätze zu einer Reform.

Die Frage heißt jetzt, ob die sowjetischen Massen weiterhin geduldig alles über sich ergehen lassen, oder ob die Industriegesellschaft nicht auch bei diesem „leidensfähigen" Volk eine Industriegesinnung und damit wachsende Aufmüpfigkeit hervorbringt. Nur ein Prophet könnte Gogols Frage nach dem „Wohin" beantworten. Daß das Reich im Osten aber mit entscheidenden Wandlungen rechnen muß, scheint geradezu in der Moskauer Luft dieses Sommers zu liegen. Ob zum Guten oder Bösen, kann erst die Zukunft lehren.

IM GESPRÄCH Frischenschlager

Mit der Jugend reden

Von Peter Hornung

Zu seinem Amtsantritt bekam der 39jährige Dr. Friedhelm Frischenschlager herbe Kritik zu hören: NATO-Generalsekretär Luns bezeichnete Österreich als „sicherheitspolitisches Loch". Und er stellte gleichzeitig die Schweiz als Vorbild neutraler westeuropäischer Militärpolitik heraus. Dabei benutzte er die Statistik: Österreich hat eine Bevölkerungsstärke von 7,5 Millionen. Die Gesamtstreitkräfte haben 49 350 Mann. Im Mobilisierungsfall können sie auf 172 000 Mann aufgestockt werden. Bei einer Bevölkerung von 6,3 Millionen in der Schweiz ist die Armee innerhalb von 48 Stunden fähig, 625 000 Mann zu mobilisieren.

Österreichs neuer Verteidigungsminister Frischenschlager sagte dazu: „Die Verteidigung beider Länder hat ganz andere Voraussetzungen. In den Planungen der Schweiz gibt es durchaus die Überlegung, eine Entscheidungsschlacht zu schlagen. Wir halten an dem Konzept unseres einstigen Armeekommandanten General Emil Spannocchi fest, der eine Art von Guerrillataktik entwickelte und unser Heer auf eine Taktik der ‚tausend Nadelstiche' vorbereitete. Dafür braucht eine Armee keine Groß-Einheiten, wie sie in der NATO und im Warschauer Pakt üblich sind. Wir haben einen Ausweg aus dem militärischen Mangel gefunden. Die letzten beiden Manöver in der Donau-Ebene bei Krems und bei Kufstein bewiesen, daß auch wir glaubwürdige Abschreckung produzieren können."

Frischenschlagers Vorgänger Rösch war ein barscher, verschlossener Haudegen. Sein Nachfolger ist verbindlich. Er könnte vom Aussehen her auch das berühmte Neujahrskonzert dirigieren. Im Heer brachte er es bis zum Gefreiten der Reserve. *So sagte er* auch sofort bei seinem Amtsantritt, daß er „neue Signale" setzen wolle. Als „reiner Heeresminister" will er sich nicht verstehen.

An der Qualität seiner Armee läßt Frischenschlager keinen Zweifel: „Was sagen große Zahlen? Wir haben nachweislich eine der


Guerrillataktik im Alpenland: [Wie]ner Verteidigungsminister [Fri]schenschlager FOTO:

härtesten Ausbildungen im we[stli]chen Europa. Bei uns wird [kein] ‚blinder Dienst' geschoben. [Die] Truppe ist beinahe immer im [Ge]lände." So prangert er auch Thesen an, ob das Bundes[heer] überhaupt gerechtfertigt ist: [„Es] beschämt mich immer wieder, [wenn] man es der bewaffneten M[acht] überläßt, zu argumentieren, [war]um sie überhaupt existiert. [Ich] werde meine politische Arbeit bewußt auf den Punkt hinstel[len], die maßgeblichen politischen [und] gesellschaftlichen Kräfte in die[sem] Lande zum Farbebekennen [zu] bringen." Dazu bereitet er eine [en]ge Zusammenarbeit mit allen [an]deren Ressorts vor: „Die umfas[sen]de Landesverteidigung wurde [bis]her doch nur in Ansätzen verw[irk]licht." Über seinen Vorgänger [sagt] er: „Was gab es Krawalle bei [der] Vereidigung in der Bundesre[pu]blik. Rösch schickte die Rekru[ten] in die rötesten Viertel. Und [sie] wurden beklatscht." Frisch[en]schlager will in die Grundsatz[de]batten der jungen Generation [ein]greifen: „Ich habe mich viel [mit] der Friedensbewegung und i[hren] Argumenten beschäftigt. Und [ich] sehe konkrete Gründe, den Gr[aben] zuzuschütten."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DIE PRESSE

Zum Papstattentat vom 13. Mai 1981 schreibt die österreichische Tageszeitung:

In der Kriminalistik gilt eine der ersten Fragen bei der Aufklärung eines Verbrechens stets dem, der davon profitieren würde. Und da könnte die Zeitgeschichte Auskunft geben. Das Attentat geschah am 13. Mai 1981. Die polnische Krise war damals auf dem Höhepunkt – und Kardinal Wyszynski, zweiter Kristallisationspunkt des polnischen nationalen Selbstbewußtseins, lag auf dem Totenbett. Er starb am 28. Mai, zwei Wochen später. Wäre das Attentat auf Karol Wojtyla geglückt, so wären nahezu gleichzeitig die beiden Hauptexponenten des stürmischen polnischen Katholizismus aus dem politischen Spiel gewesen. Ruft man sich solches in Erinnerung, so beantwortet sich die Frage, wem der Tod des Papstes genützt hätte, eigentlich von selbst.

Frankfurter Allgemeine

Zur Deutschland-Politik bemerkt das Blatt:

Die Empfänger der westdeutschen Banken-Milliarde dürfen sich fast noch für eine immaterielle zweite ins Fäustchen lachen: Sie haben ihren politischen Gegnern nicht nur Geld abgeknöpft, sondern sie überdies in Schwierigkeiten gebracht. Und der sozialdemokratische Parteivorsitzende hat gut spotten. Der schwere Führungsfehler wird für die Bundesregierung nur mit Mühe wiederauszubügeln sein. So kurz nach dem Regierungsantritt wird sie kaum klarmachen können, daß ihr vielbeschworenes Prinzip von Leistung und Gegenleistung aus übergeordneten Gesichtspunkten sogleich suspendiert werden mußte.

Bei entsprechender Über[zeu]gungsarbeit könnte ihr nur [die] DDR-Führung helfen – aber [die] sieht ihr kaum ähnlich. Eher [wird] *Honecker versuchen*, von [den] Schwachgewordenen nach [dem] Gelde auch noch seine Statu[sfor]derungen bewilligt zu bekomm[en:] die Elbgrenze vom Nordost[ufer] wegzuverlegen oder die beide[n] [Stän]tigen Ständigen Vertreter in B[onn] und Ost-Berlin aufzuwerten. [Die] Unionsparteien müssen jetzt [bü]ßen, daß sie allzu lange viel lie[ber] die europäische Schalmei als [die] deutsche Posaune geblasen hab[en]. Die Deutschland-Politik beg[innt,] die Leute jetzt aufzuregen.

Kölnische Rundschau

***Zur Haltung der SPD zum NATO-Doppel*beschluß heißt es in dem Blatt:**

Der an die SPD gerichtete V[or]wurf der Konzeptionslosigkeit [in] der Raketenfrage, schon mit Re[cht] während des letzten Wahlkam[pfes] erhoben, hat bis heute noch k[eine] klare Entgegnung gebra[cht.] Brandt sieht eine veränderte Si[tua]tion, aber Helmut Schmidt, in [der] SPD immer noch einer der bed[eu]tendsten Politiker, hat im verg[an]genen Monat erneut wissen las[sen,] weshalb der NATO-Doppel[be]schluß „nach wie vor richtig [ist]. Wie hätte man es denn nun in [der] SPD wirklich gern? Beschäf[tigt] man sich mit dem Doppelbesch[luß] in Form einer Doppelstrate[gie] nach der *Motto*: „Für jeden [et]was"? Deckt Brandt das Spektr[um] der sogenannten Friedensbe[we]gung ab und soll Schmidt mit [sei]ner Meinung den anderen Teil [der] Partei beruhigen? Das kos[tet] Glaubwürdigkeit und dient üb[er]dies nicht der westlichen Verha[nd]lungsposition.

Das große Staunen über die Rolle rückwärts

Was manche am Milliardenkredit für die „DDR" nicht verstehen / Von Herbert Kremp

Daß am Anfang der Philosophie das Staunen stehe, wird in den Einführungen in die hohe Geisteswissenschaft als eine antike Weisheit zitiert. Im Staunen mischen sich Verwunderung und Hochachten, manchmal jedoch auch ärgerliches Aufmerken. Dies hängt mit der Überraschung zusammen, die jede Erkenntnis bedeutet. *Nicht jedermann ist ihr* ohne weiteres gewachsen. In solchem Falle kann schließlich von verblüffender Erkenntnis die Rede sein. Im Zusammenhang dieses im Kern seelenkundlichen Begriffsfeldes steht der Milliardenkredit deutscher Banken für Ost-Berlin, für den die Bundesregierung in der Gestalt von Sicherheiten der „DDR" bürgt.

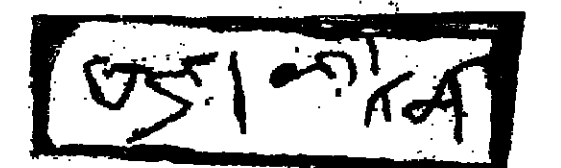
Das sehr große Staunen, das die Gliederungen der Unionsparteien, man kann sogar sagen: das Volk schlechthin erfaßt hat, beruht recht besehen auf einer Änderung der bisherigen Philosophie. Diese ging nämlich, solange eine andere Koalition regierte, von dem rigiden Urteil aus, daß jede Politik gegenüber Ost-Berlin, die „Vertrauen gegen Vertrauen" setze, verfehlt sei, weil sie entweder auf Naivität beruhe oder in der zum Handlungszwang gewordenen Kontinuität einer falsch eingefädelten Ostpolitik stehe. Daraus zog die damalige Opposition sehr scharfe, aber durchaus logische Schlußfolgerungen. So erklärte beispielsweise der deutschlandpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Lorenz, im Juli 1981, eine Verlängerung des zinslosen 850-Millionen-Kredits an die „DDR" (Swing) komme nur in Frage, „wenn der Zwangsumtausch zurückgenommen wird".

Diese mächtige Philosophie wurde auch unmittelbar nach dem Regierungswechsel im vergangenen Jahr vertreten. So forderte der innerdeutsche Minister des ersten Kabinetts Kohl, Rainer Barzel, in einem Interview mit der WELT am 3. Dezember 1982 die Honecker-Regierung auf, in der Frage des Zwangsumtausches den ursprünglichen Zustand wiederherzustellen, wie er der Abrede entspreche. Diese Korrektur sei „keine Sache, für die man eine neue Leistung erbringt", sagte der Minister. „Ich kann jedenfalls nicht die Verletzung einer Verabredung noch einmal bezahlen, um sie wiederherzustellen." So lautete damals die Lehre. Daß *sie* heute ganz anders lautet, begründet das große Staunen.

Politiker, die sich dem Volk im allgemeinen und ihren Parteivölkern im besonderen mitteilen wollen, müssen dafür Verständnis aufbringen. Denn schließlich ist es ein nicht alltäglicher Vorgang, wenn die „DDR" nun in zwei Tranchen mit einer Milliarde Mark kreditär bedacht wird, während der erhöhte Zwangsumtausch und die Reiserestriktionen im bisherigen Umfang weiterbestehen. Man kreditiert den unkorrigierten Zustand und noch mehr: Trotz gewisser Andeutungen erscheint es keineswegs gewiß, daß die Regierung Honecker sich zu deutsch-deutschen Korrekturen nach dem Kreditempfang bereit erklärt hat. Es könnte sogar sein, daß die Bonner Regierenden als vornehme „new Gentlemen" in den deutschen Sachen überhaupt nicht insistieren wollten – nach dem Motto: Bedingungen schaden dem Geschäft.

Dies würde ärgerliches Aufmerken verdienen, träfe es zu. Denn man hätte sich dann auf den Weg einer Philosophie begeben, die aller Empirie widerspricht: Neugeburt des deutschen Idealismus ausgerechnet im Umgang mit der „DDR". Das Staunen begänne ungläubig zu werden. Aber Politik, vor allem die Politik einer im Grunde soliden Regierung, kann doch eigentlich keine reine Kunstflugübung sein. Etwas Kluges muß doch hinter der jähen Wende stecken – ein weiter ausgreifendes Kalkül, das in irgendeinem Zusammenhang mit der politischen Kontinuität steht, die sich in dreizehn Oppositions-Jahre[n] herausgebildet hat. Was könn[te] das nur sein bei einer Regi[e]rung, die das konservati[ve] Prinzip Erfahrung stets übe[r] das progressive Prinzip Hof[f]nung gesetzt hat?

Also was? Die Erklärung, di[e] Milliarde koste den Steuerzah[ler] nichts, ist ganz und gar un[]politisch. Die Erklärung, ma[n] wolle es mit der „DDR" noc[h] einmal (das letzte Mal) ver[]suchen, enthält zu kühnes Hof[f]en. Die Erklärung, der Bun[]deskanzler habe in Moskau ei[]ne Morgengabe überreichen wollen, sieht Kohl nicht ähn[]lich. Die Erklärung, das Auf[]blättern der Scheine werde sich durch linde Lüfte im hei[]ßen Herbst bezahlt machen, er[]zeugt nur Heiterkeit. Die Er[]klärung von Franz Josef Strauß, er sei so schnell im Handeln, „daß andere mit dem Schauen gar nicht mehr mit[]kommen", ist frischesten Da[]tums, führt aber, wie die ande[]ren Erklärungen, aus dem Staunen nicht heraus.



Ferien à la française: Wie man der Branche das Geschäft verdirbt

Für Frankreichs Tourismus-Gewerbe droht der Sommer '83 zur Pleite zu werden. Mit einer Reihe von Fehlentscheidungen hat die Regierung devisenbringende Ausländer abgeschreckt und die eigenen Landsleute so geschröpft, daß selbst für Urlaub im eigenen Lande oft das Geld fehlt.

Von A. GRAF KAGENECK

Lucien Cros fährt dieses Jahr nicht in die Ferien. Er hat die Sache hin- und hergewälzt, erst *allein in schlaflosen Nächten*, dann mit seiner Frau und schließlich mit den Kindern. Resultat des Familienrates: Wir bleiben lieber zu Haus und zahlen im Herbst ein neues Auto an. Statt Ferien im Languedoc zu machen, fahren sie zu *Großvater auf den Bauernhof in* der Auvergne. Da ist die Luft sowieso besser, es gibt Milch und Eier *gratis, und dem Portemonnaie* bekommt die einfache Landluft mindestens genausogut.

Wie die Familie Cros überlegen viele tausend Franzosen in diesem düsteren Sommer 1983. Lucien Cros hat sich vor sechs Jahren als Wächter in einem Pariser Bürogebäude verdingt, nachdem sein kleiner Kohlenhandel in einem Vorort *zusammengebrochen war. Der* Kohlenhandel ist ein traditionelles Metier in der Auvergne, wo es viele Berge, wenig Ackerkrume, dafür aber Kohlengruben gibt. Die Bauern betrieben nebenher den Handel mit dem schwarzen Gold des 19. Jahrhunderts, man nannte sie die „bougnats", lange Zeit gehörten sie mit ihren Pferdewagen, die ihre schwarze *Last* zunächst in den Höfen, dann in den Städten verteilten, zum traditionellen Bild des *alten Frankreich*.

Als die Kohleförderung zu teuer und das Erdöl immer billiger wurde, ging es den „bougnats" von Jahr zu Jahr schlechter. Viele verwandelten ihre Läden in den Städten in Restaurants. Nicht so Lucien Cros. Er machte aus seinem Laden ein kleines Landhaus und nahm einen Job in der Stadt an. So hat er Anspruch auf Pension und braucht sich nicht um seinen Lebensabend zu sorgen.

Jahr für Jahr mieteten die Cros' zusammen mit Freunden einen Bungalow in der Nähe von Perpignan, um sich vom Streß aus elf Monaten in vier Wochen dolce far niente an den überfüllten Stränden des Languedoc-Roussillon zu erholen. Dafür nahmen sie die zuweilen nervenzerrüttende 1000-km-Fahrt über verstopfte Autobahnen und einen jährlich wachsenden Druck auf ihren Familien-Budget in Kauf. Ferien, so dachten sie, gehören nun einmal dazu, der Mensch braucht *Erholung*, Tapetenwechsel – und das auch, sehr zum Vorteil des Staates, der aus dem Tourismus gerade in Frankreich wesentliche Teile seiner Einkünfte bezieht und seine Bilanzen ohne ihn noch mühsamer ins *Gleichgewicht* bekommen *würde*.

Aber in diesem Sommer hat der sozialistische Staat ein Eigentor geschossen, *das ihn noch teuer zu* stehen kommen wird. Er traf eine Fehlentscheidung nach der anderen, und nun hagelt es Katastrophenmeldungen. Nach eineinhalb Jahren wirtschaftlich nicht vertretbarer Sozialreformen mit dem Rücken an der Wand stehend, läutete die Regierung im März eine Reihe von Sanierungsmaßnahmen *ein, von denen eine die Franzosen* ganz besonders in Harnisch brachte: die scharfe Begrenzung der Devisenmenge für Auslandsreisende auf 2000 Franc (650 Mark) pro Kopf zur Bekämpfung des Zahlungsbilanz-Defizits.

Für Tausende von Franzosen sah das so aus, daß sie ihre Bestellungen in Nordafrika, Spanien, Italien und auf dem Balkan wieder rückgängig machen mußten. Nun gut, tröstete man sich, man wird an die *Côte d'Azur fahren oder nach* Korsika oder in die Bretagne, da ist es auch ganz schön, schließlich ist man auch ein bißchen Patriot und hilft dem Vaterland, wenn es in Bedrängnis ist. Aber die Rechnung ging nicht auf. Es kam noch dicker.

Lucien Cros – wie rund 90 Prozent aller Arbeitnehmer – bekam Anfang Mai einen Brief des Finanzministers Jacques Delors, *in* dem auf die desolate Lage der öffentlichen Finanzen, insbesondere der Sozialversicherung hingewiesen und darum gebeten wurde, Verständnis für eine kleine zusätzliche Steuerabgabe aufzubringen, eine einmalige natürlich und eine, die den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit entspreche, für die die sozialistische Regierung im Frühjahr 1981 angetreten sei. Man werde, so schrieb Delors, zur Sanierung der Sozialversicherung ein Prozent des Einkommens vom Vorjahr einbehalten, das noch im Mai zu entrichten sei. Darüber hinaus sehe man *sich gezwungen, als Investitions*hilfe für die nicht mehr konkurrenzfähige Industrie eine Zwangsanleihe aufzulegen, in Höhe von zehn Prozent der im Jahre 1982 gezahlten Einkommensteuer, die man aber *in drei Jahren*, mit 11 Prozent verzinst, zurückzahlen wolle.

Weniger freundlich als der Brief *des Ministers gaben sich dessen* Beamte wenig später. Wer nicht bis zum 30. Juni spätestens zahlte, bekommt nicht nur das Geld nicht zurück, sondern mußte noch zehn Prozent Versäumniszuschlag nachzahlen. Der Fiskus setzte dem Steuerzahler die Pistole auf die Brust. Die Cros' kratzten alles, was sie hatten, zusammen, und zahlten *pünktlich und auf den Centime ge*nau insgesamt 5435 Franc. Das war das Budget, das sie sich für ihre *Ferien vom Mund abgespart* hatten.

Millionen Franzosen geht es ähnlich oder schlimmer. Die Steuersense hat keine Berufsgruppe verschont, ob Arbeiter, Freiberufler oder Spitzenmanager. Die Kassen der Konsumenten sind leer. Viele Franzosen mußten Kredite aufnehmen, um überhaupt zahlen zu können. *Und die Urlaubsträume so* mancher französischen Familie zerplatzten. Inzwischen hatte sich im Ausland herumgesprochen, daß die Franzosen in diesem Jahr nicht ins Ausland fahren, statt dessen aber ihre heimischen Strände überschwemmen würden. Aus Paris kamen abenteuerliche Nachrichten: Man werde, um dem Andrang *gewachsen zu sein*, zusätzliche Campingplätze einrichten, die Bauern in den Mittelgebirgen bitten, Zimmer zur Verfügung zu stellen und Pensionspreise festzusetzen. Und wenn das immer noch nicht reichen sollte, um den Überfluß aufzunehmen, so werde man Kasernen und Übungsplätze der Armee zur Aufnahme von Feriengästen bereitstellen.

Das Planungsfieber verwirrte die Köpfe. In den Verwaltungszentralen rechnete man sich schon die Manna aus, die über das flache Land herniedergehen und Frankreichs verkrustete Provinz zu neu*em Leben* erwecken werde. Der Andrang von Landsleuten nebst unverwüstlich anhänglichen Ausländern, denen man die Luxus-Strände überlassen würde, werde wesentlich zur Kurierung des Staatssäckels beitragen und dem Fremdengewerbe einen wahren Boom bescheren. So dachte man.

Inzwischen schreibt man Mitte *Juli, und* das ganze Ausmaß der Fehlkalkulation beginnt langsam in die Köpfe der Verantwortlichen zu dringen. Erste Alarmzeichen kamen schon im Juni: die Ausländer bestellten massiv ihre Reservierungen in den Hotels der Côte d'Azur und der Kanalküste ab. Vor allem Deutsche, Belgier und Engländer wandten einem Land den Rücken, *in dem es scheinbar keinen Platz* mehr für sie geben konnte, es sei denn in einer Kaserne. Nur die Amerikaner blieben, dank ihres soliden Dollars, treu.

Es blieb ein Trost, die heimischen Touristen, die doch gewiß nicht auf ihre Ferienfreuden verzichten würden. Spannungsvoll blickte man auf die ersten Meldungen nach Ferienbeginn. Auch sie gaben zu schwersten Bedenken Anlaß. Gewöhnlich setzt mit dem *Ende der Schulzeit Ende Juni* der erste große Abmarsch nach Süden ein. Fast die Hälfte der gewöhnlich Ferien machenden Franzosen verläßt den Norden und Osten des Landes sowie den riesigen Ballungsraum Paris im Juli. Das sind etwa vier bis fünf Millionen. Die Völkerwanderung spielt sich nach generalstabsmäßiger Planung ab. Hubschrauber der *Polizei* melden an bestimmten Knotenpunkten das Verkehrsaufkommen. Stündlich *warnt der Rundfunk*, diesen oder jenen Sektor zu meiden und auf ausgeschilderte Nebenstraßen auszuweichen. Ein beliebtes Gesellschaftsspiel der Daheimgebliebenen besteht darin, diesen Alarmmeldungen zu lauschen und sich auszumalen, wie es den Menschen in den Blechlawinen zu Mute sein mag, und um wie viel gemütlicher *doch der heimische Sessel ist.*

In diesem Jahr aber blieben solche Alarmmeldungen aus. Es gab *keine Blechlawinen. Polizisten* und Reporter spähten vergeblich nach Vorboten der Völkerwanderung. Die Autobahnen blieben leer. Statt vier Millionen Automobilisten wurden derer nur zwei ausgemacht, und die Katastrophen-Meldungen kamen nicht von den Straßen, sondern vom Touristik-Gewerbe. Hoteliers, Restaurantbesitzer, Camping-Verwalter, *Reisebüros*, Bus-Unternehmen melden vernichtende Zahlen: bis zu 35, 40 und mehr Prozent weniger Hotelbetten belegt als 1982, Campingplätze nur zu 50 Prozent besetzt. Restaurants, Strände, Tennisplätze: gähnend leer. Viele Hotelbesitzer entlassen schon jetzt ihr Hilfspersonal, weil sie sich auch für August keine Chancen ausrechnen. Ein ganzes Gewerbe liegt brach.

Lucien Cros in seinem großväterlichen *Bauernhof* in der Auvergne schert das wenig. Was ihn besorgt, ist, daß die Regierung die Austerity-Politik auch im nächsten Jahr beibehalten wird.




Saison mit leeren Plätzen: Der Sturm auf Frankreichs Ferienorte blieb aus FOTO: DANIEL SIMON/STUDIO X



Wie im Zentrum von Orel erinnern viele Monumente mit dem Panzer T 34 an die Schlacht von Kursk FOTO. BILDARCHIV JÜRGENS

Aus den Schlachtfeldern wurde die Schule der Patrioten

Vor 40 Jahren, am 12. Juli 1943, prallten im Gebiet von Kursk 1200 Panzer der Wehrmacht und der Roten Armee aufeinander. In dieser Schlacht, die als die größte Panzerschlacht der Geschichte gilt, wurde die deutsche Offensive gestoppt. Aus dem Schlachtfeld von einst wurde eine Kultstätte des Sowjetpatriotismus.

Von FRIED H. NEUMANN

Am 5. Juli hatte die Schlacht von Kursk mit einer deutschen Offensive begonnen: ihr Ziel war, den rund um Kursk etwa 120 Kilometer weit nach Westen vorspringenden sowjetischen Frontbogen durch eine Zangenbewegung abzuschneiden. Nach massiven Gegenschlägen der gut vorbereiteten Roten Armee mußte die Wehrmacht zurückweichen und im Norden weiträumig das Gebiet von Orel, im Süden Bjelgorod und bald auch Charkow aufgeben.

Im Süden bei Prochorowka, wo deutsche Panzer am weitesten, aber auch nur 35 Kilometer tief in die Kursker Front eingebrochen waren, ist die Gegend an der Straße zwischen Moskau und der Krim mit Denkmälern übersät. Die Größeren tragen den Sowjetpanzer T 34 und Geschütze auf ihren Sockeln; an einer Weggabel steht ebenso erhöht einer der kantigen Lastwagen mit dem Raketengestänge, das die Deutschen als „Stalinorgeln" fürchteten und die Russen liebevoll „Katjuscha" nannten. Hier und da stehen einzelne Büsten besonders verdienter Rotarmisten neben den riesigen Feldern im welligen, fruchtbaren Schwarzerdegebiet.

Außer den Gedenkstätten erinnert in der weiten Landschaft nichts mehr an den Krieg, der hier vor 40 Jahren schnell nach Westen und Süden weiterzog. Aber die mit Statuen und figurativem Schmuck *versehenen Anlagen dienen der* Traditionspflege als wahre Kultstätten des Sowjet-Patriotismus. „Ruhm und Ehre" sollen sie nicht nur den Rotarmisten, sondern auch der Partei einbringen, von der sie „zum Siege geführt" wurden. Der Sieg im „großen vaterländischen Krieg" dient dem Regime noch immer als Kraftquelle.

Das breit hingestreckte Denkmal von Prochorowka wird in diesen Tagen von Besucherströmen überschwemmt. Während oberhalb des Sockels aus den Augenöffnungen der heldisch stilisierten Soldatengesichter unablässig feierliche Musik abgestrahlt wird, erinnert im fensterlosen „Saal des Kriegs*ruhms" darunter ein zwanzig Jahre* alter „Dokumentarfilm" etwas eigenwillig an die Kämpfe von einst. Von einem deutschen Vorstoß ist da schon gar nicht mehr die Rede; dem sowjetischen Trommelfeuer und den Panzerschwärmen entfliehen die „faschistischen Okkupanten" wie aufgescheuchte Hasen – in einer irgendwoher genommenen Szene sogar in Wintermänteln.

Überall bei den Gedenkstätten, in Prospekten und in den Zeitungsbeiträgen, die sich der Schlacht von Kursk jetzt annehmen, wird auf die deutschen Verluste hingewiesen: eine halbe Million Soldaten als Gefallene und Gefangene, über 1500 Panzerfahrzeuge (darunter erstmals in großer Zahl der neue „Tiger" und das Sturmgeschütz „Ferdinand"), das Doppelte an Geschützen und noch mehr Flugzeuge sollen es in den fünfzig Tagen von Angriff und Gegenoffensive gewesen sein. Ein Moskauer, der *damals als 18jähriger* Rekrut dabei war und erlebt hat, wie seine Katjuscha-Batterie von gegnerischen Panzern überrollt *wurde*, erinnert sich schmerzlich an die eigenen Verluste und meint, sie wären wohl höher gewesen als die der Deutschen. Aber die sowjetischen Kräfte waren deutlich überlegen.

Ordengeschmückte Veteranen, die den Besuchern als leibhaftige Zeugen des blutigen Geschehens vorgeführt werden, und Fremdenführer beziffern die eigenen Opfer nicht. Sie alle dienen einer pädagogischen *Aufgabe: Lebendig zu er*halten, was den Jüngeren schon so fern liegt. Nachdem sie die strategische Situation erläutert haben, zergliedern sie das gigantische militärische Geschehen in leichter faßbare Kriegsgeschichten. Am Rande sorgfältig gepflegter Schützengräben neben dem Denkmal von Prochorowka, zu denen symbolisch ein Panzerabwehrgeschütz gestellt wurde, berichtet eine Lehrerin mit vibrierender Stimme von den Heldentaten einzelner Soldaten oder Kampfgruppen. Ergriffen lauschen die mit Bussen herbeigeschafften Jugendlichen, Frauen und Männer.

Unterhalb des Denkmals sorgt ein Lautsprecher für den Höhepunkt der patriotischen Aktion. Dort wird die Radiomeldung über die Einnahme Orels und Bjelgorods durch die Rote Armee wiederholt. Die vom berühmten Sprecher Lewitan mit machtvoll anschwel*lender Stimme pathetisch vorge*tragene Siegesnachricht vom 5. August endet mit einem Donnerwort: „Stalin".

Als Kriegsheld kommt der ansonsten verdrängte Diktator gut *zur Geltung. Die Erinnerung* an *ihn* beschränkt sich nicht auf den Städtenamen Stalingrad, der als historischer Begriff glanzvoll am Leben erhalten wird, während sich Wolgograd nur als geographische Bezeichnung eingebürgert hat.

In dem kleinen Museum auf dem Gelände des ehemaligen Dörfchens „Bolschoj Dub", das von deutschen Truppen 1942 niedergebrannt und dessen Bewohner erschossen wurden, strahlt die ver*größerte Reproduktion der „Pra*wda"-Titelseite vom 4. Juli 1941 hell beleuchtet von der Wand. Das Foto Stalins, dessen Diktatur unter den Menschen der Sowjetunion ähnlich schrecklich wütete wie der Krieg, füllt fast den ganzen Zeitungsausschnitt. Sein verspäteter Auftritt war die erste öffentliche Reaktion auf den deutschen Angriff; sein Pakt mit Hitler, der zur Aufteilung Polens geführt hatte, findet in den vielen Erinnerungen *keinen Platz. Auch das verhängnis*volle Wort Katyn, ist durch die ähnlich klingende Ortsbezeichnung Chatin überlagert worden. Statt der Erschießung polnischer Offiziere durch Stalins Geheimpolizei soll eine Greueltat der Deutschen in das Bewußtsein rücken.

Hier in Bolschoj Dub, wo ähnliches geschah, hallt regelmäßiger Glockenschlag aus einem Lautsprecher über die angedeuteten Fundamente der zerstörten Holzhäuser. Das Museum preist die Kriegstaten der sowjetischen Partisanen dieses Gebiets. Daß es einen Zusammenhang gegeben haben könnte zwischen ihren Überfällen auf die Wehrmacht und deren mörderischer Vergeltungsaktion soll den Besuchern möglichst nicht in den Kopf kommen.

Überall in den vom Krieg heimgesuchten Gebieten der Sowjetunion werden die Gedenkstätten um weitere Anlagen vermehrt. Auch die Stadt Kursk, die den Kämpfen vor vierzig Jahren ihren Namen verlieh, dabei selbst aber keine Rolle spielte, wird noch ein großes Monument bekommen. Nördlich davon beim Dorf Swoboda, wo sich der Kommandostand des *späteren Marschalls Rokossowski* befand, gibt es schon seit zehn Jahren einen weiträumigen „Memorialkomplex" – mit Museum und Soldatenstatue, zur Schau gestellten Geschützen und dem unvermeidlichen, frisch lackierten T 34, in Stein gehauenen Angaben über die beteiligten Armee-Einheiten und einem unterirdischen Heiligtum: *dem tief in die Erde gegrabe*nen Befehlsbunker Rokossowskis, der die sowjetische Zentralfront im oberen Teil des Kursker Bogens kommandierte.

CDU-Fraktion Rheinland-Pfalz aus „DDR" zurück

Nea. Mainz

„Eine Reise in die DDR hat immer zwei Seiten – das Sehen und das Gesehenwerden", sagte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) nach seiner Rückkehr von einer fünftägigen Reise der CDU-Landtagsfraktion zu den Luther-Stätten Eisleben, Eisenach, Wittenberg, Erfurt und Leipzig.

In zwei Reisebussen befand sich die Reisegesellschaft der etwa 50 Abgeordneten natürlich in enger Obhut ihrer „DDR"-Begleiter. Die Kontakte zur Bevölkerung blieben relativ begrenzt. Dennoch hält Vogel – neben den sehr informativen Führungen aus Anlaß des Luther-Jahres – das Aufsehen, das diese große Reisegruppe von Politikern aus der Bundesrepublik bei den „DDR"-Bewohnern erregte, für wichtig. Mehrfach hätten gerade in den kleinen Städten Bürger gesagt: „Endlich kommt Ihr auch mal zu uns und nicht nur nach Berlin."

Er wünsche sich, sagte der Regierungschef, daß dieses Beispiel Schule mache. Man könne an einem verlängerten Wochenende statt in den Schwarzwald ruhig auch mal nach Thüringen fahren. Auch Klassenreisen von Schülern könnten sich dieses Ziel setzen. Vogel ermunterte vor allem die Sozialkunde-, Deutsch- und *Geschichtslehrer, darüber nachzudenken.*

Bernhard Vogel, der seit Jahren regelmäßig private Reisen in die „DDR" unternimmt (im vergangenen Jahr war ihm dabei erstmals die Einreise verweigert worden), berichtet auch, daß der von der Bundesregierung verbürgte Milliardenkredit an die „DDR" bei der dortigen Bevölkerung „Überraschung" ausgelöst habe. Er sei jedoch überzeugt, daß der Kredit „taktisch klug" sei. Man müsse überall wo es möglich sei die Beziehungen nach drüben vertiefen. Um so deutlicher könne man dann bei Positionen fest bleiben, wo es notwendig sei, zum Beispiel in der Nachrüstung. Im unzweideutigen Festhalten am westlichen Bündnis unterscheide sich die heutige Bundesregierung in ihrer Politik gegenüber dem Osten von der vorhergehenden.

Flucht über die See nach Schweden

AFP/AP, Kalmar

Einem polnischen Ingenieur ist die Flucht nach Schweden gelungen. Der aus dem oberschlesischen Beuthen stammende Mann, der seine Frau und drei Kinder in seiner *Heimatstadt zurückließ*, war während eines Segelausflugs in der Ostsee von einer Jacht vor der südostschwedischen Küste ins Wasser gesprungen und zum Festland geschwommen. Der Flüchtling sagte vor der schwedischen Polizei aus, daß er von dem Kapitän der Jacht beschossen worden sei, die Kugeln jedoch nur seinen Proviantsack trafen.

Der Ingenieur war im Januar 1982 von seiner Kohlenzeche aufgrund seiner Mitgliedschaft in der Gewerkschaft „Solidarität" entlassen worden. Um in den Westen fliehen zu können, trat er einem Segelclub bei, der in der Ostsee Kreuzfahrten veranstaltete. Am 5. Juli startete er mit vier weiteren Seglern zu einer zweiwöchigen Reise mit der Auflage, in keinem schwedischen Hafen anzulegen.

Tod zweier Schüler, Karlsruhe ermittelt

W. K. Waldshut

Die Generalbundesanwaltschaft ermittelt gegen die unbekannten Absender eines angeblichen Bekennerschreibens „Revolutionärer Zellen" (RZ) zum Tod zweier Waldshuter Schüler. Der 19jährige Bernd Sch. und der gleichaltrige Andreas H. waren beim Einfüllen einer explosiven Mischung in einen Metallzylinder durch eine Detonation getötet worden. Polizeiliche Nachforschungen ergaben keinen Hinweis auf die Zugehörigkeit der Opfer zu einer terroristischen Gruppierung. In einem Schreiben an eine Zeitung wurde jedoch nach dem Unglück behauptet, die „RZ" hätten „zwei ihrer erfolgreichsten Kämpfer" verloren.

Berlin: Besetzer räumen Zeltstadt

F. D. Berlin

Die etwa 100 ehemaligen Hausbesetzer, die nach der Räumung von fünf besetzten Gebäuden im Berliner Bezirk Charlottenburg am 27. Juni in einer Zeltstadt nahe dem Charlottenburger Schloß gelebt hatten, haben gestern den Platz freiwillig geräumt. Ein Ultimatum des zuständigen Bezirksamtes zur Räumung der „Autonomen Zeltstadt Chaotenburg" war bereits am vergangenen Mittwoch abgelaufen. Wenige Stunden vor dem Abbau der Zelte war das Gelände von Polizeikräften durchsucht worden, da sich Anwohner wiederholt über Lärm und weitere Belästigungen beschwert hatten. Dabei wurden 80 junge Leute überprüft, ein Mann wurde wegen Körperverletzung festgenommen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Welche Sicherheiten hat Bonn?

Es bestehen noch Unklarheiten über Details des Milliarden-Kredits an die „DDR"

HEINZ HECK, Bonn

An der Bonner Bürgschaft für den Milliarden-Kredit an die *„DDR", die vor allem in der CSU* die Gemüter bewegt, ist manches klar und vieles unklar. Klar ist inzwischen, daß es sich um eine hundertprozentige Deckung für einen ungebundenen Finanzkredit handelt – ein in der Bonner Bürgschaftspraxis absolut unüblicher Vorgang. Die Bundesregierung gibt Bürgschaften und Garantien üblicherweise für Lieferkredite. Dabei hat der Lieferant einen Selbstbehalt zwischen fünf und 15 Prozent (meist letzteres) zu übernehmen und sich damit an dem Geschäftsrisiko zu beteiligen.

Für die kreditgewährenden Banken ist das Geschäft angesichts der Volldeckung aus Bonn ohne jedes Risiko.

Unklar ist dagegen, ob auch für Bonn „keinerlei Risiko" entsteht, wie es CSU-Generalsekretär Wiesheu in der jüngsten Ausgabe des „Bayernkurier" behauptet hatte (*Die WELT vom 11. Juli*). Hierzu gibt es bisher in Bonn nur Spekulationen. So erklärt etwa der Sprecher des Ministeriums für Innerdeutsche Beziehungen: „Vielleicht weiß man das im Bundeskanzleramt." Sein Ministerium sei „nicht befaßt, allerdings kurz zuvor unterrichtet" worden (gemeint ist kurz vor Unterzeichnung der ersten Kredittranche über 500 Millionen Mark am 1. Juli).

Nur Spekulationen

Doch auch im Kanzleramt zeigt man sich zur Frage der Sicherheiten nicht sehr gesprächig. Spekulationen zufolge, die aber niemand offiziell bestätigen will (auch wenn Wiesheu mit seiner eindeutig klingenden Aussage den Eindruck erweckt, als wisse er Genaues), bestehen die Sicherheiten in den Bonner Transferleistungen an Ost-Berlin, die zum Beispiel in diesem *Jahr die stattliche Summe von* über 800 Millionen Mark erreichen, unter anderem die Transit-Pauschale von 525 Millionen (bis 1989 in dieser Höhe jährlich am 31. März fällig), die Straßenbenutzungsgebühr von 50 Millionen (ebenfalls bis 1989 jeweils am 31. März), eine jährliche Postpauschale von 85 Millionen Mark, weitere 60,3 Millionen für den Autobahnausbau (im Dezember 1984 nochmal in gleicher Höhe) und 37,5 Millionen für den Ausbau der Transit-Wasserstraßen (1984 nochmal in gleicher Höhe).

Bonn könnte also, so lautet die unbestätigte Spekulation, sich gleichsam an den eigenen Zahlungen schadlos halten, wenn die „DDR" ihren Verpflichtungen aus dem Kredit nicht nachkommt.

Und das sind die bisher bekannt gewordenen Bedingungen: Am 1. und 7. Juli wurde je ein Kreditvertrag über je 500 Millionen Mark zwischen den beteiligten Banken und der Deutschen Außenhandelsbank AG (Ost-Berlin) mit jeweils fünfjähriger Laufzeit und einem Zinssatz geschlossen, der ein Prozent über dem Londoner Interbanken-Zins (Libor) liegt. Dieser am internationalen Kapitalmarkt maßgebliche Zinssatz lag bei Abschluß der ersten Hälfte bei 5⅛ und bei der zweiten Hälfte 5⅝ Prozent. Der Zinssatz wird alle sechs Monate angepaßt.

Unklarheit herrschte bisher auch über mögliche Gegenleistungen der „DDR". CSU-Chef Franz Josef Strauß nannte gestern als Gegenleistung für den Kredit eine „Wende zum Erfreulichen" bei den „DDR"-Grenzkontrollen, eine *Gesprächsbereitschaft der „DDR"* über ein Abkommen zur Luftreinhaltung, eine „kooperative und kompromißbereite Haltung" der „DDR" bei der Erstattung der Postgebühren sowie bei der Verbesserung des Fernsprechverkehrs und des Paket- und Päckchenverkehrs. Strauß fügte hinzu: „Es hat keinen Sinn, weitere Angaben zu machen, Hoffnungen zu erwähnen oder Forderungen darzustellen. *Man kann damit die Lösungsmöglichkeiten der gegebenen Probleme nur zerreden oder zerschreiben.*"

Der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), hat gestern in einem Interview mit der „Bild"-Zeitung zum Thema Gegenleistung erklärt, in der innerdeutschen Politik dürfe es keine Einbahnstraße geben. „Wir wünschen mindestens eine deutliche Herabsetzung der Zwangsumtauschsätze und auch eine deutliche Senkung des Reisealters von Rentnern aus der DDR", erklärte Windelen.

Weitere Bürgschaften

Wer an der Einhaltung möglicher „DDR"-Zusagen zweifelt, dem wird hinter vorgehaltener Hand entgegengehalten, daß Ost-Berlin dann künftig nicht mehr mit weiterem Bonner Entgegenkommen rechnen könne. Zugleich wird daran erinnert, die „DDR" stünde vor solchen Zahlungsschwierigkeiten, daß sie auf weitere Bonner Unterstützung nach dem Vorbild dieser ersten Transaktion dringend angewiesen sei. Der möglichen Schlußfolgerung, daß Bonn sich bereits auf weitere *Milliarden-Bürgschaften* eingestellt haben könnte, hat Minister Windelen ebenfalls in der „Bild"-Zeitung widersprochen. Zu dieser Vermutung paßt allerdings eine Äußerung des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Schmude (DIE WELT vom 9. Juli). Danach hatte Ost-Berlin bereits vor dem Bonner Regierungswechsel beim damaligen Kanzleramtsminister Wischnewski (SPD) wegen einer Bonner Bürgschaft für einen Vier-Milliarden-Kredit eines Schweizer Bankenkonsortiums vorgefühlt.

Unklar ist auch, nach welchen Kriterien der Milliardenkredit unter den deutschen Banken aufgeteilt wurde. Zu diesen Konditionen hätte sich jede Bank gern beteiligt. Anders als bei den Krediten an Jugoslawien (1973) und Polen (1975) in Höhe von je einer Milliarde Mark sind im Zusammenhang mit der der „DDR" gewährten Bürgschaft keine Bonner Zinszuschüsse fällig.

Seite 2: Das große Staunen

Psychiatrieverband vor der Spaltung?

Die Vorwürfe gegen die Sowjetunion sind auch in Wien ein Thema

PETER JENTSCH/DW. Wien

Politische Auseinandersetzungen überschatteten den gestern in Wien eröffneten 7. Weltkongreß für Psychiatrie. Der Vorsitzende des Organisationskomitees, Professor Peter Berner, rief die rund 5000 Delegierten aus mehr als 70 Ländern auf, die Einheit der Psychiatrie zu wahren. Sie sei sowohl durch die innere Spaltung in viele Spezialdisziplinen als auch durch politische Einwirkungen bedroht.

Ursache des politischen Konfliktes ist der Austritt der sowjetischen Psychiatergesellschaft aus dem Weltverband; die Sowjets wollten dem drohenden Ausschluß zuvorkommen. Der UdSSR war vor allem von Großbritannien und den USA vorgeworfen worden, die Psychiatrie zur Ausschaltung politisch unliebsamer Personen zu mißbrauchen. Dem sowjetischen Schritt haben sich bisher nur die Psychiaterverbände der CSSR und Bulgarien angeschlossen.

Generalsekretär Berner schloß in einem WELT-Gespräch einen Austritt der „DDR" und weiterer Ostblockstaaten nicht aus. Zugleich ließ er durchblicken, daß der Austritt des sowjetischen Fachverbandes auf politischen Druck höchster sowjetischer Regierungskreise erfolgt sein könnte. In Gesprächen mit Verbandsvertretern habe er Konzessions- und Dialogbereitschaft erkannt. Auch die Tatsache, daß außerhalb des Weltverbandes weiterhin auf verschiedenen Ebenen Kontakte zu russischen Psychiatern bestünden, spreche für eine erzwungene Entscheidung.

Trotz des Austritts der Sowjets wird der mit 5000 Teilnehmern bisher größte Weltkongreß wie vorgesehen stattfinden. Die Themen für die Plenarsitzungen sind vorgegeben und ausschließlich wissenschaftlicher Natur. Berner selbst möchte politische Themen wie die Diskussion über die „pychiatrische Behandlung in sowjetischen Nervenkliniken" auf die Generalversammlung und das Exekutivkomitee des WVP beschränkt wissen.

Immerhin hat der 60 000 Mitglieder zählende WVP mit dem Austritt der Fachverbände aus der UdSSR, der CSSR, Bulgariens 21 000 Mitglieder verloren. Stärkste Gruppierung innerhalb des Verbandes ist jetzt mit 19 000 Mitgliedern die Psychiatergesellschaft der USA. Sie hatte gemeinsam mit ihren britischen Kollegen wegen des fortgesetzten Mißbrauchs der Psychiatrie zu politischen Zwekken in der Sowjetunion den Ausschluß der Sowjets durchsetzen sollen. Dieses Anliegen wurde von den nationalen Mitgliedsgesellschaften der Schweiz, Frankreichs, Dänemarks, Norwegens, Hollands, Australiens und Neuseelands unterstützt. Die Psychiatrieverbände beriefen sich dabei auf eine im August 1977 vom Weltverband Psychiatrie in Honolulu unter scharfem Protest der Sowjets verabschiedete Resolution, in der dieser Mißbrauch der Psychiatrie verurteilt wird.

Daß auch heute noch die sowjetische Psychiatrie als verlängerter Arm des Staates zur Ausschaltung Andersdenkender benutzt wird, machte am Rande des Weltkongresses die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) deutlich. *In einer 60seitigen Dokumentation* weist die IGfM 192 Fälle nach, in denen Reformideen, Kritik am Sowjetsystem, ein religiöses Bekenntnis oder schon ein Ausreiseantrag gleichgesetzt werden mit Geisteskrankheit, die dem Betreffenden nicht selten eine psychiatrische Behandlung hin zur Folterung durch überdosierte Neuroleptika einbringt.

Gespräch mit Moskau wird schwierig

BERNT CONRAD, Bonn

Im Bundeskanzleramt herrscht Freude darüber, daß sich die Sowjets bereit erklärt haben, wieder auf Expertenebene über die seit zehn Jahren an der Einbeziehung West-Berlins festgefahrenen Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Rechtshilfe und Kulturaustausch zu sprechen. Offensichtlich würde Helmut Kohl eine Einigung über diese Texte als willkommenes Mittel zur Abkühlung der im Herbst erwarteten heißen Raketendebatte begrüßen.

Die Aussichten dafür sind allerdings sehr gering – wenn beide Seiten an ihren bisherigen Positionen festhalten. Was die Sowjetunion betrifft, so haben Generalsekretär Jurij Andropow und Außenminister Andrej Gromyko schon in Moskau gegenüber dem Kanzler unmißverständlich erklärt, die Verhandlungen über die drei Abkommen seien in der Vergangenheit gescheitert, weil die Bonner Vorschläge gegen das Viermächteabkommen verstoßen hätten. Das heißt, die Russen ließen keineswegs die Absicht erkennen, nunmehr eine für Bonn befriedigende Einbeziehung West-Berlins zu akzeptieren. Sie stimmen neuen Expertengesprächen nur deshalb zu, weil Kohl darauf trotz der unverändert restriktiven Berlin-Position Moskaus beharrte.

Demnach könnte eine Einigung über die drei Abkommen unter den heutigen Umständen wohl nur dann zustande kommen, wenn die CDU/CSU-FDP-Regierung die seit *1974* von der damaligen Regierung Schmidt-Genscher vertretene feste Haltung aufweichen würde. Diese Aussicht erscheint schon deshalb als abwegig, weil die Unionsparteien und vor allem der langjährige Oppositionsführer Kohl persönlich die SPD/FDP-Koalition immer wieder aufgefordert hatten, in der Frage der Einbeziehung Berlins keinen Schritt zurückzuweichen.

Das galt besonders für die drei seit einem Jahrzehnt erörterten deutsch-sowjetischen Abkommen, weil sich hier die Bemühungen Moskaus um eine Einengung, ja Unterminierung der Bestimmungen des Berlin-Abkommens in besonders eklatanter Weise zeigten. „Grundsätzlich" hatten die Sowjets von Anfang an nichts gegen eine Ausdehnung der wissenschaftlich-technischen Kooperation, des Kulturaustausches und der Rechtshilfe auf die Berliner Westsektoren. Darum konnte Kanzler Schmidt schon 1974 feststellen: „Es geht um das Wie, nicht um das Ob."

DIE ANALYSE

Doch am „Wie", an der praktischen Ausführung, scheiterte dann alles. Dabei ging es beim Kulturaustausch um so banale Dinge wie die Veranstaltung von Botschaftsempfängen für Westberliner Künstler in Moskau oder die Begrüßung des Dirigenten der Berliner Philharmoniker, Herbert von *Karajan, auf dem Moskauer Flughafen* durch den Botschafter der Bundesrepublik. Beides wurde von den Sowjets strikt abgelehnt. Sie ließen sich auch in der Rechtshilfe auf keine Berlin befriedigende Regelung ein.

Bei der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit wehrte sich der Kreml entschieden gegen eine Einbeziehung der in West-Berlin seit langem mit Zustimmung der drei Westmächte ansässigen Bundesinstitutionen (z. B. Bundesgesundheitsamt, Robert-Koch-Institut, Deutsches Archäologisches Institut, Bundeskartellamt, Bundesamt für Materialprüfung, Umweltbundesamt).

„Es ist unerklärlich, wie die Sowjetunion realistischerweise annehmen kann, daß die Bundesregierung angesichts der politischen und rechtlichen Lage je imstande sein könnte, von einer Berlin-Einbeziehung abzusehen, die aufgrund der alliierten Ermächtigungen von 1952/54 über die Außenvertretung Berlins (West) durch die Bundesrepublik Deutschland in vielen hundert internationalen Abkommen mit über 120 Staaten fester Bestandteil der völkerrechtlichen Vertragspraxis geworden und deren Zulässigkeit im Viermächteabkommen bestätigt worden ist", stellte 1976 der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Günther van Well, in einem vielbeachteten und von der CDU/CSU nachdrücklich begrüßten Grundsatzartikel fest.

Van Well machte klar, daß hinter der Blockierung der drei Abkommen durch Moskau mehr stand als „juristischer Formelkram", nämlich die glatte Umkehrung der im Viermächteabkommen vorgesehenen Außenvertretung West-Berlins durch den Bund. Nicht diese Außenvertretung scheine für die Sowjetunion die Regel zu sein, „sondern die Zurückweisung der Zuständigkeit der Bundesrepublik Deutschland", bemerkte der heutige UNO-Botschafter vor sieben Jahren. Van Wells Schlußfolgerung: „Für die Fortsetzung der Entspannungspolitik ist die Annäherung der Standpunkte der vier Mächte in der Frage der Außenvertretung Berlins (West) wichtig. Sie kann nur darin bestehen, daß die Signatarstaaten zu Wortlaut und Sinn der entsprechenden Bestimmungen des Viermächteabkommens zurückkehren."

Das stimmt noch heute Wort für Wort. Darum kann es für Kanzler Kohl nicht darum gehen, bei den bevorstehenden neuen Gesprächen über die drei deutsch-sowjetischen Abkommen Wendigkeit zu zeigen, gefordert ist Standfestigkeit. Zur Not muß Kohl wiederholen, was Schmidt und Genscher schon 1976 gesagt haben: „Wir können auch ohne die drei Abkommen leben."

Die Briten erheben Streit um den Henker zum Ritual

FRITZ WIRTH, London

Harry Allen weiß, wie man's macht. „*Um acht Uhr betrete ich* die Zelle des Todeskandidaten, binde ihm die Hände auf den Rükken, führe ihn die zehn Schritte bis zum Galgen und stelle ihn auf die Falltür. Mein Assistent bindet ihm die Füße und die Knie zusammen. Ich lege ihm den Strick um den Hals, den Knoten direkt unters Ohr, stülpe ihm die Kapuze über den Kopf und öffne die Falltür. Der Mann ist auf der Stelle tot. Die ganze Prozedur, von meinem Besuch in der Zelle bis zu seinem Tod dauert genau elf Sekunden. Da ist keine Zeit mehr für Reden oder Scherze unterm Galgen."

Solche fachkundigen Schilderungen sind Teil jener makabren Debatte, die seit Wochen die Briten über alle sonstigen üblichen Krisen-Diskussionen beschäftigt und die morgen im Unterhaus ihren Höhepunkt erreichen wird. Es sind Reflexionen über einen Beruf, für den es in diesem Lande seit 18 Jahren keine Beschäftigung mehr gibt, was jedoch der Mehrheit der Nation – es sind genau 78 Prozent – Anlaß zur Sorge gibt.

GROSS-BRITANNIEN

Allen ist der letzte noch amtierende britische Henker, denn trotz der Abschaffung der Todesstrafe im Jahre 1965 gibt es in diesem Lande noch theoretisch den Strick für Hochverräter. Harry Allen ist zwar schon 71, doch er versichert, nach wie vor im Vollbesitz seiner beruflichen Expertise zu sein. Er sei, sagt er, wenn am Mittwoch die Wiedereinführung der Todesstrafe beschlossen werden sollte, sofort einsatzbereit.

Debatten über die Reaktivierung des Henkers sind in Großbritannien in den letzten 18 Jahren zum vertrauten Ritual geworden. Die Lobby der „Hänger" besteht aus unruhigen und ungeduldigen Leuten, die in regelmäßigen Abständen das Thema hochspielen. Zuletzt vor einem Jahr. Sie verlor mit 124 Stimmen.

Man glaubte damals, daß diese klare Niederlage das Ende aller Todesstrafen-Debatten bedeuten würde. Der Zuzug von 101 neuen Parlamentariern zur konservativen Unterhausfraktion bei der letzten Wahl hat der „Hänge-Lobby" jedoch über Nacht neue Hoffnung und neues Selbstbewußtsein gegeben. Tatsächlich stand diese Entscheidung über die Rückkehr des Henkers niemals so sehr auf des Messers Schneide, wenn dieser etwas *artfremde* Vergleich erlaubt ist. Nach den letzten Rechnungen dürfte es die knappste Niederlage der „Hänge-Lobby" seit 1965 werden. Die Mehrheit der Anti-Henker-Lobby dürfte zwischen fünf und 20 Stimmen liegen.

Alle Parteien sind in dieser Frage gespalten, doch keine so tief wie die Konservativen. Prominentester Befürworter der Todesstrafe ist seit Jahren Margaret Thatcher, dennoch ist ihre Position zum ersten Mal nicht mehr klar erkennbar. Sie ist privat für die Rückkehr zur Todesstrafe, sie würde jedoch aus Staatsräson eine Niederlage kaum als Unglück werten. Ihr wäre das schrille Echo, das die Wiedereinführung der Todesstrafe international auslösen würde, *höchst unwillkommen*. Frau Thatcher spürt sehr wohl den Widerspruch einer derartigen Entscheidung für ihren Regierungskurs. Sie ist seit vier Jahren dabei, dieses Land politisch und wirtschaftlich um Jahrzehnte überspringen zu lassen und würde gesellschaftspolitisch mit der Wiedereinführung der Todesstrafe zugleich um Jahrzehnte zurückgeworfen. Ein solcher Schritt bekäme dem *britischen Ansehen in der* Welt nicht, denn die Briten wären damit neben der Türkei die einzigen Mitglieder des Europarates, die noch einen Henker beschäftigten.

Das erstaunliche an der gegenwärtigen Debatte in Großbritannien ist, daß ein höchst einflußreicher Teil des politischen und gesellschaftlichen Establishments gegen die Todesstrafe ist, daß sich aber dennoch 78 Prozent der britischen Bevölkerung nicht von seinen Argumenten überzeugen läßt. So hat, obwohl die Premierministerin für die Todesstrafe ist, bisher kein amtierender Minister in ihrem Kabinett dieser Lobby aktive Unterstützung gegeben. Die anglikanische Kirche steht mit überwiegender Mehrheit in Opposition zur Todesstrafe. Robert Runcie, der Erzbischof von Canterbury, hat sie öffentlich einen „Akt der Barberei" genannt und erklärt: „Dem Staat das Recht zu geben, Menschen zu töten, heißt, ihm gottähnliche Macht zu verleihen."

Die katholischen Bischöfe in England und Wales haben sich ebenso scharf auf Oppositionskurs begeben und die Bischöfe in Ulster, wo seit dem Ausbruch der gegenwärtigen Unruhen vor 16 Jahren 2200 Menschen durch Terroranschläge getötet wurden, haben die Wiedereinführung der Todesstrafe eine „Katastrophe für Nordirland" genannt. Die Mehrheit der britischen Rechtsanwälte und der Richter beschwört seit Wochen das Parlament, gegen die Todesstrafe zu stimmen; einige Richter haben bereits ihren Rücktritt angedroht für den Fall, daß von ihnen erwartet wird, Todesurteile zu verhängen.

Für die Todesstrafe haben sich vor allem die Berufsverbände der Polizisten und der Gefängnisbeamten ausgesprochen. Sie rechtfertigen die Todesstrafe vor allem mit dem Argument der Abschreckung, obwohl es dafür statistisch keine einwandfreien Beweise gibt, und obwohl besonders in Nordirland klare Anzeichen dafür vorliegen, daß sie dort eher umgekehrte Effekte haben wird. Der britische Nordirlandminister Prior, der vor sieben Jahren selbst für die *Wiedereinführung der Todesstrafe* gegen Terroristen *stimmte*, hat in seinem Amt diese Einstellung revidiert und die Parlamentarier beschworen, der IRA nicht mit einer Wiedereinführung der Todesstrafe in die Hände zu spielen.

Selbst wenn, wider Erwarten das Parlament umfallen und für die Todesstrafe stimmen sollte, wäre damit der Henker Harry Allen noch keineswegs wieder reaktiviert. Die Einzelheiten des neuen Häng-Gesetzes müßten in einer langen Prozedur durchs Parlament gepaukt werden, wobei es für die „Hänge-Lobby" noch zahlreiche Falltüren geben wird.

Der Papst entschied sich für einen Getreuen Roms

Ernennung Simonis' löst in Holland Protest aus

F. MEICHSNER, Rom

Als Johannes Paul II. aus Sorge über einige Entwicklungen in der holländischen Kirche die Bischöfe der Niederlande Anfang 1980 zu einer Partikularsynode nach Rom zitierte, umriß eine italienische Zeitung die Situation mit der überspitzten Behauptung, in Holland seien „auch die Katholiken protestantisch". Die Äußerungen des Protestes, mit denen jetzt im Kirchenvolk auf die vom Papst ausgesprochene Ernennung eines Koadjutors mit Recht auf Nachfolge für die Erzdiözese Utrecht reagiert wird, lassen darauf schließen, daß sich an dieser Grundsituation wenig geändert hat.

Erzbischof Willebrands von Utrecht sagte zu der Entscheidung des Papstes, den Bischof von Rotterdam, Adrianus J. Simonis, zum Koadjutor zu ernennen, Simonis sei im Erzbistum Utrecht ein „Außenseiter". Er verstehe, daß der Papst eine bestimmte Meinung habe; in den Niederlanden gebe es allerdings andere Auffassungen, und wäre der Papst diesen gefolgt, könnten zahlreiche Schwierigkeiten vermieden werden.

Die päpstliche Ernennung betrifft mit dem Erzbistum Utrecht das Zentrum des kirchlichen „Progressismus" im Lande. An der Spitze der Erzdiözese stand während des Konzils Kardinal Alfrink, seinerzeit einer der Hauptexponenten des kirchlichen Erneuerungslagers. Er wurde dann von Kardinal Willebrands abgelöst, der sich in ähnlicher Weise aufgeschlossen zeigte *für* das „Aggiornamento" und die Probleme des konfessionell gemischten Landes. Da er gleichzeitig an der römischen Kurie die Position des Präsidenten des christlichen Einheitssekretariats innehat und sich deshalb nicht voll der Seelsorgeaufgabe in seinem Erzbistum widmen kann, hatte er schon vor längerer Zeit darum gebeten, ihm einen Koadjutor zur Seite zu stellen.

Simonis, der Willebrands wahrscheinlich Ende dieses Jahres als Erzbischof voll ablösen wird, ist einer der beiden vom Vatikan geförderten erklärten „Traditionalisten" unter den sieben holländischen Bischöfen. Er war 1971 von Paul VI. unter Umgehung der Vorschläge des Diözesankapitels vom stellvertretenden Gemeindepfarrer zum Bischof von Rotterdam bestellt worden. Ein ähnlicher vatikanischer „Eingriff" hatte ein Jahr später dazu geführt, daß auch die Diözese Roermond gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit des Kirchenvolkes einen „traditionalistischen" Bischof erhielt: Monsignore Gijsen.

Auf der holländischen Partikularsynode vor dreieinhalb Jahren hatten diese beiden Bischöfe mit vatikanischer Unterstützung die Verabschiedung von Normen erreicht, die unter anderem den von vielen holländischen Katholiken als nicht mehr zeitgemäß kritisierten und auch nicht voll respektierten priesterlichen Zölibat als „großes Gut für dieKirche" bestätigten, die Wiedereinrichtung „wirklicher Priesterseminare" bestimmten und die holländische Bischofskonferenz zu einer bisher noch immer nicht vollzogenen Diözesanneueinteilung verpflichteten, die zur Gründung von vier neuen Bistümern – mit der Möglichkeit zu neuen Bischofsernennungen im Sinne des Vatikans – führen soll.

Die Pastoralsynode des Erzbistums Utrecht hatte seinerzeit schon das „Arbeitspapier" der Partikularsynode, das diese Bestimmungen noch nicht enthielt, einstimmig als „zu negativ" abgelehnt. Sie hatte beanstandet, daß darin beispielsweise jeder Hinweis auf die „Pastoralarbeiter" (oft verheiratete Ex-Priester) und auf die Frauenseele, deren Zulassung zum Priesteramt in Holland von zahlreichen Priestern und Laien gefordert wird, fehle.

Geißler: Mit Stoltenberg einig

EBERHARD NITSCHK[E]

Sechshundert Millionen
die 1984 beim Kindergel[d]
den Geburtenrückgang ei[n]
werden, will Bundesfamili[en]
ster Heiner Geißler unter al
ständen zusätzlich für de[n]
lienlastenausgleich einsetz[en].
Wie Geißler in Bonn bei
stellung eines „Positionsp
seines Ministeriums für di
lienpolitik in der 10. Legis
riode des Bundestages sa
die Bundesrepublik schon
ren die niedrigste Geburten
Welt. Wenn es gelinge, hins
der Geburtenzahlen wieder
veau des Jahres 1970 zu er
was 800 000 Geburten jähr
genüber 600 000 der verga
Jahre bedeutet, dann könn
dadurch schon das Ausstei
Beiträge in der Rentenv
rung um etwa acht bis ne
zent reduziert werden. Die
te Priorität" der Familie
sieht Geißler schon darin b
daß die *Kindergeldleistun*
einzige Bereich innerhalb
zialleistungen seien, der vo
maßnahmen ausgen
wurde.
Als Schwerpunkte dieser
bezeichnete er eine umf
Reform und den weiteren
des Familienlastenausgleic
Kinder habe, solle weniger
bezahlen als Kinderlose. Ei
hungsgeld und eine Anerk
von Erziehungsjahren in d
tenversicherung würden
führt, „sobald die Finanzl
zuläßt". Durch staatliche
men der Wohnungsbau-Fö
will der Minister erreiche
mehrere Generationen, w
das wünschen, unter einer
leben können". Das stärke
darität der Familie.
Mit Bundesfinanzminist
hard Stoltenberg hat sich
wie er sagte, darauf geein
die Sozialhilfe ab 1984 wie
sprechend der Steigerung
benshaltungskosten, also et
Prozent, anwächst.

Strauß kritisiert Stingls Behörde

lz. M[ünchen]

Die Bundesanstalt für
wird nach Ansicht des baye
Ministerpräsidenten Franz
Strauß dem Vermittlungsm
nicht gerecht. In einem Sch
an Bundesarbeitsminister N
Blüm hält er eine Änderu
notwendig, wenn die Lehr
zusage von Bundeskanzle
eingehalten werden soll.
schildert dem Minister den
ner Firma bei München,
Münchner Arbeitsamt seit
keinen Bewerber für die Le
eines Bürokaufmanns
konnte. Da ihm zugleich die
be eines Mädchens aus dem
rischen Wald bekannt war,
angebote für diesen Ausbil
zweig auch in München an
men, habe er „unbürokrati
weils die andere Adresse ge
Er hoffe, damit beitragen z
nen, ein Ausbildungsprobl
lösen, schreibt Strauß. Das
ten des Arbeitsamtes sei
rend.

Düsseldorf: Acht Meldungen an B[KA]

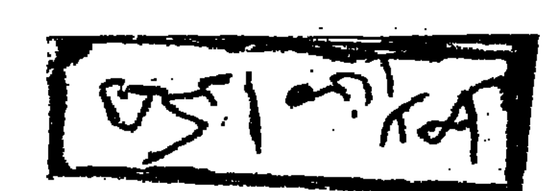
hey

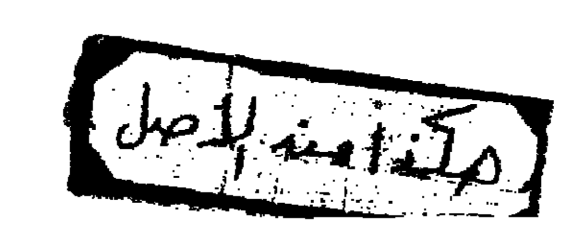
Zwölf Tage nach den gew
gen Krawallen während de
suchs des amerikanischen V
sidenten George Bush in K
hat das nordrhein-westfälisc
nenministerium acht der
Festgenommenen dem Bund
minalamt (BKA) zur Aufnah
die Landfriedensbruchsdat
meldet. Bei etwa 90 weitere
nach WELT-Informationen
der Ausgang der polizeiliche
mittlungsverfahren abge
und deren Daten anschlie
ebenfalls dem BKA übern
werden.
Ein Sprecher von Innenmi
Herbert Schnoor (SPD) w
sprach gestern Bonner Ang
nach denen sein Ministerium
Vergangenheit keine Gewalt
gemeldet hätte. Nach den
Kernkraft-Demonstrationen
letzten Oktober in Kalkar
dem BKA unter anderem
von acht Störern wegen Lan
densbruchs und ähnlicher St
ten gemeldet worden.
Dazu hieß es gestern im Bun
innenministerium, diese Date
en damals nicht in die Datei a
nommen worden. Dem BKA
die Präzisierung der Tatbest
nicht ausgereicht.

Chile: Kohl bestür[zt] über Verhaftunge[n]

Co. B

Bundeskanzler Helmut Kohl
auf die Verhaftung des christde
kratischen Parteivorsitzenden
les, Gabriel Valdes, „mit Besorg
und Bestürzung" reagiert. N
Angaben von Regierungsspre
Boenisch bezeichnete Kohl de
Vorgang als einen katastroph
Fehler der chilenischen Behör
Bundeskanzler und Bundesau
minister erwarteten die sofort
Freilassung von Valdes, erklä
Boenisch.
Der Staatssekretär des Auswä
gen Amtes, Berndt von Staden
wies den chilenischen Botschaf
Vasco Undurraga auf die Gef
einer Belastung der deutsch-chi
nischen Beziehung hin. Bonn p
zur Zeit die Möglichkeit eines
meinsamen Vorgehens der
EG-Staaten. SPD-Parteichef Wi
Brandt hat sich mit Nachdru
hinter die Proteste gestellt. Valde
war im Zusammenhang mit ein
Flugblattaktion der christdem
kratischen Jugendorganisation
Santiago festgenommen worden.





Eine Bilanz der Initiative.

Es ist üblich, die Bilanz eines Unternehmens mit der des Vorjahres zu vergleichen. Noch wichtiger ist es, die Ergebnisse vieler Initiativen eines längeren Zeitraums zu betrachten.

Wir tun beides. Denn nur so wird die Information vollständig.

Langfristige Unternehmenspolitik.

In den 10 Jahren seit 1973 ist die Pkw-Produktion weltweit um 9% gesunken. Produktion und Absatz unserer Pkw sind in dieser Zeit um 38% gestiegen.

Unsere vielfältigen unternehmenspolitischen Initiativen haben sich bewährt:

Unsere Autos sind bei noch gesteigertem Sicherheits- und Qualitätsstandard wesentlich sparsamer und umweltfreundlicher geworden. Mit neuen Modellen haben wir neue Kunden hinzugewonnen. In unseren Werken haben wir mit modernen Anlagen und zukunftsweisenden Technologien die Voraussetzungen für hohe Qualität und Flexibilität geschaffen.

Wir verfügen über ein kundennahes, leistungsfähiges Vertriebs- und Service-Netz in aller Welt; darauf können wir im harten Wettbewerb bauen.

Das sind wichtige Bausteine unserer erfolgreichen Unternehmensentwicklung.

Dabei gilt es zu bedenken, daß unsere Branche über sehr lange Zeiträume hinweg planen muß: Die Entwicklung neuer Modelle dauert 5 bis 7 Jahre; 8 bis 10 Jahre werden sie dann gebaut – und ein Mercedes ist im Durchschnitt 13 Jahre auf der Straße. Fahrzeuge, die wir heute entwickeln, werden also noch im Jahre 2010 gefahren.

Wir haben uns in unserer Politik der Langfristigkeit und der Verantwortung nie beirren lassen.

So haben wir 1982 mehr als 100.000 Fahrzeuge unserer S-Klasse verkauft – eine Stückzahl, die noch vor wenigen Jahren als unerreichbar galt. Dabei erwies sich gerade der 8-Zylinder-Leichtmetallmotor mit Verbrauchseinsparungen bis zu 22% als ein besonderes Zugpferd.

Im gleichen Jahr wurden der 190 und 190 E als erste Modelle einer von Grund auf neuen Baureihe mit großem Erfolg eingeführt. Sie verkörpern Mercedes-Qualität in einer neuen Dimension, in kompakten Abmessungen.

1982 – ein Jahr des Exports.

Das Geschäftsjahr 1982 war für uns trotz des schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfelds insgesamt erfolgreich.

DAIMLER-BENZ AKTIENGESELLSCHAFT

AUS DER KONZERNBILANZ

AKTIVA	31. Dezember 1982 Mill. DM	31. Dezember 1981 Mill. DM	PASSIVA	31. Dezember 1982 Mill. DM	31. Dezember 1981 Mill. DM
Anlagevermögen	6.931	5.727	Eigenkapital	6.917	6.266
davon Sachanlagen	6.436	5.409	davon Grundkapital	1.529	1.529
Umlaufvermögen	15.996	14.637	Fremdkapital	15.779	13.846
davon Zahlungsmittel und Wertpapiere	4.619	4.143	davon Rückstellungen	8.315	7.275
			Konzerngewinn/ Ausschüttungssumme	350	304
Bilanzsumme	22.954	20.428	Bilanzsumme	22.954	20.428

AUS DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	1. Januar bis 31. Dezember 1982 Mill. DM	1. Januar bis 31. Dezember 1981 Mill. DM
Umsatzerlöse	38.905	36.661
Materialaufwand	20.047	19.497
Personalaufwand	10.712	9.993
Abschreibungen	2.273	1.688
Steuern (EEV)	3.310	3.091
Jahresüberschuß	921	826
Erhöhung der Konzernrücklagen	571	522
Ausschüttung	350	304

Dividendenbekanntmachung
Für das Geschäftsjahr 1982 werden eine um 0,50 DM auf 10,50 DM erhöhte *Dividende und ein Bonus von 1,– DM je dividendenberechtigter* Stammaktie im Nennbetrag von 50,–DM gezahlt. Zusammen mit der anrechenbaren Körperschaftsteuer von 9/16 der Ausschüttung ergibt sich ein Gesamtertrag von 17,97 DM je 50-DM-Aktie für unsere inländischen Aktionäre.

Der vollständige Konzernabschluß und der Jahresabschluß der *Daimler-Benz AG sind mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk* der Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt (Main), versehen und werden im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Der Geschäftsbericht mit den ungekürzten Jahresabschlüssen kann bei den Kreditinstituten oder direkt bei der Daimler-Benz AG, Abteilung FBW/AFP, *Postfach 202, 7000 Stuttgart 60, angefordert werden.*

Dies verdanken wir der Wachstumsstärke unserer Personenwagen und dem stabilen Nutzfahrzeug-Geschäft.

Mit dem Exportwind im Rücken wurde Daimler-Benz das umsatzstärkste deutsche und blieb das ertragsstärkste europäische Automobil-Unternehmen.

Der Pkw-Umsatz erhöhte sich um 13% von 16,6 Mrd. DM auf 18,7 Mrd. DM.

Besonders erfreulich waren unsere Exportzuwächse in die USA, nach Frankreich, Großbritannien, Schweden und die Schweiz.

Im allgemein rückläufigen Inlandsmarkt konnten wir unseren Anteil leicht verbessern.

Bei voll ausgelasteten Kapazitäten haben wir 1982 unsere Pkw-Produktion um 17.500 auf 458.345 Fahrzeuge gesteigert.

Der Nutzfahrzeugumsatz blieb mit 18,9 Mrd. DM in der Größenordnung des Vorjahres.

Die großen Nutzfahrzeug-Märkte in Nord- und Südamerika waren weiter von der wirtschaftlichen Rezession gekennzeichnet; unsere dort beheimateten Nutzfahrzeug-Werke waren davon zwangsläufig betroffen.

In unseren deutschen Nutzfahrzeug-Werken haben wir 187.000 Transporter, Lkw, Omnibusse und Unimog/MB-trac hergestellt. Entgegen dem allgemein rückläufigen Markttrend haben wir Produktion und Absatz von Schwerlastwagen auf 63.513 Einheiten nochmals steigern können. Großen Anteil daran hatte das außerordentlich gute Nahost-Geschäft. Aber auch unsere Lieferungen in die EG-Länder konnten wir um 18% ausweiten.

In den übrigen Bereichen des Nutzfahrzeug-Programms vermochten wir uns der allgemeinen Marktschwäche kaum zu entziehen. Dennoch haben wir die daraus resultierenden Beschäftigungsschwankungen in unseren Inlandswerken durch interne Maßnahmen ausgleichen und Kurzarbeit vermeiden können.

Wer nicht investiert, stagniert.

Im Rahmen unserer mittelfristigen Unternehmensplanung werden wir allein im Inland 1983 und 1984 jeweils etwa 3 Mrd. DM in Sachanlagen investieren. Schon 1981 und 1982 waren es im Durchschnitt etwa 2,5 Mrd. DM.

Ebenso in die Zukunft gerichtet ist unsere Forschungs- und Entwicklungsarbeit. Wir haben dafür 1982 mehr als 1,4 Mrd. DM aufgewendet. Vieles, was vor 20 Jahren noch als unmöglich galt, ist heute Wirklichkeit – heute müssen wir die Weichen stellen, für das, was wir in den nächsten 20 Jahren verwirklichen wollen.

Arbeitsplätze gesichert.

Weltweit waren am Jahresende rd. 186.000 Mitarbeiter bei uns beschäftigt.

Allein im Inland mehr als 148.000; in den letzten 10 Jahren wurden über 22.000 Arbeitsplätze neu geschaffen.

Unsere Verantwortung für die junge Generation nehmen wir ernst. 8.500 Jugendliche waren Ende 1982 bei uns in der Ausbildung – soviel wie nie zuvor.

Neue Initiativen für die Zukunft.

Mit unserer soliden Ertragskraft haben wir die Grundlagen geschaffen für eine weiterhin aufwärtsgerichtete Unternehmensentwicklung.

In der Forschungs- und Entwicklungsarbeit widmen wir uns intensiv der weiteren Verbesserung unserer Fahrzeuge.

Mit der Baureihe 190/190 E werden wir unserem Unternehmen neue Wachstumsmöglichkeiten erschließen. Wir verkaufen im Inland monatlich 6.000 Fahrzeuge. Das ist die derzeit produktionstechnisch realisierbare Stückzahl. Bereits kurz nach Markteinführung haben sich die Modelle 190/190 E durchgesetzt.

Vor dem Hintergrund dieses Erfolgs gehen wir daran, diese neue, zusätzliche Baureihe konsequent zu erweitern: Zur Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt werden wir ein weiteres Modell mit einem völlig neu entwickelten Dieselmotor sowie eine Sportversion vorstellen.

Der Erfolg in der Zukunft ist das Ergebnis der Initiativen von heute. Sie sind Ausdruck unserer Zuversicht in die erfolgreiche Entwicklung unserer Automobile und unseres Unternehmens.



Daimler-Benz Aktiengesellschaft.

Von der Aktion erfuhr Schnoor nach Stunden

Wuppertaler Razzia war „polizeitaktische Maßnahme“

WILM HERLYN, Wuppertal

Innenminister Herbert Schnoor (SPD) wurde von dem überraschenden Vorgehen der Wuppertaler Polizei gegen die Chaoten-Szene erst mehrere Stunden nach dem Beginn der Aktion informiert.

Sein Parteigenosse Klaus Köhler, Polizeipräsident von Wuppertal, hat ein gutes Gewissen: „Ich hatte nicht mit dem Innenministerium über die Festnahmeaktion gesprochen, sondern das haben wir hier in unsere Verantwortung übernommen. Es ist der Auftrag eines Polizeipräsidenten, Straftäter zu verfolgen, und in erster Linie sind zunächst einmal wir hier vor Ort zuständig.“ Und nicht ohne Stolz setzte er hinzu: „Und dieser Verantwortung sind wir, glaube ich, gerecht geworden.“

Die etwa 120 Beamten, unterstützt von Hundestaffeln und sogar einem Hubschrauber, waren nach Hinweisen des Landeskriminalamtes in Marsch gesetzt worden. Danach sollte von 11 Uhr an in dem Jugendzentrum „Das Haus e. V.“ in Wuppertal-Langerfeld eine „Nachbereitungskonferenz zur Demo in Krefeld“ anläßlich des Besuches des amerikanischen Vizepräsidenten George Bush stattfinden. Köhler versicherte jetzt, die Festnahme von 104 Personen, darunter 44 Frauen, habe sich auf eindeutige Rechtsgrundlagen gestützt. Es sei auch nicht nötig gewesen, sich einen weiteren Durchsuchungsbeschluß ausstellen zu lassen, nachdem die Jugendlichen, zwischen 17 und 35 Jahre alt, „das Zielobjekt änderten, und sich allmählich in einem anderen Kommunikationszentrum für Jugendliche, in der ‚Börse‘ trafen, denn es war hier Gefahr im Verzuge“.

Der Staatssekretär in der Düsseldorfer Staatskanzlei, Rolf Krumsiek, unterstützte Köhler in der Frage, ob die Polizei mit der richterlich nicht genehmigten Razzia in der Börse gegen das Gesetz verstoßen habe. Er sagte: „Das war durchaus Rechtens, die Polizei war dabei, Straftäter zu verfolgen.“ Dem Einsatz sei „aufklärende Ermittlungsarbeit vorausgegangen“. Krumsiek betonte, die Razzia „war ausschließlich eine polizeitaktische Maßnahme und keine politische Demonstration“.

Inzwischen liegen sichere Hinweise vor, daß einige der Festgenommenen sich bereits vier Wochen vor den Krefelder Krawallen in demselben Wuppertaler Jugend-Treff „Das Haus e. V.“ eingefunden hatten, um *Aktionen gegen den* Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten George Bush am 25. Juni vorzubereiten. Damals war die Polizei erst später auf diese „Konferenz“ aufmerksam geworden. Unter anderem war überlegt worden, ob „man zuerst die deutschen Bullen überrennen“ sollte, damit die Einsatzleitung „amerikanische Soldaten einsetzen müssen, die dann wild in die Menge ballern“.

Schon in Krefeld selbst soll nach Beobachtungen des Landeskriminalamtes für die „Nachbereitungskonferenz“ auf Flugblättern geworben worden sein. Die Polizei fand in der Nacht zum Montag bei einigen der Inhaftierten „Einladungen“ von der sogenannten „Demo-Nachbereitungsgruppe Krefeld“ zu dem Treffen in Wuppertal. Darin heißt es: „Es war in Krefeld vorgesehen, etwaige Bullensperren, die uns im Weg stehen, anzugreifen und zu durchbrechen. Dieses Konzept der Demo konnte nicht umgesetzt werden. Diese Fehler dürfen wir in Zukunft nicht mehr machen. Wir meinen dabei, daß es richtig und notwendig ist, bei bestimmten Anlässen zu militanten Aktionen zu mobilisieren und diese durchzuführen. Dabei ist die Form einer militanten Demo unabdingbar, um daran den Widerstand weiterzuführen.“

Ziel der sogenannten „Autonomen Gruppen“ ist es, Demonstranten zu Gewalt zu animieren. Sie selbst zählen etwa 2000 Mann im gesamten Bundesgebiet mit Schwerpunkten in Berlin, dem Ruhrgebiet, Frankfurter Raum, Hamburg, Bremen, Heidelberg, Göttingen und Karlsruhe.

Bekannt ist, daß die „Autonomen“ schon Tage vor dem eigentlichen Aktionstermin hin- und herreisen, um Anhänger und Sympathisanten aufzusuchen. Die Gewalttäter von Krefeld kamen nach Erkenntnis der Sicherheitsbehörden aus dem Lager der „Voll-Autonomen“ und dem der „Anti-Imperialisten“. Diese Gruppen unterhalten wiederum engste Beziehungen, sind zum Teil sogar identisch mit den „Roten Zellen“ (RZ).

Daß sie auch zumindest rhetorische Anhänger in der gewaltlosen Friedensbewegung haben, ergibt sich aus Leserbriefen der linksorientierten „Tageszeitung“. Dort UUUU schrieb unlängst ein Leser: „Die Friedensbowegung hat auch gegenüber den Autonomen eine Verantwortung. Immerhin stehen sie uns näher als Leute wie Kohl und Reagan.“

Mitglieder der Grünen stehen auf dem Standpunkt, man dürfe die Autonomen nicht allein lassen und sich auch nicht von ihnen distanzieren. Denn dann wäre die Gefahr zu groß, daß sich der Gegner nach dem Motto „Divide et impera – Teile und herrsche“ durchsetzen könne.

Moskau strebt Schwächung der Bundeswehr an

■ Fortsetzung von Seite 1

Mit diesen Bestimmungen zielt die Sowjetunion nach Ansicht alliierter Experten auf die vollständige Demobilisierung betroffener westliche Verbände. Sie selbst würde keine Truppen zu demobilisieren haben, denn nach Artikel sechs dürften sowjetische Verbände, sofern sie abgezogen würden, in die Sowjetunion zurückkehren, wo sie weiter bestehen bleiben können.

Den Kern des Vertragentwurfs findet man in Artikel neun Absatz zwei. Er lautet: „Die als Ergebnis der Reduzierungen erzielten gleichen kollektiven Höchststärken der Streitkräfte der Seiten in Mitteleuropa werden unter Beachtung folgender Bestimmungen aufrechterhalten: Die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte eines Teilnehmers des Abkommens jeder Seite in Mitteleuropa darf zu keinem Zeitpunkt 50 Prozent der kollektiven Gesamthöchststärke von 900 000 Mann auf jeder Seite überschreiten.“

Dieser Satz richtet sich gegen die Bundeswehr. Praktisch wäre sie von der Bestimmung allein betroffen und müßte etwa 40 000 aktive Soldaten demobilisieren. Das hätte nach Artikel fünf in Verbänden zu erfolgen. Die Folge wäre nach alliierter Ansicht, daß die zentrale Front in Mitteleuropa auf die abschreckende Wirkung präsenter Truppen teilweise verzichten müsse. In Brüssel stellt man diese Bestimmung in Zusammenhang mit dem Verlangen der Sowjets bei den Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen, die französischen und britischen Atomwaffen müßten mitgezählt werden, womit automatisch die amerikanische Nuklearabschreckung in Europa entfallen würde.

Der sowjetische Vertragsentwurf weist durch seine Formulierung die Forderung des Westens zurück, vor jeder vertraglichen Regelung müsse in Wien Einigkeit über die Truppenstärken auf beiden Seiten erzielt werden. Während die Sowjetunion die westlichen Angaben über die Stärke der westlichen Truppen anerkennt, erklärte der Westen, der Warschauer Pakt unterhalte im Reduzierungsraum 150 000 Soldaten mehr als er angibt. In Artikel 14 heißt es entsprechend: „Nach dem Abschluß aller Reduzierungen bis zu gleichen kollektiven Höchststärken tauschen die Seiten auf gegenseitiger Grundlage Angaben über die zahlenmäßige Stärke ihrer Streitkräfte in Mitteleuropa aus ...“ *Ausgehend von den NATO-Zahlen würde* der Westen damit die Überlegenheit des Warschauer Pakts in Mitteleuropa völkerrechtlich sanktionieren. (SAD)

Hoffnung über Luther-Jahr hinaus

Bilanz des Kirchentages von Dresden / Der Staat hielt sich zurück

DW./dpa, Dresden

Der Kirchentag von Dresden ist vorüber, es mehren sich die warnenden Stimmen, daß der „Rausch“ des Treffens der 100 000 zu Hause, in den Gemeinden, schnell verfliegen könnte. Der sächsische Landesbischof Johannes Hempel sagte, generell bestehe nur zur Zeit die Möglichkeit, mit Vertretern des Staates „in Ernsthaftigkeit und Deutlichkeit zu sprechen“. Er, Hempel, glaube nicht, daß dies mit dem Ende des Luther-Jahres vorbei sein werde, allerdings könne eine Verschärfung der Weltlage sich auch im Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Mitteldeutschland negativ auswirken.

Der Dresdner Kirchentag 1983 – veranstaltet von der sächsischen Landeskirche – war der sechste und vorletzte der diesjährigen Veranstaltungen in der „DDR“ im Zeichen des Luther-Jahres. In Dresden fanden sich so viele Menschen ein wie auf den anderen fünf Kirchentagen – in Erfurt, Rostock, Eisleben, Frankfurt an der Oder und Magdeburg – zusammen. Am gesamtdeutschen Kirchentag 1954 in Leipzig hatten mehr als 500 000 Menschen teilgenommen.

Die staatlichen Behörden verhielten sich diesmal zurückhaltend. Dies galt vor allem für den „Abend der Begegnung“ unter dem Motto „Trau Dich mal“ auf dem Martin-Luther-Platz in der Dresdner Altstadt. Auf eine Malwand pinselten junge Männer Losungen wie: „Mein persönlicher Beitrag zum Frieden: Ich werde Bausoldat.“ Eine Gruppe plakatierte: „Wir sind von der Sinnlosigkeit aller Massenvernichtungswaffen überzeugt und verzichten deshalb auf jede Art von militärischem Schutz.“ Solche Äußerungen sind ansonsten in der Öffentlichkeit der „DDR“ schlicht unmöglich.

Als freilich eine nicht angemeldete Gruppe ein Plakat mit dem offiziell unerwünschten Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ anbrachte, wurde sie von Verantwortlichen der Kirche aufgefordert, ihren Stand abzubauen. Kirchentagspräsident Johannes Cieslak versicherte später, dabei habe „die Staatssicherheit“ ihre Hände nicht im Spiel gehabt, aber ein nicht angemeldeter Stand verstoße nun einmal gegen gesetzliche Bestimmungen. Diese „Spielregeln“ gingen manchen kritischen Jugendlichen zu weit. In diesen Kreisen machte die Parole „Frieden schaffen ohne Pfaffen“ die Runde.

Bei allem Bekenntnis der offiziellen Kirche zur Arbeit von Friedensgruppen, zur Wehrdienstverweigerung und gegen militaristische Tendenzen in der „DDR“ wurde in Dresden deutlich, daß andere Probleme noch dringlicher sind, weil sie das tägliche Leben der Gemeindemitglieder bestimmen. So hatte das Thema „Familie zwischen Kirche und Schule“ auf dem Kirchentagskongreß, der dem Kirchentag vorausging, den größten Zulauf. Hier wurden die Christen immer wieder ermuntert, selbstbewußt ihre Rechte wahrzunehmen, auch und gerade in der Zusammenarbeit mit der sozialistischen Schule.

Seite 2: Was wird?

„Antarktisvertrag ist vorbildlich“

Mertes: Beispiel für Zusammenwirken von Staaten unterschiedlicher politischer Systeme

MANFRED NEUBER, Bonn

Der Antarktis-Vertrag ist nach der Einschätzung von Staatsminister Alois Mertes (Auswärtiges Amt) vorbildlich für die internationale Zusammenarbeit zwischen Staaten verschiedener politischer Systeme. Mertes sprach gestern zur Eröffnung einer zweiwöchigen Konferenz über die Nutzung der Bodenschätze auf dem sechsten Kontinent.

An den Beratungen im Bad Godesberger Wissenschaftszentrum über ein Rechtssystem für die mineralischen Ressourcen nehmen Vertreter der 14 Konsultativstaaten des Antarktis-Vertrages teil: Argentinien, Australien, Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Chile, Frankreich, Großbritannien, Japan, Neuseeland, Norwegen, Polen, Südafrika, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten.

Mertes wies auf die Offenheit des antarktischen Vertragssystems hin, das nicht nur die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und den Austausch der Ergebnisse, sondern auch jederzeit Inspektionen der Stationen vorsehe. „Jedes Land kann dem Vertrag beitreten, sofern es einen substantiellen Beitrag zur Erforschung leistet“, hob der Staatsminister hervor.

Deutsche Expeditionen hätten seit mehr als 80 Jahren zur Antarktis-Forschung „erheblich beigetragen“, sagte Mertes. In den vergangenen Jahren seien „bemerkenswerte Erfolge“ bei der Erforschung der antarktischen Fischbestände erzielt worden.

Das Vier-Jahres-Programm des Bundeswissenschaftsministeriums ist mit 350 Millionen DM dotiert. Nach der Gründung des Alfred-Wegener-Institutes für Polarforschung in Bremerhaven und der Errichtung der ganzjährig besetzten Georg-von-Neumeyer-Station sind die wissenschaftlichen Arbeiten durch die Entsendung des modernen Forschungs- und Versorgungsschiffes „Polarstern“ im letzten antarktischen Sommer intensiviert worden.

Der Staatsminister erinnerte an das Verbot militärischer Aktivitäten, atomarer Versuche und der Lagerung radioaktiver Abfälle in der Antarktis und an das Moratorium für territoriale Ansprüche während der Laufzeit des Antarktis-Vertrages bis zum Jahre 1991.

„Der Vertrag bietet einen geeigneten, effektiven Rahmen, um das besonders empfindliche ökologische System der Antarktis zu erhalten und vor Schäden zu bewahren“, sagte Mertes. Die Signatarstaaten hätten zahlreiche Umweltschutz-Bestimmungen und eine „Konvention über den Schutz der lebenden Meeresschätze der Antarktis“ vereinbart.

Bei den Bonner Beratungen gehe es darum, „in einer höchst komplexen, schwierigen Materie den gemeinsamen Nenner unterschiedlicher Interessen und Rechtsstandpunkte zu finden“, sagte Mertes. Dabei müßten auch die Interessen jener Staaten, *die territoriale Ansprüche stellen* und der anderen, die solche Forderungen ablehnen, mit den Interessen der Staatengemeinschaft in Einklang gebracht werden.

In einer Fernsehsendung hatte der SPD-Politiker Volker Hauff davor gewarnt, die Dritte Welt bei der Nutzung der Antarktis auszuschließen. Er setzte sich bei der Exploration und Erschließung der Bodenschätze für Regelungen ein, die eine breite internationale Zustimmung finden müßten.

Auf Betreiben der Bewegung der Blockfreien soll die Antarktis-Frage in der nächsten Sitzungsperiode der UNO-Vollversammlung zur Sprache kommen. Mehrere Entwicklungsländer verlangen, daß der Erdteil unter dem ewigen Eis als „gemeinsames Erbe der Menschheit“ genutzt wird.

Vor dem Wissenschaftszentrum in Bad Godesberg demonstrierten gestern Angehörige der Umweltschutz-Organisation „Greenpeace“ für die Schaffung eines „Weltparks Antarktis“ unter Aufsicht der UNO. Sie überreichten Staatsminister Alois Mertes einen aufgeblasenen Pinguin und warnten vor „verheerende ökologische Konsequenzen“, zum Beispiel einer Erdöl-Förderung in der Antarktis.

Seite 14: Protest-Pinguine

„Schaden fi[...] das Ansehe[...] der Justiz“

● Fortsetzung von Seite [...]

fangenheit bewahren k[...] weiß nicht, für welche[...] dann glauben, die drit[...] nämlich die Entscheidu[...] im Einzelfall ausüben z[...] Alle, die an solchen Ak[...] nehmen, wissen, daß si[...] schen Feld agieren, u[...] dazu ihren Beruf bemü[...] wecken den Eindruck, [...] sie über die politischen [...] rechtlichen Gesichtspu[...] besser Bescheid. Ich h[...] eine Anmaßung und au[...] ein Zeichen des Nied[...] der dritten Gewalt.

WELT: Es gibt bereits [...] bei jungen Leuten und [...] Lager eine gewisse [...] drossenheit. Sehen S[...] fahr, daß sie angesic[...] Erklärungen aus den [...] Justiz auch auf die s[...] schweigende Mehrh[...] greift?

Erhard: Ja, die schweige[...] heit wird über diese A[...] chen staatlicher und [...] staatlich orientierter P[...] cherlich verunsichert. W[...] lich ist das auch einer d[...] der ganzen Sache. Das [...] das die Bevölkerung in d[...] vität der Staatsanwaltsc[...] der Gerichte haben muß[...] ter untergraben.

WELT: Die Bonner [...] Grüne wie SPD, werf[...] gierung vor, mit der [...] ten Reform des Demo[...] strafrechts eine zusä[...] kalation für den Herbs[...] führen.

Erhard: Das ist vom D[...] und von der Tatsache he[...] Unsinn. Es wird kein [...] Herbst geben, das die V[...] für den Landfriedensbr[...] dert. Es wird später all[...] sicht nach eine solche [...] rung geben, weil wir den [...] den sichern wollen. We[...] Recht, friedlich zu dem[...] sichern wollen. Jeder, [...] als würde das friedliche [...] ne Meinung zu zeigen, v[...] gierung oder von der [...] Mehrheit eingeengt o[...] dert, betrügt den, der so[...] Gesetze nicht kennen [...] wollen gerade die Frei[...] monstrieren sichern, in[...] le, die Gewalttäter [...] fernhalten wollen. O[...] dabei sind, möglichs[...] dern und von der P[...] men lassen können. Di[...] ter sind das Ziel unse[...] Und daß dazu die Helfe[...] die Gefahr kommen, du[...] Unterstützung sich eben[...] bar zu machen, ist unser[...]

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der beschwörende Appell

„Für den Frieden – ohne lila Halstuch“; WELT vom 5. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn die „Friedensbewegten“ noch Argumenten zugänglich wären, dann müßte der beschwörende Appell Matthias Waldens sie einhalten und nachdenken lassen. In dem hervorragenden Artikel „Für den Frieden – ohne lila Halstuch“ spürt man die emotionale Erschütterung, die man bei den Friedensschreiern vergeblich sucht.

Hier entwirft ein zugleich kritisch wägender und überschauender Verstand ein plastisches Bild von der Gefährdung unserer Zeit, während die „vereinigten Friedensfreunde“ über Parolen nicht hinausgelangen. Schon das Wort „Umkehr zum Leben“, das alle Andersdenkenden als Wegbereiter des Untergangs verteufelt, zeugt davon. Die monotonen, plakativen Sprüche, die nicht zum Nachdenken und Urteilen, sondern zum Hassen und Verurteilen auffordern, sind Zeichen der Erstarrung. Leben bedeutet Vielfalt, Fülle, Kreativität. Parolen waren immer die Totschlagsinstrumente der Diktatoren!

Aber die Friedensfreunde verweigern sich einer differenzierenden Betrachtung. Das Gefühl der Macht gegenüber den „kriegslüsternen Regierenden“ könnte geschmälert werden, der Genuß der moralischen Überlegenheit über alle an der unzulänglichen Realität Haftenden Schaden nehmen. Nein, die politische Wirklichkeit darf sich nicht in ihren fanatischen Glauben drängen. Das marxistische Bild von dem an sich edlen und nur durch die Gesellschaft verdorbenen Menschen, den man durch unbedingtes Vertrauen von allen bösen Absichten bekehrt, dürfte nicht einmal durch „10 Afghanistans“ getrübt werden.

Mögen wir vor den Friedensfreunden bewahrt bleiben, die mit der provokativen Verkündung eines „heißen Herbstes“ nicht nur den äußeren, sondern auch den inneren Frieden aufs Spiel setzen!

Mit freundlichen Grüßen
Ilse Schumann,
Berlin 37

*

Sehr geehrter Herr Walden,

ich leide an der Kirche, der ich bis vor 10 Jahren aktiv in mehreren leitenden Ämtern gedient habe. Es gibt viele aktive Freunde in unserer Kirche, die so denken wie ich. Aber sie haben leider im Fernsehen und weithin auch in der Presse nicht das Echo oder die Publizität, die den schwärmerischen „Friedensfreunden“ und Polit-Akteuren gewährt werden.

Man müßte aktiv werden, um die öffentliche Beachtung der modernen theologischen Schwärmer scharf einzuschränken. Und man sollte besser zur Geltung bringen, daß eine große Zahl so denkt, wie es Ihren Äußerungen entspricht. Wir leiden nicht nur an unserer Kirche, sondern wir entbehren die Beachtung, die denen zukommen sollte oder müßte, die sich mit Entschiedenheit gegen den offenkundigen Verfall der evangelischen Kirche wehren. Wir möchten den Menschen, die – wie sie meinen – aus guten Gründen diese Kirche verlassen, ein anderes Bild vorhalten, als es die Medien weithin Tag für Tag entwerfen mit ihrem Interesse an Skandalen.

Heinrich Höhler,
Superintendent i. R.,
Auerbach

*

Sehr geehrte Herren,

dieser wunderschöne Artikel ist mir aus der Seele geschrieben. Ich kann nur jeden Satz unterstreichen. Warum ist ein Teil der Deutschen so verblendet, daß sie immer hinter den falschen Propheten marschiert?

Wie kann man seine Mitbürger aufklären und wie die gemeinsame Sache mit den USA unterstützen?

Mit freundlichem Gruß
Gerhard Lorenz,
Bomlitz

Ein Pionier

„Vater der Lehre vom Ackerbau“; GEISTIGE WELT vom 18. Juni

Das anschauliche Lebensbild Johann Heinrich von Thünens, das Walter Görlitz zu dessen 200. Geburtstag entworfen hat, bedarf einer kleinen Korrektur: Thünen war k e i n Edelmann. Er entstammte vielmehr einer angesehenen Bauernfamilie im Jeverländischen (sogenannter „Bauernadel“!). Sein Vater war Marschhofbesitzer in Kanarienhausen, der Vater seiner Mutter lebte als Buchhändler und Ratsherr in Jever.

Vielleicht war aber gerade diese bäuerlich-bürgerliche Herkunft, die ihn die agrarische Lohnfrage anders sehen ließ als seine späteren Gutsnachbarn, die zumeist dem nicht gerade reformfreudigen mecklenburgischen Adel angehörten.

Angeregt durch die neuartigen Lehren einer „rationellen“ Landwirtschaft und unterstützt von ausgeprägten mathematischen Neigungen (denen schon die Standorttheorie der *sogenannten* Thünenschen Kreise zu verdanken gewesen war), entwickelte er nach jahrzehntelanger Auswertung des umfangreichen Zahlenmaterials der minuziös geführten Gutsbuchhaltung in Tellow eine Formel für den gerechten, nach seinen Worten: naturgemäßen Arbeitslohn. Nach dieser Lohnformel hat er seine Gutsangehörigen am Gewinn beteiligt, und zwar offenbar als erster Landwirt in Deutschland.

Wie wichtig Thünen selber dieser lohnpolitische Beitrag zur Lösung der drängenden „sozialen Frage“ des 19. Jahrhunderts erschien, erhellt daraus, daß er sich jene Formel auf den Grabstein meißeln und dazu die für seine hohen sittlichen Ideale bezeichnenden Worte setzen ließ:

„Das Wohlwollen der Menschen kann durch kein Gebot erzwungen, nicht durch Rang und Stand erlangt, nicht durch Geld erkauft werden. Das Wohlwollen entsprosst dem freien Innern und ist als freie Gabe von unschätzbarem Werthe für den, der sie empfängt.“

Prof. Dr. Gerhard Ahrens,
Haselau

Die alte Masche

„Loyalität für Loch“; WELT vom 30. Juni und „Entnazifizierungen“; WELT vom 1. Juli

Nichts gegen Herrn Girgensohn (Kultusminister in Nordrhein-Westfalen), für den kein Anlaß besteht, wegen seines Kriegseinsatzes bei der Waffen-SS sein Amt niederzulegen. Die bekannten näheren Umstände dieses Vorganges stimmen bis zum letzten Buchstaben mit den Fakten des Herrn Loch (Programmdirektor beim Rundfunk des WDR) überein.

Was aber Herrn Girgensohn recht ist, muß für Herrn Loch auf weniger exponiertem Posten billig sein. Wenn trotzdem Herr Loch abserviert wurde, muß die Frage an die CDU gestellt werden, was getan wurde, um der alten Masche üblen Rufmords mit Nachdruck entgegenzutreten. Nichts dergleichen ist zu hören.

Statt dessen ist in der Presse die Mitteilung des Herrn Schwefer (CDU) (Vorsitzender des Verwaltungsrates des WDR) zu lesen, daß beim Verwaltungsrat in der Sache Loch die Angelegenheit Girgensohn nicht die geringste Rolle gespielt habe. Es wäre doch umgekehrt seine Aufgabe gewesen, diese üblen Angriffe der Basis energisch abzuwehren. Statt dessen überläßt man Herrn Loch diesen Umtrieben, um ihn dann auf diesem Wege mit Unschuldsmiene untergehen zu lassen.

Dr. Willi Hoch,
Böblingen

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Juristen und Atomwaffen

„Leserbrief: Nachrüstung und Widerstand“; WELT vom 5. Juli

Ein Jurist hat sicherlich das gute Recht, sich auch zu militärischen und militärpolitischen Angelegenheiten zu äußern, wie es Bundesrichter Dr. Recken in der WELT vom 5. Juli tat.

Zur näheren Begründung verweist er auf Publikationen, die ausschließlich aus dem Bereich der Kritik an der Abschreckungsstrategie durch Kernwaffen stammen. Das hat mich überrascht, weil ich annahm, daß auch der Angeklagte vor der Verurteilung von seinem Richter angehört wird.

Die Anschuldigungen des Richters lauten:

● Die Pershing sei der SS-20 weit überlegen ...

Die von ihm aufgezählten technischen Eigenschaften sind militärisch erwünscht, aber politisch zweitrangig. Was zählt, sind Reichweite, Sprengkraft und Anzahl. Die Pershing II hat eine Reichweite von bis zu 1800 km. Damit kann sie weder die Stellungen der SS-20 noch die strategischen Kernwaffen der Sowjetunion erreichen.

Welche „tiefsten Bunkersysteme“ liegen dann in diesen 1800 km (minus zu überfliegendes eigenes Gebiet), nach Kenntnis Dr. Reckens? In Moskau jedenfalls nicht.

Von der Pershing wird es maximal 108 geben. SS-20 gibt es schon 360, mit über 1000 Sprengköpfen. Wo liegt da die Überlegenheit?

Die Mäßigung des Westens nach Reichweite und Stückzahl soll ja gerade deutlich machen, daß weder atomare Überlegenheit angestrebt noch eine existentielle Bedrohung der Sowjetunion beabsichtigt ist. Nur eben ein sehr hohes Risiko im Falle eines etwaigen Angriffs: Kriegsverhinderung also.

● Die kurze Flugzeit der Pershing mache jede Vorwarnung unmöglich ... und zwinge im Krisenfall (!) zum präventiven „Enthauptungsschlag“ ...

Wieviel „Vorwarnung“ wäre denn notwendig, um nicht präventiv zuzuschlagen?

Längst wird doch hier mit verkehrten Fronten gestritten: Die „Friedens-Bewegung“ ist es, die meist militaristisch, nämlich aus verengter militärischer Sicht und ausschließlich an Kriterien der Kriegsführung orientiert argumentiert!

Wer diese These vom Zwang zum Erstschlag aufgreift, der erkennt doch der Sowjetunion einen Anspruch an Sicherheit zu, wie er ihn weder der NATO noch unserem eigenen Land zubilligt:

Welche „Vorwarnung“ haben wir denn vor der SS-20? Die SS-20 fliegt genauso schnell wie eine Pershing!

Sollen wir mit derselben Logik demzufolge auch die Fähigkeit zum präventiven Enthauptungsschlag anstreben, wenn die SS-20 bleibt?

Die USA und Westeuropa jedenfalls wollen das nicht. Im Gegenteil: Die geringe Zahl und die gedrosselte Reichweite signalisieren eindeutig, daß eine Furcht vor einem „Erstschlag“, also Entwaffnungsschlag, unbegründet ist.

Der wirkliche Vorzug der Pershing ist ihre Mobilität. Man kann sie – ebensowenig wie die SS-20 – eben nicht präventiv ausschalten. Auch im Krisenfall ist sie längst unterwegs.

Die Annahme aber, daß der Angreifer das Angriffsziel, die erstrebte Beute, „flächendeckend“ zerstört, ist wenig einleuchtend. Selbst dem Angreifer muß man rationale Motive, also politische, unterstellen.

Die SS-20 ist – wie auch die Pershing II – eine politische Waffe, und kein Mittel der Kriegsführung. Ihr Vorhandensein und ihre Eignung sollen zu einem bestimmten politischen Handeln, zur Gefügigkeit, veranlassen; die Umschreibung für politische Erpressung.

● Amerikanische Raketen seien (für uns!) gefährlicher als sowjetische, weil ihre bloße Existenz die Sowjets zum präventiven Vernichtungsschlag zwinge ...

Eine klassische Theorie der politischen Unterwerfung. Westeuropa und Nordamerika haben sich damit abzufinden, daß wir künftig unter einem drohenden Wolkenbruch sowjetischer Kernwaffen zu leben haben.

Aber keinesfalls ist dem Sowjetstaat selbst das Risiko westlicher Kernwaffendrohung zuzumuten. Jeder künftige Versuch, neue Waffen einzuführen, gäbe ihr das moralische Recht, dies mit allen Mitteln, auch mit Atombomben, zu verhindern. Es sei denn, die westlichen Kernwaffen könnten lediglich die sowjetischen „Verbündeten“ bedrohen. Das nimmt sie ja hin.

Wer diesen Anspruch als „Realität“, als unabänderlich, als „um des Friedens willen“ unvermeidlich hinnimmt, kann er wahrhaftig gleichzeitig für eine Verringerung der Kernwaffen in der Welt sein? Und was könnte dann noch dazu führen?

Was sollte die Sowjets jemals an den Verhandlungstisch bringen?

Jürgen Reichardt,
Bonn 1

Wort des Tages

„Frieden zu haben, das kommt der Liebe zu; Frieden zu begründen aber ist das Amt ordnender Weisheit.“

Thomas von Aquin, Heiliger und Kirchenlehrer (1225–1274)

Personalien

ERNENNUNGEN

Dr. Ernst Michael Jovy, Botschafter in Rumänien, wird Gesandter und Ständiger Vertreter des Botschafters beim Quirinal in Rom. Der Diplomat, Jahrgang 1920, Dr. phil., seit 1953 im Auswärtigen Amt, war auf Posten in Australien, Zaire, Kamerun und Mali und ging 1964 als Leiter des Konsulats und später der Botschaft nach Georgetown in das ehemalige britische Guayana. 1969 wurde er Botschafter in Mali, 1972 Botschafter im Sudan, 1977 Botschafter in Algier, 1979 Botschafter in Rumänien.

*

Horst Schättle, seit 1977 Leiter der Hauptredaktion Innenpolitik bem Zweiten Deutschen Fernsehen, wird ab Oktober die Leitung des ZDF-Studios in Paris übernehmen. Er ist dort Nachfolger von **Peter Scholl-Latour**, dem neuen Stern-Chefredakteur und Vorstandsmitglied von Gruner + Jahr. Horst Schättle gehört dem ZDF seit 1966 an. Sein besonderes Hobby waren in den letzten Jahren die Wahlberichterstattungen. Neuer Leiter der Hauptredaktion Innenpolitik beim ZDF wird **Klaus Bresser**, bisher Leiter und Moderator der Sendung „heute-journal“. Bresser, früher Chefreporter beim „Kölner Stadtanzeiger“ und später Redaktionsleiter beim Magazin „Monitor“, arbeitet seit 1977 für das „heute-journal“.

GEBURTSTAGE

Heinz Hille, seit 1973 Bürgermeister von Kassel, feiert am 13. Juli seinen 60. Geburtstag. Der ehemalige *Reserveoffizier*, der nach dem Krieg Jura und Volkswirtschaft studierte, tra[...] 1955 in den Dienst der S[...] mals als persönlicher Refe[...] Kasseler Oberbürgermeist[...] **Lauritz Lauritzen** hieß und [...] in Bonn in der sozial-li[...] Koalition Wohnungsbau[...] wurde. 1960 bis 1965 war [...] Hille in Kassel Polizeiprä[...] Damals wirkte er an der E[...] lung neuer Verkehrskonze[...] die Stadt mit. Er empfahl [...] die verkehrsfreien Zonen [...] nenstadtbereich. In sein[...] burtsstadt wurde Heinz Hil[...] Vater der Parkscheibe“. Die[...] sche Erfindung“ ging später [...] allgemeine Straßenverkeh[...] nung über. 1965 wurde Hein[...] SPD-Stadtrat und Rechts[...] Ordnungsdezernent. 1973 e[...] seine Wahl zum Bürgerm[...]

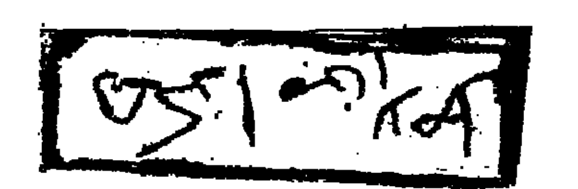
*

Professor **Dr. Hans Winte[...]** herer Dekan der Fakultät f[...] schinenwesen an der Techni[...] Universität Graz, feiert am [...] seinen 80. Geburtstag. Der [...] war von 1931 bis 1939 am A[...] namischen Institut in Gött[...] tätig und entwarf dort 193[...] großen Überdruckwindk[...] 1939 bis Kriegsende arb[...] Hans Winter als Aerodyna[...] bei Messerschmitt in Augs[...] Er war dort an den Vorarbeit[...] das erste *serienmäßige* Flu[...] mit Strahlenantrieb beteiligt[...] wurde er als Professor für [...] mungslehre und Strömung[...] schinen zur Technischen U[...] sität Graz geholt. Das von [...] entdeckte System der Trägh[...] kräfte von Getrieben ist unter [...] Namen „Winterscher Trägh[...] pool“ bekanntgeworden.

BUNDESPRÄSIDENT WANDERTE

Bei seiner Wanderung durch den Bayerischen Wald hat Bayerns Staats- und Umweltminister **Alfred Dick** Bundespräsident **Karl Carstens** eine 500 Jahre alte Figur des heiligen Nepomuk geschenkt, des Brückenheiligen von Prag, „Helfer bei Gefahr durch Wasser und bei schuldloser Verdächtigung“. Ob der h[...] Nepomuk auch bei saurem [...] gen hilft, steht noch dahin: [...] Umweltorganisation Greenp[...] mit ihrer Kontaktgruppe [...] chen überreichte dem „[...] Wanderfreund“ Carstens eine [...] solution gegen das Waldster[...] Darin wird der Bundespräs[...] darauf aufm[...] sam gem[...] daß bayeri[...] Oberforstdir[...] tionen bereit[...] Prozent der [...] me als ge[...] digt bezeic[...] ten und 1983 [...] Schädigung [...] 60 Prozent [...] fürchten. Da[...] für den [...] „noch nicht [...] spät ist“, h[...] nun auch [...] Carstens. Wei[...] Präsente: [...] Spazierstöck[...] und Bierseidel[...]





Nicht die einzige Hürde

Stw. – Bei seinem gegenwärtigen Besuch in Japan versucht Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff erneut, seine Gastgeber dazu zu bewegen, einige der versteckten Handelshemmnisse zurückzunehmen, die den Europäern den Zugang zum japanischen Markt erschweren. Die Forderung ist berechtigt. Die einzige Ursache für ausbleibende Exporterfolge der EG und das Ungleichgewicht der Handelsströme sind die japanischen Einfuhrvorschriften indes nicht.

Oft fehlt auch die Bereitschaft, sich an japanische Gepflogenheiten anzupassen. In der Praxis heißt dies Abschiednehmen von der europäischen Art der Verhandlungsführung. Dazu zählt etwa, daß der deutsche Partner sich auch dann noch geduldig einem mehrseitigen Fragebogen widmet, wenn identische Fragen in den zurückliegenden Verhandlungen zweimal schriftlich und einmal mündlich abgehandelt wurden. Anders als jener Vizepräsident einer US-Gesellschaft, der ein Geschäft zum Scheitern brachte, weil er sich nicht soviel Zeit wie seine japanischen Gegenüber nehmen *wollte*.

Japaner sind zudem, so berichten deutsche Unternehmer, in Einzelfragen geradezu „pingelig". Deshalb ihre Empfehlung: Fehler eingestehen und keine Versprechungen machen, die das eigene Produkt nicht halten kann. Solche Offenheit, Geduld und der notwendige Abbau bürokratischer Hürden könnten den Export nach Japan ein gutes Stück voranbringen.

Schmerzliche Eingriffe

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

In Italien hat die letzte Phase der „Kathedralen in der Wüste" begonnen, die in den fünfziger und sechziger Jahren als Statussymbole der Industrialisierung und der *wirtschaftlichen Entwicklung aus* dem Boden gestampft wurden. Der Aufschrei der Regierung, die den Beschluß der EG-Kommission zur *Stillegung von Stahlkapazitäten* als „unannehmbar und undurchführbar" erklärt hat, und die Demonstrationen der Gewerkschaften sind die Schwanengesänge, die den Niedergang einst stolzer Träume begleiten.

Selbst wenn es der italienischen Regierung gelingen sollte, bei der Kommission Abstriche zu erwirken, wird es sich nur um marginale Zugeständnisse handeln können. Besonders *schmerzlich* wird das Opfer brennen, das jetzt Rom im Falle des Hütten- und Stahlwerks von Genua-Cornigliano abverlangt wird. Cornigliano war *nicht* nur das erste vollintegrierte Küstenstahlwerk in Westeuropa, sondern markierte in den fünfziger Jahren auch den Einstieg der italienischen Stahlindustrie in die Stahlverhüttung großen Stils.

Bis zum 30. Juni, als die Kommission ihren *Stillegungsbeschluß* bekanntgab, konnte sich die italienische Stahlindustrie der Illusion hingeben, innerhalb der Gemeinschaft *als einzige* mit einem blauen Auge davonzukommen. Die Garantie dafür schien der von dem sozialistischen Minister für Staatsbeteiligungen, *Gianni De Michelis, auf*gestellte Sanierungsplan zu bieten, der in seiner ersten Fassung bis 1985/86 Staatshilfen in Höhe von 3700 Milliarden Lire (rund 157 Milliarden Mark) und in seiner zweiten sogar von 11 000 Milliarden Lire vorsah. Diese Sicherheiten sind jetzt geschwunden, da die Kommission Finanzierungsgenehmigungen nur erteilt, wenn sich die Unternehmen strikt an die Auflagen halten.

Die „Kathedralen in der Wüste", das heißt die Großanlagen in der Stahlindustrie, in der Petrochemie und im Aluminiumbereich, die mit wenigen Ausnahmen in Süditalien und auf den Inseln Sardinien und Sizilien entstanden, um dort die Initialzündung für wirtschaftlichen Aufschwung auszulösen, stehen nicht erst seit heute auf der Abwrackliste. Spätestens nach dem zweiten Erdölschock stand es beispielsweise *in* der Petrochemie fest, daß der Wunschtraum der italienischen Politiker, den Mittelmeerstiefel zum europäischen *Äthylen-Zentrum auszubauen*, geplatzt war.

Trotzdem ist der vor einem Jahr ausgearbeitete Reorganisations- *und Sanierungsplan des staatli*chen Energiekonzerns Eni, der nach Übernahme privater Anlagen inzwischen über drei Viertel der *Gesamtkapazitäten in der Petro*chemie kontrolliert, erst vor einem Monat von der Regierung genehmigt worden. Dabei konnte es nicht ausbleiben, daß dieser Plan, kaum geboren, schon wieder überholt ist.

Welches Ausmaß die Verluste der staatlichen „Kathedralen" angenommen haben, geht unter anderem daraus hervor, daß die Eni-Chemiefasertochter Anic-Fibre, die aus beschäftigungs- und sozialpolitischen Erwägungen auf Grund von Regierungsauflagen in den vergangenen drei Jahren die schrottreifen Chemiefaseranlagen in Porto Torres und Ottana auf Sardinien übernehmen mußte, im vergangenen Jahr mit einem Umsatz von 362 *Milli*arden Lire einen Verlust von 173 Milliarden Lire erlitt. Neben diesem Verlust-Umsatz-Verhältnis von 44 Prozent nimmt *sich die Verlust*quote vom *Umsatz* des staatlichen Stahlkonzerns Finsider in Höhe von 17 Prozent noch geradezu erträglich aus.

Dennoch werden wie in der Petrochemie auch im Stahl schmerzliche Eingriffe nicht mehr lange aufgeschoben werden können: Wenn der italienische *Fiskus* pro Tonne Staatsstahl über 110 000 Lire draufzahlen muß, wenn 70 Prozent des Gesamtverlustes der Staatsholding *Iri*, der Muttergesellschaft von Finsider, von den Stahlkochern zusammengeschmolzen und -gewalzt werden, sind die Grenzen des Zumutbaren selbst für einstige industrielle Statussymbole erreicht. Retten werden sich unter diesen Umständen nur noch jene Anlagen, die als „strategisch" vom Staat durchgeschleppt werden, selbst wenn das auch in Zukunft viel Geld kosten wird. Das bezieht sich vor allem auf die Aluminium-Industrie, die Rom trotz ihrer marktfernen Kostenverhältnisse weiterhin am Leben erhalten will.

JAPAN / Lambsdorff kritisiert Zunahme des EG-Defizits im bilateralen Handel

Tokios Versprechen der Marktöffnung muß vollständig verwirklicht werden

FRED de la TROBE, **Tokio**

Bei einem Treffen mit dem japanischen Industrieminister Sosuke Uno regte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff am Montag in Tokio energische Maßnahmen an, die ein weiteres Wachsen des Handelsdefizits der Europäischen Gemeinschaft gegenüber Japan verhindern sollen. Lambsdorff hält sich seit Samstag zu einem fünftägigen Besuch in Japan auf.

Lambsdorff wies darauf hin, daß neue japanische Käufe des europäischen Airbusses und der Erwerb von Kernkraftwerken we*sentlich zur Verbesserung der Han*delsbilanz beitragen könnten. Die letzten japanischen Schritte zur Marktöffnung bezeichnete der Wirtschaftsminister als bedeutend, doch müßten sie auch im vollen Umfang verwirklicht werden.

Die europäischen Exporte nach *Japan sind von Januar bis Mai um* 13,2 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum zurückgegangen und haben damit den Rückgang der japanischen Lieferungen (1,7 Prozent) mehr als kompensiert. Das Defizit der EG erhöhte sich in den ersten fünf Monaten erneut um 8,5 Prozent. Es erreichte nach japanischen Berechnungen bisher rund 4,4 Milliarden Dollar.

Industrieminister Uno äußerte Unbehagen über die Bevorzugung der Motorradexporte aus West-Berlin bei der kürzlich von den USA verschärften Importbeschränkung gegen Krafträder. Lambsdorff wies auf die besondere politische Lage Berlins hin und erinnerte daran, daß der japanische Anteil am Motorradmarkt der Bundesrepublik mit 87 Prozent außerordentlich hoch liegt.

Der japanische Minister erläuterte die Haltung seines Landes gegenüber den neuen amerikanischen Restriktionen für die Importe von Spezialstahl. Japan hat eine abwartende Haltung eingenommen und noch keine Entscheidung darüber gefällt, ob es sich der von der EG beabsichtigten Klage beim Gatt anschließen soll. Minister Uno beschwerte sich auch über die hohe Sonderabgabe, welche die Europäische Gemeinschaft für japanische Digital-Audioplatten erhoben hat. Lambsdorff äußerte Bereitschaft, den japanischen Standpunkt in der EG zu erklären.

Zusammen mit dem BDI-Präsidenten Rolf Rodenstock stellte der *Minister am Montag* den japanischen Medien die für 1984 vorgesehene deutsche Leistungsschau und das deutsche Festival in Japan vor, mit denen die Bundesrepublik ihre wirtschaftlich-technische Leistungsfähigkeit und ihr kulturelles Leben darstellen will. An der vom 23. April bis 6. Mai nächsten Jahres in Tokios Harumi-Messegelände geplanten Leistungsschau werden nach dem bisherigen Stand etwa 250 deutsche Firmen teilnehmen, unter denen sich laut Rodenstock auch die zehn führenden deutschen Unternehmen befinden.

Der BDI-Präsident erklärte, daß es schon eine Warteliste von Firmen gebe, für die auf der vorgesehenen Ausstellungsfläche kein Platz vorhanden sei. Gegenwärtig *würden etwa 500 Quadratmeter* fehlen. Der Gesamtaufwand für die Leistungsschau wird Lambsdorff zufolge bei 150 Millionen Mark liegen, während das Kulturfestival, das sich über das ganze Jahr 1984 hinziehen soll, etwa 20 Millionen Mark kosten wird.

Rodenstock gab zu, daß sich einige deutsche Spitzenfirmen nicht an der Leistungsschau beteiligen. Er unterstrich jedoch, daß sich keineswegs die falschen Unternehmen angemeldet hätten. Auch sonst sei die Auswahl durchaus nach Leistungskriterien erfolgt. Die Schau biete auch einen Anreiz für *Firmen, die bisher noch nicht* oder ungenügend am japanischen Markt vertreten seien. Minister Lambsdorff ergänzte: „Wenn ich mir die Liste der teilnehmenden Firmen ansehe, muß ich sagen, daß ich froh wäre, wenn auf allen Ausstellungen so erstklassige Firmen teilnehmen würden."

Seitens einiger deutscher Industrievertreter in Japan hält sich allerdings noch die Kritik, daß voraussichtlich nicht genug Spitzentechnologie gezeigt werden kann, um die Japaner von der deutschen Leistungsfähigkeit zu beeindrukken. (SAD)

BANKEN-GESETZ

Neue Betätigungsmöglichkeit für die US-Geldinstitute

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres hat die Reagan-Administration im Kongreß ein Gesetz eingebracht, das den Marsch in Richtung *„finanzieller Supermärkte"* noch beschleunigen soll. Das Ziel ist die Fortsetzung der Deregulierung der Geldinstitute; wiederhergestellt werden sollen weitgehend freie Märkte, wie sie in den USA vor dem Börsenkrach im Oktober 1929 bestanden haben.

Der Entwurf, der 1982 im Kongreß wegen des Widerstandes der amerikanischen Notenbank zu den Akten gelegt wurde, erlaubt Banken, Sparkassen und Kreditvereinen, sich über zu gründende *Hol*dinggesellschaften am Investmentfonds-, Versicherungs- und Immobiliengeschäft zu beteiligen.

Amerikanische Banken haben bereits das Recht, als Makler im Auftrag ihrer Kunden Aktien und Schuldverschreibungen zu kaufen und zu verkaufen. Seit Jahren kämpfen sie um die lukrative Teilnahme am Underwriting, das ihnen 1933 durch den Glass-Steagall Act verboten worden ist. Nach dem Entwurf können die Institute über die Holdinggesellschaft oder Tochterunternehmen

1. Versicherungsanteile verkaufen, einschließlich Lebens-, Sach- und Schadensversicherungen;
2. mit Kommunalanleihen Handel treiben, die bisher zur Domäne *der Brokerhäuser gehörten. Einge*schlossen ist das Underwriting;
3. Investmentfonds schaffen und Anteile verkaufen;
4. sich als Immobilienmakler betätigen, wobei auch Investitionen in Immobilien erlaubt sind.

Paul Volcker, der Vorsitzende des Federal Reserve Board, soll diesmal den Entwurf der Administration akzeptiert *haben, nach*dem das Weiße Haus auf eine Beschränkung der Überwachungsfunktion des „Fed" verzichtete. Dennoch plädiert Amerikas oberste Währungsbehörde für ein etwa einjähriges „Moratorium", um den „zu schnellen Prozeß der Deregulierung im Bankenbereich zu überdenken". *Immerhin hat die Fülle* monetärer Innovationen schon dazu geführt, daß in den USA die Geldmenge nur noch schwer zu steuern ist.

Innerhalb des „Fed" geht die Sorge um, daß sich die Gründung von Holdinggesellschaften, die außerhalb des reinen Bankgeschäfts tätig werden, als Bumerang erweist. So macht Gouverneur Henry C. Wallich geltend, daß durch diese Konstruktion zwar Verluste von *der Bank ferngehalten* werden sollen. Unterminiert werde aber die international anerkannte „moralische Verantwortlichkeit" der Banken, wonach *auch* andere *Töchter* geschützt werden müssen, schon um den Namen und die Kreditwürdigkeit des Gesamtinstituts nicht zu gefährden.

Gegen den Entwurf laufen die Broker- und Investmenthäuser Sturm. Nach ihrem Urteil würden Banken, die zusammen mit den anderen Geldinstituten allein Depositen hereinnehmen dürfen, unfaire Vorteile erhalten. Die Hearings im Kongreß beginnen Ende dieses Monats.

AUF EIN WORT

„Die Flut der Gesetzgebung, die auf den Pharmabereich eingewirkt hat und noch einwirkt, verursacht bei den Unternehmen starke Verunsicherung und macht die notwendige Langfrist-Planung, insbesondere auch die Investitionsplanung, beinahe unmöglich."

Curt Engelhorn, Geschäftsführungsvorsitzender der Boehringer Mannheim GmbH, Mannheim
FOTO: DIE WELT

EXPORTKREDITE

Finanzminister verhandeln

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Uneinigkeit in der EG hatte wieder einmal die Gefahr eines Wett*laufs bei den Exportkreditzinsen* heraufbeschworen. Die Finanzminister aus den Partnerländern der Gemeinschaft bemühten sich deshalb in Brüssel verzweifelt, Frankreich und Italien zur Annahme des jüngsten in der OECD ausgehandelten Kompromißvorschlages über die künftigen Mindestsätze zu bewegen.

Er sieht eine bescheidene Senkung der Zinssätze für staatlich verbürgte Kredite an Entwicklungs- und Schwellenländer (0,5 und 0,65 Prozent) vor, während die Kredite für Lieferungen in Industrieländer zu unveränderten Bedingungen gegeben werden sollen. Künftig sollen die Zinssubventionen nach einem automatischen Verfahren zweimal jährlich an die Marktentwicklung angeglichen werden. Dabei sollen als Maßstab die Zinsen für öffentliche Anleihen in den Ländern gelten, deren Wäh*rungen* den „Korb" der Sonderziehungsrechte bestimmen (USA, Japan, Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien). Frankreich tritt seit *langem für niedrigere* Mindestzinsen ein, während die USA für eine Angleichung an die Marktzinsen plädieren. Die Franzosen berufen sich auf die Notwendigkeit, der „Dritten Welt" zu helfen, mindestens ebenso wichtig dürften indes auch Erwägungen sein, die eigenen Exporte zu fördern.

WERFTEN

Koschnick will Exporthilfen

W. WESSENDORF, **Bremen**

Bremens Bürgermeister Hans Koschnick (SPD) hat sich bei Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) für eine Exporthilfe im Schiffbau eingesetzt. Wenn die Bundesregierung nicht einmal die Minimalforderungen der norddeutschen Regierungschefs zu erfüllen bereit sei, schreibt Koschnick, dann bedeute das „für die vorrangig im Exportschiffbau tätigen Unternehmen eine völlige Verweigerung nationaler Hilfen und damit die akute Gefährdung ihrer Überlebensfähigkeit".

„Einer verheerenden Subventionspolitik anderer Nationen läßt sich nicht dadurch begegnen, daß man ihr nichts entgegensetzt – es sei denn, man ist *gewillt*, Zusammenbrüche in der Exportindustrie in Kauf zu nehmen", heißt es weiter. Koschnick forderte Graf Lambsdorff auf, den Standpunkt zu revidieren, „angesichts der Konsequenzen, die es für Tausende von Werftarbeitern bedeuten muß".

Aus allen Angaben werde deutlich, so Koschnick, daß Ende Mai 1983 nur 32 Prozent der Kapazitäten im Handelsschiffbau über eine Auslastung von sechs Monaten verfügten. Bei 26 von 37 deutschen Seeschiffswerften hätten Ende letzten Monats noch keine Aufträge für 1984 vorgelegen. Für das zweite Halbjahr 1983 betrage die Auslastung 64,8 Prozent, 31,7 Prozent für das erste Halbjahr 1984 und für das zweite 15,5 Prozent.

KONJUNKTUR

Gesamtmetall gibt sich vorsichtig optimistisch

GISELA REINERS, **Bonn**

Die deutsche Metallindustrie betrachtet die *Wirtschaftsentwick*lung mit vorsichtigem Optimismus, wenn sie auch ein gewisses „Stottern des Konjunkturmotors" registriert. Alles in allem habe sich die Geschäftslage zwar gebessert, heißt es im Konjunkturbericht des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall), doch gebe es noch aufschwunghemmende „Zündungs-Probleme". Vor allem die beiden „Zündkerzen" Export und *Maschinenbau* würden noch nicht richtig arbeiten, dagegen sei die Entwicklung im Inland und im Fahrzeugbau zufriedenstellend.

Beim Auftragseingang in den Monaten Februar, März, April habe man drei Prozent mehr Aufträge aus dem Inland verbuchen können als in der Zeit vor Auslaufen der Investitionszulage – das heißt in den Monaten September, Oktober *und November – vor der* Sonderentwicklung im Dezember und Januar. Der Fahrzeugbau habe in den letzten Monaten ein Plus von 30 Prozent verzeichnet, der Maschinenbau dagegen ein Minus von acht Prozent.

Der Export bleibe hinter dieser Entwicklung zurück. Nach einer Stabilisierung um die Jahreswende habe er sich im Frühjahr wieder abgeflacht. Die jüngsten Zahlen vom Mai zeigten allerdings beim saisonbereinigten Volumenindex ein Plus von 11,7 Prozent. Die Indexzahlen seien von April auf Mai von 93,1 auf 104 gestiegen. Zur Zeit könne aber noch nicht gesagt werden, ob dieser Zuwachs auf Großaufträgen oder möglicherweise auf einer Konjunkturerholung in den USA und/oder Großbritannien beruhe.

ZAHLUNGSMITTEL / Bargeldumlauf überschritt die 100-Milliarden-Mark-Grenze

„Riesen" haben zahlreiche Liebhaber

DW. **Bonn**

100 Milliarden Mark hat der Bargeldumlauf jetzt in der Bundesrepublik erreicht. Schon im vergangenen Jahr nahmen die im Verkehr befindlichen Banknoten um knapp sechs Prozent auf 89 Milliarden Mark zu, zusätzlich befanden sich, wie die Commerzbank mitteilt, noch für 8 Milliarden Mark Münzen im Umlauf. Ende März 1983 waren insgesamt dann bereits 98,9 Milliarden Mark erreicht, und jetzt, zu Beginn der *Sommerferien, sind die* 100 Milliarden überschritten.

Dieser hohe Bargeld-Umlauf erstaunt zunächst angesichts des zunehmenden bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Die Commerzbank macht auf zwei Umstände aufmerksam, die auch heute noch auf die alte Devise „Bargeld lacht" passen. Da ist einmal der Münzen-Bedarf, der sich aus der wachsenden Zahl von Automaten ergibt: Zigaretten, Telefon, Fahrkarten, Münz-Tank: Alle diese Geräte wollen Bargeld schlucken. Möglicherweise werden einmal „Point of Sale"-Terminals, bei denen der Kunde mittels Scheckkarte Zahlungen direkt durchführen kann, diese Automaten Schritt für Schritt ablösen. Doch bis diese Entwicklung in größerem Umfang einsetzt, bleibt noch Hartgeld vonnöten.

Auffallend ist zum zweiten die *starke Zunahme großer Geldschei*ne. Die Zahl der „Riesen" (1000-Mark-Noten) wuchs im vergangenen Jahr im Gesamtbetrag um 2,5 Milliarden Mark, und immerhin eine weitere Milliarde kam an neuen 500-Mark-Scheinen hinzu. Da mittlerweile größere Beträge schon überwiegend bargeldlos „über die Bühne gehen", liegt die Vermutung nahe, daß „Riesen" und Fünfhunderter möglicherweise in größerem Umfang gehortet werden (also zwar ausgegeben sind, aber z. Z. gar nicht „umlaufen"). Die D-Mark als „harte" Währung hat auch im Ausland zahlreiche Liebhaber. Insgesamt sind „Riesen" zu 16,5 Prozent am Bargeldumlauf beteiligt: Fünfhunderter bringen es auf 11,5 Prozent, der Löwenanteil, 51,3 Prozent, entfällt auf 100-Mark-Scheine. Die Fünfziger machen 12,7 Prozent aus, Zwanziger 4,8 Prozent, 10-Mark-Scheine 3,1 Prozent und Fünf-Mark-Noten gerade noch 0.1 Prozent.

„Riesen" halten sich im übrigen länger als andere Scheine: 6,5 Jahre dauert es, bis sie so abgenutzt sind, daß sie von der Bundesbank eingezogen und vernichtet werden müssen. Hunderter halten fast nur halb so lange, nämlich 3,5 Jahre, und der Zehn-Mark-Schein ist schon nach 1,3 Jahren hinfällig. Zehner hortet man wohl eher nicht.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Österreichisches Interesse an *Maxhütte*

Linz (VWD) – Die Voest-Alpine AG sei grundsätzlich nicht abgeneigt, über eine Beteiligung an der Maxhütte in Bayern oder über einen Kauf dieses in Schwierigkeiten geratenen Unternehmens zu verhandeln, erklärte Voest-Generaldirektor Heribert Apfalter. *Allerdings* gebe es für die Voest-Alpine mehrere Voraussetzungen. Zum ersten müßte in so einem Fall gesichert werden, *daß die Stahl-Lieferquoten in die* Bundesrepublik erhöht werden. Nicht zuletzt sei es für die Voest-Alpine auch von der Situation des deutschen Marktes her *günstig, den* Einstieg in die Maxhütte ins Auge zu fassen. Er schließe in diesem Zusammenhang zwar Widerstände in Österreich nicht aus, hoffe aber, die zuständigen Gremien von dem Sinn und der Notwendigkeit eines Kaufes der Maxhütte durch Voest-Alpine überzeugen zu können. Apfalter schränkt aber ein, daß es derzeit keine Gespräche mit den Bayern in Richtung Voest-Beteiligung oder Kauf gebe.

KKH senkt Beitragssatz

Düsseldorf (Py.) – Die Kaufmännische Krankenkasse (KKH) wird für ihre über 1,1 Millionen Versicherten zum 1. Januar 1984 den Beitragssatz um etwa 0,4 Prozentpunkte auf 11,5 Prozent des Grundlohnes senken. Das gab die KKH-Geschäftsführung auf der Vertreterversammlung in Berlin bekannt. Die endgültige Höhe wird nach Vorliegen gesicherter Daten über den finanziellen Verlauf des Jahres 1983 festgesetzt. In den Jahren 1981 und 1982 wurde ein Überschuß von 100 *Millionen Mark erwirtschaftet, in* den Jahren 1979 und 1980 fiel ein Verlust von über 110 Millionen Mark an.

Baupreise ziehen wieder an

Wiesbaden (dpa/VWD) – In der Bauwirtschaft haben die Preise seit Jahresbeginn wieder angezogen. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, lagen die Baupreise für konventionell gefertigte Wohngebäude im Mai um 1,5 Prozent über dem Vorjahresniveau. Allein im Zeitabschnitt Februar bis Mai 1983 stiegen die Preise für Wohngebäude um 1,3 Prozent. Im Straßenbau stiegen die Preise von Februar bis Mai dagegen nur um 0,3 Prozent. Sie waren aber immer noch 1,6 Prozent niedriger als vor einem Jahr.

Höherer Staatsverbrauch

Bonn (HH) – Der Staatsverbrauch *ist nach einer Analyse des Instituts* der Deutschen Wirtschaft (IW) seit 1960 im Jahresdurchschnitt um fast zehn Prozent gestiegen: von 40,5 Milliarden Mark 1960 *auf etwa* 340 Milliarden 1983 oder von 13,3 auf 20,4 Prozent. Mit 183 Milliarden entfällt mehr als die Hälfte auf Personalaufwendungen (1960: 20,4 Milliarden). Dieser Anstieg sei zu knapp drei Vierteln auf Verdienstanhebungen und zu gut einem Viertel auf die Ausweitung des öffentlichen Dienstes (in der Zeitspanne Verdoppelung auf vier Millionen) zurückzuführen. Der Staatsverbrauch umfaßt alle für die Bürger unentgeltlichen und im wesentlichen aus Steuern finanzierten Verwaltungsleistungen des Staates und der Sozialversicherung.

Das Gewicht der Krisen-Branchen

Von je 100 Industriebeschäftigten arbeiten im Schiffbau, im Steinkohlenbergbau, in der eisenschaffenden Industrie (1982):

Saarland	40
Bremen	25
Nordrhein-Westfalen	16
Hamburg	7
Niedersachsen	5
Rheinland-Pfalz	2
übrige Bundesländer	1

Der Schiffbau und die Eisen- und Stahlindustrie stecken in einer schweren Anpassungskrise. Und der Kohlenbergbau leidet mit, denn die Stahlwerke gehören zu seinen besten Kunden. Von den Problemen dieser Branchen ist das Saarland besonders betroffen: 40 Prozent der Industriebeschäftigten arbeiten hier im Montanbereich.
QUELLE: GLOBUS

Kurs ausgesetzt

Düsseldorf (VWD) – Eine bevorstehende gesellschaftsrechtliche Reorganisation ist der Grund für die Aussetzung der Aktiennotierung der Losenhausen Maschinenbau AG am Montag an der Düsseldorfer Börse. *Nach Angaben des* Düsseldorfer Straßenbaumaschinenherstellers – der über die J. I. Case Deutschland Beteiligungsgesellschaft mbH zum US-amerikanischen Tenneco-Konzern gehört – soll der Hauptversammlung am 23. August die Einbringung des gesamten Geschäftsbetriebs der AG in eine mit der Tenneco Nederland B. V. zu gründende KG vorgeschlagen werden. Mit der neuen Gesellschaftsform (Losenhausen Maschinenbau AG + Co KG) entfallen künftig die Voraussetzungen für eine amtliche Notierung der Losenhausen-Aktien.

KARIBISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT

Die Schwierigkeiten wachsen

MANFRED NEUBER, Bonn

Die Karibische Wirtschaftsgemeinschaft (Caricom), deren Gipfeltreffen in Port-of-Spain, der Hauptstadt von Trinidad und Tobago, gerade zu Ende gegangen ist, besteht nunmehr zehn Jahre. Schön öfter totgesagt, ringt die Caricom weiterhin ums Überleben.

Der Preisverfall für Rohstoffe und der Rückgang im Tourismus haben die meisten Mitgliedsstaaten des karibischen Marktes in große Schwierigkeiten gestürzt. Bauxit und Erdöl sowie Bananen, Zucker und Zitrusfrüchte sind ihre wichtigsten Exportgüter. Nach einer Prognose der Karibischen Entwicklungsbank werden die Arbeitslosigkeit, die Auslandsschulden und die Defizite in der Handelsbilanz im Laufe dieses Jahres weiter steigen.

Die Caricom ging 1973 aus der Karibischen Freihandelszone hervor. Sie umfaßte bisher zwölf englischsprachige Staaten von Belize in Mittelamerika bis Guyana in Südamerika; vor zwei Wochen wurden die Bahamas aufgenommen. Als Beobachter nahmen Haiti und Surinam an einigen Caricom-Ausschüssen teil. Die Dominikanische Republik dürfte demnächst als erstes spanischsprachiges Mitglied aufgenommen werden. Auch eine Assoziierung Puerto Ricos wird erwogen.

Das erste Gipfeltreffen der Karibischen Gemeinschaft nach siebenjähriger Pause fand im November 1982 in Ocho Rios (Jamaica) statt. Seither hat sich die Krise der Caricom verschärft. Drei der wichtigsten Mitglieder – Barbados, Jamaica, Guyana – sind auf Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) angewiesen.

Enttäuscht äußerte sich die Caricom über die Beziehungen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Bei der Verlängerung des Lomé-Abkommens im nächsten Jahr will man bessere Konditionen (besonders für Zucker) erreichen.

Das Angebot der EG, bei der Umstellung der Zucker-Monokultur auf andere landwirtschaftliche Erzeugnisse zu helfen, findet wenig Anklang.

VERKEHRSPROGNOSE / Bedeutung der Straße wächst

Trend zu größerem Hubraum

PETER WEERTZ, Berlin

Mit einer Zunahme des Güter- und Personenverkehrs in der Bundesrepublik um rund ein Fünftel rechnen die Verkehrsexperten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) bis 1990. Außerdem sollen 1990 etwa 27,7 Millionen Personenkraftwagen, das sind 17 Prozent mehr als 1981, durch die Straßen fahren. Gleichzeitig erwarten die Berliner Verkehrsexperten, daß sich der Trend zu Fahrzeugen mit größerem Hubraum noch verstärken wird.

Gewachsen ist seit 1960 die Bedeutung des Straßenverkehrs. Gegenwärtig werden rund 90 Prozent des Personenverkehrs mit Personenkraftwagen und Omnibussen erbracht, nur zehn Prozent entfallen auf schienengebundene Fahrzeuge oder den Luftverkehr. Unverändert erwarten die Verkehrsexperten, daß der Anteil des Pkw (Individualverkehr) an der Verkehrsleistung weiter zunehmen und der öffentliche Personenverkehr stagnieren wird.

Ähnliches gilt für den Güterverkehr. Bei den Gütertransporten hat der Straßenverkehr im Vergleich zur Eisenbahn und der Binnenschiffahrt Anteile hinzugewonnen.

Für die Zukunft sehen sie freilich zwischen Bedarfsplanung und Finanzierung bei den Verkehrsinvestitionen eine Lücke, die unter Berücksichtigung künftiger Preissteigerungen ohne Zuführung zusätzlicher Mittel einen Rückgang der realen Investitionen für die Verkehrswege erwarten läßt. Dabei gehen die Experten von einer jährlichen Zunahme des Steueraufkommens aus dem Kraftfahrzeugverkehr im Durchschnitt von 1,5 Prozent bis 1990 aus.'

SCHWEIZ / Gerüchte über neuen Mehrheitsaktionär bei der Gotthard-Bank

Japanische Bank sucht den Einstieg

IRENE ZUECKER, Genf

Wie eine Bombe schlug das Gerücht am Finanzplatz Schweiz ein, wonach die international tätige japanische Großbank Sumitomo eine 51prozentige Beteiligung an der Gotthard-Bank, dem zweitgrößten Ausland-Finanzinstitut der Schweiz, erwerben möchte.

Inhaberin des Aktienpakets von 51 Prozent dieser florierenden Bank mit Sitz in Lugano ist die Ambrosiano Holding in Luxemburg, die als Folge der Ambrosiano-Pleite vom Juni 1982 in Mailand weltweit mit rund einer Milliarde US-Dollar in der Kreide steht. Deshalb steht sie gegenwärtig unter dem Druck der luxemburgischen Behörden, ihre Gotthard-Bank-Aktien, die fast 400 Millionen Mark wert sind, zu verkaufen, um so die Liquidation der Ambrosiano-Bank zu ermöglichen.

Seitdem sich renommierte Finanzinstitute wie American Express, Chase Manhattan, Royal Bank of Scotland, Hongkong und Shanghai Banking Corp. sowie die Bank Leu in Zürich als Kaufinteressenten zurückgezogen haben, soll sich nach Gerüchten die im Steuerparadies Zug ansässige japanische Sumitomo International Finance AG für das Aktienpaket interessieren. Die Muttergesellschaft in Tokio aber bestreitet Verhandlungen über den Erwerb der Gotthard-Bank-Aktien. Um so interessanter ist jetzt die Erklärung des Chefs der Abteilung für internationale Anlagen, Yoji Okaba, daß Sumitomo grundsätzlich eine Mehrheitsbeteiligung bei einer Schweizer Bank anstrebe. Die Gotthard-Bank sei dabei eine Möglichkeit.

Seine Aussage ist verständlich, denn für japanische Finanzinstitute ist eine Mehrheitsbeteiligung der einzige Weg, um ins Schweizer Bankgeschäft einzusteigen: Seit über 10 Jahren besteht nämlich auf japanischen Wunsch ein Abkommen mit der Schweiz, wonach für jede helvetische Bank, die im Land des fernöstlichen Wirtschaftsgiganten eine Filiale eröffnen darf, eine japanische Bank in der Schweiz ihre Tore öffnen kann. Ursprünglich kam diese ungewöhnliche Vereinbarung zustande, als sich die drei Schweizer Großbanken Bankverein, Bankgesellschaft und Kreditanstalt in Japan niederlassen wollten, die dortigen Finanzinstitute aber eine Konkurrenz aus der Schweiz einzuschränken versuchten. In der Zwischenzeit ist jedoch der Finanzplatz Schweiz auch für die Japaner von Interesse. Es liegt ein Gesuch der Industrial Bank of Japan vor, doch möchte bisher keine weitere Schweizer Bank in Japan eine Zweigstelle eröffnen.

Als Ausweg aus dieser Situation strebt Sumitomo nach der Alternative einer Mehrheitsbeteiligung, denn viele Japaner nehmen in der Schweiz Geld auf. Ein interessantes Geschäft, von dem vor allem einheimische Finanzinstitute profitieren – abgesehen von Ausnahmen wie der zu 40 Prozent von Japanern kontrollierten Interallianz-Bank.

Wer auch letztlich der Käufer des Gotthard-Bank-Aktienpakets sein wird, Sumitomo International wird irgendwann als Mehrheitsaktionär auf dem Finanzplatz Schweiz aufkreuzen, handelt es sich doch um eine der potentesten japanischen Banken, die seit Jahren den größten Reingewinn unter den Kreditinstituten aufweist.

NAMEN

Heinrich Hofer, Leiter der Presseabteilung der Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft mbH (MMG), feierte am 11. Juli den 60. Geburtstag.

Georg Haida, von 1958 bis 1969 Mitglied der Geschäftsleitung der zur Schickedanz-Unternehmensgruppe gehörenden Vereinigten Papierwerke, Nürnberg, vollendet heute das 80. Lebensjahr.

Günter Breitschaft wurde als Nachfolger des verstorbenen **Prof. Dr. Bub** zum Präsidenten des Instituts für Bautechnik, Berlin, berufen.

Dr. Hannsjosef Hohn, Geschäftsführer und Syndikus des Verbandes der niederrheinischen Textilindustrie, Mönchengladbach, wurde 60 Jahre alt.

Claas Kleyboldt, Vorstandsvorsitzender der Nordstern-Versicherungen, Köln, wird zum 1. Januar 1984 Nachfolger von **Heiner Lange** Vorsitzender des Deutschen Transport-Versicherungs-Verbandes (DTV).

Dr. Hanns C. Schroeder-Hohenwarth, Inhaber der Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Frankfurt, ist in den Aufsichtsrat der Alcan Aluminiumwerke GmbH, Frankfurt, gewählt worden. Er ist Nachfolger von **Hans Graf von der Goltz**.

Dr. Karl-Hermann Krauß (42) wurde vom bisher stellvertretenden zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Aktiengesellschaft für Industrie und Verkehrswesen, Frankfurt, bestellt.

Rudolf Stilcken, bisher Generalbevollmächtigter der Rosenthal AG, wurde zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt.

Dr. Hans Hagen ist per 1. Juli 1983 zum Leiter des Gesamtvertriebs des MAN-Unternehmensbereichs Nutzfahrzeuge ernannt worden. Bisher war er als generalbevollmächtigter Direktor verantwortlich für den Bereich Technik, der jetzt von **Dr. Klaus Schubert** geleitet wird.

Jochen Buschbeck, der die Tuborg Vertriebsgesellschaft mbH und die Deutsche Brau GmbH leitet, wurde zum Vorstandsmitglied und gleichzeitig Vorsitzenden des Vorstandes der Doornkaat AG per 1. April 1984 berufen. Vorstandsvorsitzender **Gerhard ten Doornkaat Koolman** beabsichtigt, im kommenden Jahr aus dem Vorstand auszuscheiden.

US-FEINKOSTMESSE / Deutsche Absatzerfolge

Hohes Plus mit Spezialitä

H.-A. SIEBERT, Washington

Auf der 29. amerikanischen Feinkostmesse, die diesmal im neuen Kongreßzentrum in Washington stattfand, ist es der Centralen Marketing Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) gelungen, ein noch größeres Stück aus dem US-Markt für Lebensmittelspezialitäten sowie Bier und Wein herauszubrechen. Durchaus möglich ist es, daß die landwirtschaftlichen Ausfuhren der Bundesrepublik in die Vereinigten Staaten schon in diesem Jahr eine Milliarde Mark erreichen. In den beiden vergangenen Jahren schlugen sie mit 750 und 652 Millionen Dollar zu Buch. In den ersten vier Monaten 1983 betrug die Zunahme 32 Prozent.

Vertreten waren in Washington 21 Nationen; außer der Bundesrepublik präsentierten sich mit besonders großem Aufwand Großbritannien, Frankreich und Italien. Auf der Gemeinschaftsschau der CMA wurden die Erzeugnisse von 75 deutschen Firmen gez genüber der WELT äuße ihre Vertreter zufrieden Aufträge; gerechnet wird nem regen Nachmesse Mehr als die Hälfte der d Lieferungen in die USA aus Wein, Bier und Hopfe Steigerungsraten sind bei Süßwaren und Konserven lem aber bei Käse festzust

Eingeengt werden jed deutschen Exportmögli durch die Lieferquote für Washington der EG zug hat. Die amerikanischen S vorschriften sorgen überdi daß der Absatz von Fleis aus der Bundesrepublik erschwert wird. Ein Dur ist der CMA insofern gelur sie für 1983 mit den beiden US-Supermarktketten, und Kroger, Werbekampa deutsche Spezialitäten ve hat. Direkte Absatzförden treibt die CMA jetzt mit Ketten.

JAPAN / Probleme mit der Automatisierung

Zahl der Beschäftigten si

FRED de la TROBE, Tokio

Die in Japan mit dem Schlagwort „Mikroelektronik" bezeichnete Automatisierungswelle in der Industrie, die mit dem zunehmenden Einsatz von Robotern und Computern einhergeht, hat in den letzten Jahren zu beträchtlichen Problemen am Arbeitsplatz geführt. Das geht aus einer Erhebung des japanischen Gewerkschaftsbundes der Elektroindustrie hervor.

Die Erhebung, die sich auf 277 Branchen erstreckte und im Mai 1983 abgeschlossen wurde, ergab, daß sich die Zahl der Beschäftigten insgesamt in 36 Prozent aller Branchen erhöhte und in 21 Prozent verminderte. Der Rest blieb unverändert. In Bereichen, in denen der Einsatz der Mikroelektronik besonders intensiv ist, nahm die Zahl der Beschäftigten aber im Durchschnitt um 57 Prozent ab.

Etwa drei Viertel der Befragten erklärten, daß die Zahl der Beschäftigten für die vorhandene Arbeitsmenge nicht ausreiche, zuviel Überstunden und zu Freizeit gebe. 43 Prozent be sich, daß die Arbeit im V zu vor fünf Jahren physi strengender geworden se rend 13 Prozent ihre Tätig körperlich leichter empfan Prozent fühlten eine größe sche Belastung und nur 4 eine Erleichterung.

In der Zukunft wird die de Bedeutung der Mikroele nach Ansicht von 81 Proz Befragten zu einer Abnah Zahl der Beschäftigten füh die Industriefirmen in dies tor jüngere Arbeiter zwis und 30 Jahren bevorzuge vor allem mit einem Sink Anteils der älteren und der unter den Beschäftigten ge 79 Prozent der Befragten e zudem einen größeren platzwechsel als bisher, 76 zunehmende Gesundheits me und 60 Prozent eine ein Arbeitsweise.

Dr. Eduard Goudefroy

2. 8. 1902 6. 7. 1983

Er war mit seiner Herzensgüte und seinem Verständnis wie ein Vater zu uns.

In Liebe und Dankbarkeit
nehmen wir Abschied.

Ellen Goudefroy geb. Basse
Jan Heiko Goudefroy
Wolfgang Goudefroy und Frau Christa
mit Hans Stephan und Andreas Eduard
Florence Goudefroy geb. Smola
Gertrud Müller-Osten geb. Goudefroy
Anneliese Goudefroy
Ilse Dreyer
Jan-Heiko Leuschke
Hans-Hendrik Leuschke
und alle Angehörigen und Freunde

Dem Wunsch des Verstorbenen folgend, findet die Beisetzung im engsten Familienkreis statt.

Anstelle zugedachter Blumen und Kränze bitten wir um Spenden zugunsten des SOS-Kinderdorfes, Kto.-Nr. 9 595, DG Bank Frankfurt, oder der Bodelschwinghschen Anstalten Bethel, Kto.-Nr. 6 420 103, Bielefeld.

Am 6. Juli 1983 verstarb in Hamburg

Herr Dr. jur. Eduard Goudefroy

kurz vor Vollendung seines 81. Lebensjahres.

Der Verstorbene hat seit 1949 als Mitglied und ab 1956 bis 1974 als Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank deren Wiederaufbau nach dem Krieg mit unternehmerischem Geschick betrieben und die Entwicklung der Bank zu einem der führenden Realkreditinstitute in der Bundesrepublik entscheidend gestaltet. Von 1975 bis 1980 stand er der Bank als Mitglied ihres Aufsichtsrates mit seiner erfahrenen Sachkunde zur Verfügung.

Wir werden der Persönlichkeit und dem Lebenswerk des Verstorbenen ein dankbares Andenken bewahren.

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter

Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg – Berlin

„Hierher bin ich heimgekehrt, hier bleibe ich!"

Wir trauern
um

Herrn

Professor Werner Egk

der im gesegneten Alter von 82 Jahren plötzlich von uns gegangen ist.

In der Welt des Geistes und der Musik, die ihn ebenso mit dem Ruhm des Lorbeerkranzes überhäufte wie mit seinen Leiden, war er zu Hause; *in unserer Stadt, die ihn gerne als ihren Ehrenbürger* feierte, war er daheim.

Sein irdisches Leben ist vollendet, sein künstlerisches kennt weder Zeit noch Tod.

Donauwörth, am 10. Juli 1983

Für die Stadt Donauwörth
Dr. Alfred Böswald
Erster Bürgermeister

Der Seelengottesdienst findet am Freitag, dem 15. Juli, um 13.30 Uhr in der Liebfrauenkirche in Donauwörth statt, die Beisetzung anschließend im städtischen Friedhof.

ARAL / Schrumpfungsprozeß wird 1983 fortgesetzt

Weiter harter Wettbewerb

dpa/VWD, Bochum

Die Aral AG, Bochum, Kraftstoffvertriebsgesellschaft der Veba AG, Mobil Oil AG und Wintershall AG, konnte 1982 eine Absatzsteigerung um 0,8 Prozent auf 9,6 Mill. Tonnen Treibstoffe und Schmiermittel erzielen, mußte zugleich aber auch einen Umsatzrückgang um 0,8 Prozent auf 15,1 Milliarden Mark hinnehmen. Wegen fehlender Rentabilität wurden 472 Tankstellen – neun Prozent der Aral-Anlagen – aufgegeben, teilte das Unternehmen gestern mit. Die Aral AG betreibt derzeit im Bundesgebiet und West-Berlin noch 4993 Tankstellen, davon 77,7 Prozent mit Selbstbedienung. An 682 Tankstellen betreibt Aral auch Minimärkte, deren Umsatzentwicklung nach Angaben der Gesellschaft die Erwartungen übertraf.

Während der Absatz im Inland an Tankstellen 1982 noch zunahm, ging das Geschäft mit Großverbrauchern zurück. Auch der Konsum von Flüssiggasen habe um drei Prozent nachgelassen. Das Benzolgeschäft war durch die schwierige Lage der chemischen Industrie beeinträchtigt.

In sieben Nachbarländern belieferte Aral 2022 Tankstellen – 122 weniger als ein Jahr zuvor. Rund *900 Tankstellen firmierten* unter Aral, 1129 Tankstellen betrieben andere Firmen. Der Absatz über *die* Tanksäulen ging im Ausland um 1,8 Prozent zurück, während er bei Großverbrauchern um 4,9 Prozent zunahm. Damit konnte im Auslandsgeschäft mengenmäßig eine Steigerung um 1,6 Prozent auf 1,05 Millionen Tonnen erzielt werden. Über den Auslandsumsatz wurden keine Angaben gemacht.

Der Schrumpfungsprozeß soll 1983 fortgesetzt werden. Man werde weiterhin nicht lebensfähige Tankstellen schließen und das Geschäft *auf leistungsfähige* Anlagen konzentrieren. Auf Prognosen zur weiteren Entwicklung des Tankstellengeschäftes verzichtete die Aral. Beim Geschäft mit den Großverbrauchern herrscht die Vermutung vor, daß eine Marktbelebung noch auf sich warten läßt. Man müsse sich vielmehr auf einen unvermindert harten Wettbewerb einstellen.

SCHÜCO-FENSTER / Positiver Ausblick

Ertragslage verbessert

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Die auch 1982 noch anhaltende *Bauflaute blieb bei der Schüco* Heinz Schürmann GmbH & Co, Bielefeld, nicht ohne Wirkung. Der nach eigenen *Angaben führende* Anbieter von Alu-Fenster- und -Fassadensystemen in Europa *mußte eine Umsatzeinbuße von 1,6* (minus 3,3) Prozent in Kauf nehmen, die die Gesamterlöse auf *418,7 (425,4) Mill. DM absinken* ließen. Schüco-Geschäftsführer Günter Reinecke spricht daher von einem harten Jahr, *das* aber dennoch zufriedenstellend gewesen sei. Die französische Tochtergesellschaft konnte sogar *ihren Umsatz* um 5,8 Prozent auf 54,3 Mill. DM erhöhen, der Inlandsumsatz ging allerdings um 2,7 Prozent auf 364,4 Mill. DM zurück.

Ausgesprochen positiv verlief dagegen bisher die Entwicklung in 1983. Die zwar nur zögernde Belebung der Baukonjunktur führte bereits in den ersten *fünf* Monaten zu einem Umsatzplus von 13 Prozent. Auch im weiteren Verlauf des Jahres rechnet man bei Schüco mit erheblichen Absatzsteigerungen bei Kunststoffenstern, die am Gesamtmarkt bei Hausrenovierungen bereits zu etwa zwei Drittel beteiligt sind.

Neben der optimistischen Beurteilung der Zukunftsaspekte sind auch innerbetrieblich positive Entwicklungen erkennbar. Durch Reduzierung der Lagerbestände und Abbau von Verbindlichkeiten wurde die Kostensituation verbessert, was auch bereits 1982 zu einer Anhebung der Ertragslage führte. Die Zahl der Mitarbeiter blieb mit 1215 unverändert. Ab 1. August rechnet das zur Otto-Fuchs-Gruppe, Meinerzhagen, gehörende Unternehmen nach längerer Preisstabilität mit einem Anziehen der Preise zwischen 3 und 5 Prozent.

L'OREAL / Umsatzschwerpunkt bleibt Haarkosmetika

Mit Kapital gut gepolstert

WERNER NEITZEL, Karlsruhe

Goldene Jahre für das Friseur*handwerk* sagt die L'Oreal Deutschland Haarkosmetik und Parfümerien GmbH, Karlsruhe, Tochter des französischen Kosmetik-Riesen, voraus. Begründet wird dies damit, daß in der Bundesrepublik die für den Markt relevante Zielgruppe der 30- bis 40jährigen Frauen in den nächsten zehn Jahren kräftig anwachsen werde. Daraus leitet L'Oreal Deutschland auch für sich große Wachstumschancen ab.

Für das Jahr 1983 rechnet Generaldirektor Bernvon etwa 10 Prozent, worin 3 Prozent Preissteige*rung enthalten* sein sollen. In Karlsruhe setzt man neben den verstärkten Marketing-Bemühungen, *die bis zur großangelegten* Schulung der Friseure reichen, auf die Einführung zahlreicher neuer *Produkte im Bereich der Haarkos*metik, Sonnenschutzmittel und Duftwässer.

Im allgemein schwierigen Jahr 1982 hatte L'Oreal Deutschland seinen Umsatz um 4,5 Prozent auf 248,8 Mill. DM gesteigert. Dämpfend wirkte sich aus, *daß das Fri*seurhandwerk im vergangenen Jahr reale Einbußen hinnehmen mußte. *Umsatzschwerpunkt* ist trotz kräftigen Vormarsches der Diversifikations-Produkte nach wie vor die *Gruppe der Haarkos*metika, wobei Straub keine präziseren Angaben über Umsatzanteile, auch nicht in bezug auf die Vertriebswege, machen möchte. Zur Rentabilität des Unternehmens meint er, sie sei nach wie vor gut. Der Gewinn nach Steuern liege im einstelligen Millionen-Bereich. Die *L'Oreal Deutschland* ist mit einer Eigenkapitalquote von mehr als 56 Prozent überdurchschnittlich gut gepolstert. Insofern bereite es auch keine Probleme, die Investitionen auf 9 (1982: 7,5) Mill. DM hochzuziehen.

Der L'Oreal-Konzern hat in 1982 seinen Umsatz um 12,3 Prozent auf *10,9* Mrd. Francs ausgeweitet. Der Gewinn nach Steuern stieg um 6,4 Prozent auf 550 Mill. Francs. Beschäftigt werden insgesamt 24 100 Mitarbeiter, davon gut 1200 bei der Karlsruher Tochter.

KLÖCKNER & CO. / Stark erhöhte Vorsorge für Schwachstellen – Magerer Gewinn

Aufschwung noch in der Stotter-Phase

J. GEHLHOFF, Duisburg

Erstmals seit sieben Jahren mußte das Duisburger Handels- und Holdinghaus Klöckner & Co. 1982 in seinem „Inlandskonzern" einen mit 400 Mill. DM obendrein schon recht deutlichen Umsatzrückgang hinnehmen. Trotz des im Zug der Langfrist-Strategie noch gewachsenen Geschäfts der Auslandstöchter ging auch der Weltumsatz auf 11,12 (11,2) Mrd. DM zurück. Weit niedriger als in den vier Jahren zuvor fiel beim Inlandskonzern der Jahresüberschuß aus. Dieser vor den „persönlichen Steuern" der Gesellschafter ausgewiesene Gewinn, seit eh und je der „familiäre Kapitalmarkt" für die Eigenmittelstärkung des Hauses, machte nur noch 3,3 (4,3) Prozent des Rohertrages aus. Und der wiederum fiel stärker als der Umsatz um 6,5 Prozent auf 889 Mill. DM zurück.

Ein Tribut an den miserablen Lauf der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur. Für diese sieht Komplementär Jörg A. Henle, Vorsitzender der Gesamtleitung des Hauses, auch in 1983 bislang nur Grund für „verhaltenen Optimismus". Eine in vielen Bereichen schon spürbare Konjunkturbelebung laufe „nicht ohne Stottern" ab. Erst nach der Sommerpause werde man wissen, ob der bislang rund 60 Prozent unter Vorjahresniveau liegende Umsatz des Inlandskonzerns von deutlicherem Aufschwung beflügelt werde.

Besser als 1982 freilich läuft derzeit die Ertragsentwicklung. Und *dies nicht nur wegen weiterer Ra*tionalisierung auch an den Arbeitsplätzen. Klöckner & Co. hat 1982 nämlich auch genutzt, um mit nahezu 100 Mill. DM Aufwand für Schwachstellen im Geschäft seiner elf großen Handelssparten erhöhte Vorsorge zu treffen: 87 (37) Mill. DM Einzelwertberichtigungen auf Forderungen und nochmals 11 (10) Mill. DM Abschreibungen auf die *Bilanzwerte der Auslandstöchter.* In ähnlicher Größenordnung scheint ein Vorsorgebedarf für *1983 ausgeschlossen.*

Hauptstütze des Ertrags blieb auch 1982 der Stahlhandel mit noch 43 (45) Prozent Anteil am Umsatz des Inlandskonzerns. Hier, wo Klöckner gleichauf mit Thyssen der größte Händler Europas ist, fiel dank weiterem Vormarsch „transnationaler Geschäfte" auf 2,3 (1,9) Mill. t der Gesamtabsatz trotz Stahlkrise nur auf 7 (7,4) Mill. t Walzstahl und Röhren zurück. Mehr als das 1982er Niveau, und wiederum vor allem durch „Transnationales" erwartet Karl-Hans Seegers, seit gut zwei Jahrzehnten in Klöckners Stahl-Auslandsbereich tätig und nun in der Gesamtleitung für den verstorbenen Komplementär Karl A. Thoelke für den gesamten Stahlhandel verantwortlich, nach passablem ersten Halbjahr von 1983.

Guten Ertrag brachte 1982 auch wieder das Industrieanlagengeschäft mit 6 (5) Prozent Umsatzanteil und *derzeit* noch 3,3 (4) Mrd. DM Auftragsbestand (nebst Auslandstöchtern), der sich trotz weltweit *schwieriger gewordenen* Auslandsgeschäfts demnächst noch deutlich durch „reife Projekte" er*höhen dürfte. Der große* Bereich Baubedarf/Brennstoffe/Chemie hingegen mit 34 (33) Prozent Umsatzanteil, *darin als dominierende* Sparte der Heizölhandel, kam „ein bißchen" in die roten Zahlen.

Und froh ist man angesichts der trüben Weltmarktlage, daß der Bereich Rohstoffe/Verkehr mit abermals 14 Prozent Umsatzanteil im Rohstoffsektor denn doch nicht so rasant ausgebaut wurde, wie das noch für fünf Jahren geplant wurde.

Beim „Schwesterunternehmen" Klöckner-Werke AG hat Klöckner & Co. nach 10prozentiger Beteiligung an der Kapitalssanierung und ca. 300 Mill. DM Liquiditätshilfe aus Umstellung der Zahlungsziele für Stahlbezüge von dort „auf sofort" auch ein Zehntel des 100 Mill.-DM-Wandeldarlehens gezeichnet, das im übrigen vor allem Australiens CRA-Rohstoffkonzern übernahm. Damit sieht sich das weiterhin grundsolide finanzierte Handelshaus allerdings am Ende seiner Hilfemöglichkeiten für den Stahlkonzern: „Weitergehende Erwartungen müßten enttäuscht werden", betont Henle.

Einschließlich Klöckner-Werke und Klöckner-Humboldt-Deutz AG hat „*die Gruppe, die keine sol*che ist" 1982 einen Außenumsatz von 19,2 (18,4) Mrd. DM erzielt.

Klöckner & Co.[1]	1982	± %
Umsatz (Mill. DM)	9723	– 4,1
Auslandsanteil (%)	34,2	(33,4)
Belegschaft	8186	– 2,7
Gesamtinvestitionen	75	+ 7,9
Cash-flow[2])	81	– 36,2
Nettoergebnis[2])	37	– 66,4
Jahresüberschuß	29,1	– 29,2

[1]) Inlandskonzern ohne 1,4 (1,3) Mrd. DM Umsatz der Auslandstöchter.
[2]) Nach DVFA.

ZAHNRAD FRIEDRICHSHAFEN / Internationale Präsenz wird ausgebaut

Auf- und abwärts mit dem Fahrzeugbau

W. NEITZEL, Friedrichshafen

Die Zahnradfabrik Friedrichshafen AG (ZF), einer der führenden Getriebebauer, stellt sich als Groß*lieferant* für den Fahrzeugbau nach Worten ihres Vorstandsvorsitzenden Friedrich Baur auf ein „gemischtes Aufwärts und Abwärts" in jenem Bereich ein. Die von ihm betriebene Strukturveränderung *der ZF in Richtung* Dezentralisierung und stärkerer Produktorientierung sei abgeschlossen. Es gelte *aber, diese Struktur weiterzuent*wickeln und den Marktgegebenheiten ständig anzupassen.

So richte sich die ZF beispielsweise auf einen weiteren Konzentrationsprozeß im Nutzfahrzeugsektor ein. Für die ZF komme es darauf an, eine gute Nischenpolitik zu betreiben, andererseits aber auch den Zug zu größeren Stückzahlen und zu höherer Produktivität im Auge zu behalten. Vor diesem Hintergrund hielten – so Baur – Überlegungen zu Kooperationen und Beteiligungen ein bestimmtes Gewicht. Konkrete Vorhaben nannte er freilich nicht. Angedeutet wurde lediglich, daß die ZF zum Beispiel in Nordamerika alles tun wolle, um jenen Markt besser auszuschöpfen. Überhaupt soll die internationale Präsenz weiter ausgebaut werden.

In der Umsatzentwicklung wird das Gesamtunternehmen ZF im laufenden Geschäftsjahr 1983 nach Einschätzung Baurs „mehr oder weniger geradeaus fahren". Hauptursache für die Umsatzstagnation sei ein starker Auftragseinbruch beim Stammhaus in Friedrichshafen als Folge der schlechten Lage bei der Kundengruppe der Nutzfahrzeughersteller. Die anderen *Werke (außer Brasilien und Spa*nien) befinden sich dagegen in steigendem Umsatztrend.

In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres sind in der ZF-Gruppe Auftragseingang und -bestand um jeweils sieben Prozent zurückgegangen, der Umsatz verringerte sich um drei Prozent. Man hoffte, im Ergebnis an das Jahr 1982 anknüpfen zu können, in dem ein „*operationeller* Betriebsgewinn" (Baur) erzielt worden sei.

Trotz angespannter Lage in einigen wichtigen Abnehmerbereichen (Nutzfahrzeuge, Baumaschinen) hatte das Geasamtunternehmen ZF in 1982 seinen Umsatz um zehn Prozent auf 2,85 Mrd. DM gesteigert, wobei sich der Umsatz im deutschen Konzern sogar um rund zehn Prozent verbesserte. Laut Baur gibt es für diese überdurchschnittliche Entwicklung, die durchweg die ZF-Marktanteile steigen ließ, mehrere Ursachen: Erschließung neuer Märkte und Kunden sowie Umschichtung des Programms auf höherwertige Produkte (mehr Automatgetriebe und Servolenkungen). Gut zwei Drittel des Umsatzes sind Lieferungen an die Autoindustrie, wobei 47 Prozentpunkte auf Nutzfahrzeuge und 20 punkte auf den Pkw-Sektor entfallen. Der Anteil der Getriebe am Konzernumsatz macht 52 Prozent aus, Lenkungen sind mit 19, Achsen und Achsteile mit 13 und die Sparte Pumpen, Ventile sowie Differentiale mit acht Prozent am Umsatz beteiligt.

Positiv für das Ergebnis machte sich vor allem die Produktivitätssteigerung bemerkbar, denn das zehnprozentige Umsatzwachstum wurde mit einer um 0,6 Prozent geringeren Belegschaft erzielt. Der „gezielte weiche Abbau" des Personals soll insbesondere im Friedrichshafener Stammunternehmen, das stark auf Programme für den Nutzfahrzeugbau zugeschnitten ist, weitergehen.

Sehr viel besser ist die Lage im Saarbrückener Werk, das in diesem *Jahr über 100 000* Automatikgetriebe, das sind mehr als 40 Prozent über dem Vorjahr, ausliefern wird. Stark auf Zuwachs tendiert auch das Passauer Werk aufgrund seiner neuen Produkte trotz weltweiten Rückgangs in der Landmaschinen- und Baumaschinenbranche.

Auf das Kapital von 70,7 (65,7) Mill. DM, das mehrheitlich bei der Zeppelin-Stiftung, Friedrichshafen, liegt, werden unverändert 16 Prozent Dividende ausgeschüttet.

ZF	1982	± %
Umsatz der Gruppe (Mill. DM)	2 849	+ 10,0
Konzernumsatz	2 574	+ 12,3
Exportquote (%)	37,2	(38,9)
Beschäftigte	22 177	– 0,6
Sachinvestitionen	227	+ 30,0
Sachabschreibungen	188	+ 7,4
Cash-flow*)	297	+ 3,5
Jahresüberschuß	17	– 56,4

*) Jahresüberschuß + Zuf. zu Pensionsrückstellungen + Abschreibungen

BADISCHE STAHLWERKE / Lebensfähig

Plädoyer für Quotenfreiheit

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die vereinbarte Quote von 40 Prozent auf gut 90 Mill. DM Vergleichsforderungen der Gläubiger könne man, läuft alles weiter wie bisher, allemal erfüllen. Die nunmehr 1900 Arbeitsplätze im erweiterten Unternehmensverbund könne man für eine sichere Zukunft bewahren. Im Vergleich zu den integrierten Hüttenwerken mit *Hochofen/Roheisenbasis* könne und werde man jedem Interessierten nachweisen, daß man mit Voll*kosten von maximal 550 DM je* Produkttonne bis zu 150 DM billiger als jene produziere und daß man bei dem derzeitigen Preisniveau von rund 600 DM/t mit gutem Gewinn arbeite.

So schildert der Vorstand der Badische Stahlwerke AG (BSW), Kehl, die aktuelle Lage des ältesten und besten Mini-Stahlwerkes, das der Stahlunternehmer Willy Korf 1967/68 am Oberrhein-Ufer aufbaute und das Anfang 1983 mit Vergleichsantrag in den Strudel des Korf-Zusammenbruchs gerissen wurde.

Eilends fügt der Vorstand (Vorsitzender ist der bei Thyssen „ausgelernte" Horst Weitzmann) solcher Lageschilderung ein wesentliches Moment hinzu: Entgegen weitverbreiteter Branchenmeinung habe solche Kostengunst überhaupt nichts damit zu tun, daß man sich etwa im Vergleichsverfahren von fixen Kapitaldienstkosten befreit habe. Der Umfang der Vergleichsforderungen sei praktisch identisch mit dem, was man selbst an Außenständen gegenüber den in Konkurs gegangenen Korf-Obergesellschaften hatte und in den Schornstein schreiben mußte.

Anlaß der Lageschilderung durch den BSW-Vorstand: Mit Rückenstärkung durch eine baden-württembergische Kredit-Bürgschaft von 40 Mill. DM hat BSW durch Zukäufe aus der zusammengebrochenen Korf-Gruppe seine Walzdraht-Verarbeitungskapazitäten (bis in den norddeutschen Markt hinein), so vergrößert, daß man nun im Profilbereich (Betonstahl/Walzdraht) die eigene Stahlwerkskapazität *mit 620 000* Jahrestonnen oder mit 75 Prozent als „Eigenversorger wie Mannes*mann für seine Röhren" ohne* Auftreten auf dem Walzstahlmarkt auslasten könnte. Man tut es auch. Und *riskiert mit EG-Produktions*quotenüberschreitung von bis zu 200 000 t pro Jahr (was der schon bei AEG „unternehmerisch denkende" Vergleichsverwalter Ringwald absegnete) EG-Bußgelder von *sicherlich* 75 Mill. DM pro Jahr.

Ein bewußt eingegangenes Risiko. BSW will bei der anstehenden Langzeit-Verlängerung des EG-Quotensystems erreichen, daß Betonstahl und einfache Walzdrahtgüten aus diesem Korsett herausgenommen werden. Man tut es im Gleichklang mit den auf diesem Gebiet starken norditalienischen Bresciani-Ministahlwerken. Und ebenso wie diese mit einem Doppelargument.

Erstens ignoriere der „Quotenschutz" für die Großkonzerne bislang, daß leichte Stahlprofile nun einmal von Minihütten auf Schrott-/Elektrostahlwerksbasis weitaus billiger zu produzieren seien. Zwei*tens* würde man bei „Quotenfreiheit" den Konzernen vorerst nichts wegnehmen, weil Drittland-Ein*fuhren in diesem* Stahlmarktsegment „dank" administrativ hochgezüchteter Preise kräftig anschwollen und künftig „normalisiert" werden könnten.

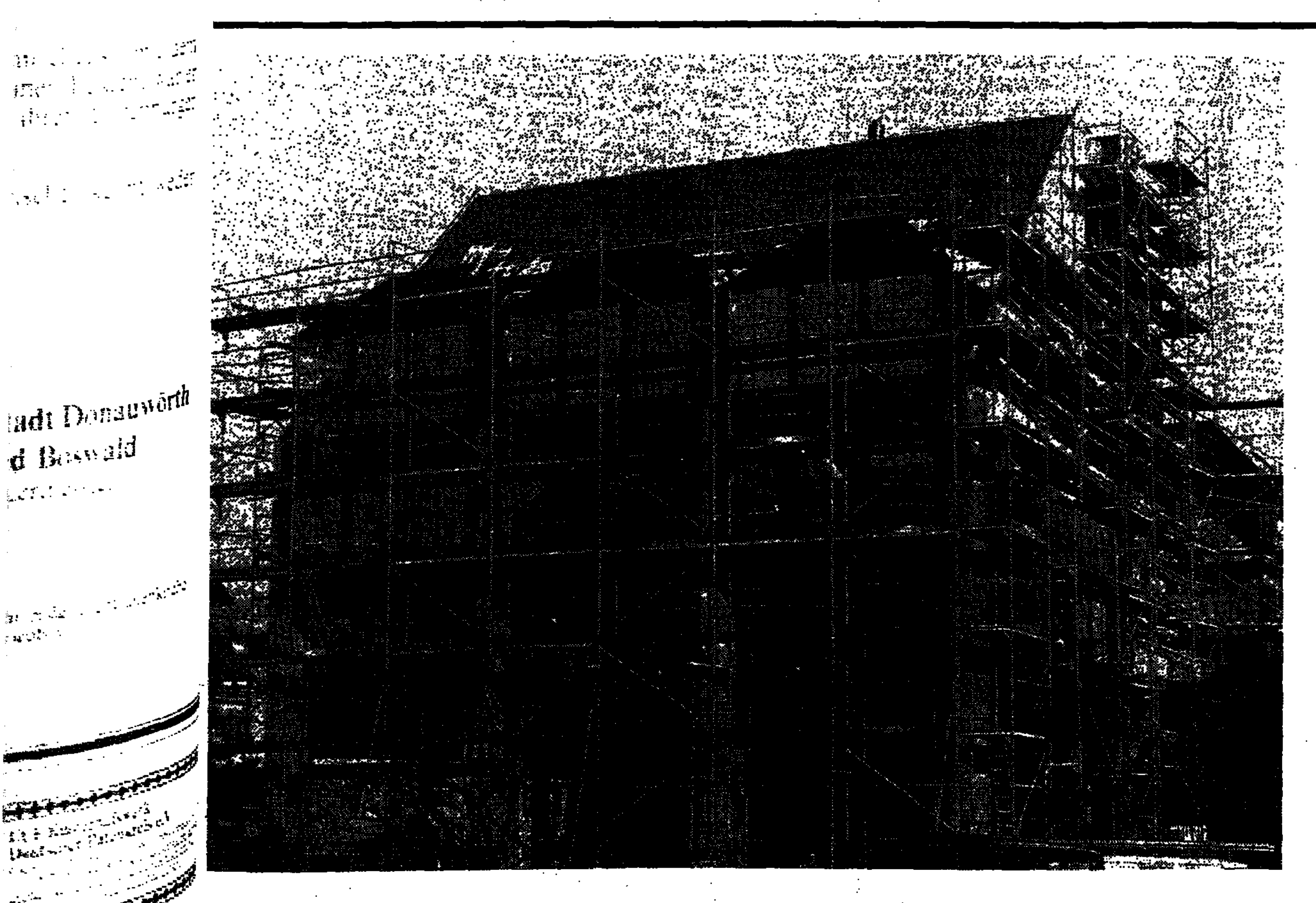
Will man, statt solchen Realitäten zu folgen, den wieder lebensfähig gewordenen BSW-Unternehmensbereich in Konkurs und Ar*beitsplatzvernichtung treiben?* Das ist die provokante Frage des Vorstands, auf die er insbesondere von Bonn eine Antwort erwartet. Im Quoten-Korsett, so betont er, ist ein Überleben für diesen größten deutschen Teil des Korf-Imperiums unmöglich.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Achim: Baumit Kurt Probst; **Düsseldorf:** Eleonore Schmitz, geb. Emmerich, Inh. d. Ewald Schmitz; **Essen:** Matex Textil-Reinigungsmaschinen-Handelsges. mbH; **Frankfurt/Main:** Nachl. d. Klaus-Dieter Schönnagel; **Hamburg:** Stabil Maschinen-Handels-GmbH; **Hamm:** alga Deutschland GmbH, Unna; **Hannover:** Nachl. d. Fritz-Heinrich Pleister, Rechtsanwalt und Notar; **Kaiserslautern:** Fritz Klein GmbH, Leder- u. Sportbekleidungs-Fabrikation KG; **Köln:** Hubert Esser & Sohn, Brauerei z. *Bigelsteintorburg GmbH;* **Lippstadt:** Nachl. d. Friedrich-Theodor Hense, Schreinermeister; **Merzig:** Nachl. d. Helene Maria Stammer geb. Schmitt; **Minden:** Nolte GmbH; Nolte Autotechnik GmbH; **Nürnberg:** Georg Maier, Schreinermeister; **Rendsburg:** Nachl. d. Johanna Duggen geb. Beyer; **Siegburg:** Nachl. d. Klaus Adolf Hans Leyh, Neunkirchen-Seelscheid; **Wiesbaden:** KDM-Kaufhaus der Mitte Forchheim GmbH, Mainz-Kastel; HAGI Handels- u. Einkaufsgesellschaft International mbH, Mainz-Kastel; **Winsen/Luhe:** Fröhlich Chemie Import-Export Handelsgesellschaft mbH; **Wolfratshausen:** Rotaform Ges. f. Formulartechnik mbH & Co. KG, Hausham; **Wuppertal:** Rolf Verbeyen, Mettmann; Nachl. d. Katharine Auguste Feyen, Erkrath 2.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Reutlingen: *SK-Modelle Kümmerle GmbH,* Metzingen.

Vergleich eröffnet: Bochum: BOMIN Bochumer Mineralöl-Ges. mbH. u. Co.; BOMIN Handel GmbH. **Vergleich beantragt: Kehl:** Hess Sondermaschinen GmbH, Willstätt.





Nur Ausländer sorgten für Geschäft

Großchemie- und VW-Aktien gesucht

DW. – Kaufaufträge aus dem Ausland für Titel der Großchemie, für Aktien der Deutschen Bank, Siemens und VW sorgten in der ersten Börsenstunde für eine vorsichtig-freundliche Tendenz. Die inländischen Anleger hielten sich mit neuen Kaufdispositionen zurück. In einzelnen Papieren, so bei BMW, gab es von dieser Seite sogar kursdrückende Gewinnmitnahmen. Die Inländer sind offenbar irritiert durch den weiter gestiegenen Dollarkurs, aber wohl noch mehr durch die am Rentenmarkt zurückgehenden Notierungen. Dennoch blieb die Aktientendenz bis zum Schluß widerstandsfähig. Größere Einbußen gab es nur in Ausnahmefällen.

Die von verschiedenen Seiten kommenden Hinweise, den hohen Dollarkurs als positiv zu bewerten, weil er der deutschen Exportwirtschaft neue Chancen eröffnet, hatten bisher nur eine begrenzte Wirkung. Auf keinen Fall bei den Maschinenbauaktien, die überwiegend leicht abbröckelten. Auch nicht bei den Autoaktien, die – sieht man von dem Sonderfall VW ab – an Boden verloren haben. Begrenzte Kurseinbußen gab es auch bei den meisten Bankaktien. Im Stahlbereich bröckelten die Notierungen ebenfalls überwiegend ab. Eine Sonderstellung nahmen hier wieder die beiden Gummiwerte Conti Gummi (plus 2 DM) und Phoenix ein.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt erhöhten um 10 DM auf 250 DM und AUDI NSU um 11 DM auf 295 DM. Keramag stockten um 5,50 DM auf 141 DM auf und Stinnes um 10 DM auf 560 DM. Düwag gaben um 4,50 DM auf 159 DM nach und Pongs und Zahn um 5 DM auf 133 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Aachen Münchner Bet. um 5 DM auf 730 DM und Aachener Rück um 20 DM auf 1070 DM.

Frankfurt: BMW gaben um 9,50 DM auf 399,50 DM nach, Daimler schlossen 585 DM minus 6,50 DM, VW 203 DM plus 5,20 DM. Bei Doppelplus konnten sich Bremer Vulkan auf 42 DM plus 3 DM verbesser. im Zusammenhang mit der geplanten Fusion der Bremer Werften.

Hamburg: HEW lagen bei 102,20 DM (minus 1,30 DM) und NWK-Vorzüge bei 162 DM (minus 1,50 DM) abgeschwächt. Phoenix Gummi setzten mit 146 DM ein und gaben später auf 144 DM (minus 1 DM) nach. Bremer Vulkan wurden nach Plusankündigung mit 41,40 DM (plus 2 DM) gehandelt.

München: Agrob Vz. erhöhten sich um 5 DM auf 340 DM, und Audi NSU erhöhten um 5 DM auf 285 DM. Augsburger Kammgarn gaben um 1,80 DM auf 70 DM nach. Dywidag erhöhten um 5,50 DM auf 324,50 DM, und Maschinen Weingarten um 12 DM auf 295 DM. Otto Stumpf Vz. stockten um 4,50 DM auf 79,50 DM auf.

Berlin: Spinne Zehlendorf konnten sich um 5 DM und Orenstein um 4,50 DM erholen. DUB-Schultheiss lagen um 0,50 DM und Berliner Kindl um 0,40 DM geringfügig freundlicher. Koetitzer Leder wurden um 5 DM höher und Dt. Hypobank Berlin um 5 DM niedriger taxiert.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate

Ausländische DM-Anleihen

Fremde Währungen

Junge Aktien

Ausland

New York

Clorox	32,875	32,625
Coca Cola	48,375	48,375
Colgate	22	22,125
Comm Edison	25,375	25,50
Comm Satellite	47,75	43,50
Continental Group	43,25	43,50
Control Data	56,375	57,875
CPC Int.	57,75	58
Curtiss Wright	55,50	54,125
Deere	35	35,25
Delta Airlines	42,875	43,625
Digital Equipm.	115,625	116
Dow Chemical	33,125	33,375
Du Pont	47,375	47
Eastern Gas-Fuel	21,875	22,75
Eastman Kodak	70,50	71,625
Exxon	34,25	34,75
Faberge	20,375	20,50
Firestone	20,25	20,375
Fluor	21,75	22,50
Ford	55	53,75
Foster Wheeler	16,75	17
Fruehauf	34,625	34,50
GAF Corp.	16,50	16,50
General Dynamics	53,625	54,125
General Electric	53,25	53
MGM (Film)	17,125	16,50
Minnesota M	84,25	83,625
Mobil Oil	30,875	31,125
Monsanto	87	87,50
National Gypsum	31,50	31,75
Nat. Semiconductor	49,50	50,50
National Steel	25	25,50
NCR	109	112,50
Newmont	55,25	56
PanAm World	7,50	7,875
Pfizer	41,25	41,875
Phibro	35,625	35,75
Phillips Petroleum	36	36
Philip Morris	58,875	59
Pittston	16,375	16,75
Polaroid	28,50	29,50
Prime Computer	19,875	20,50
Procter & Gamble	56,125	56,625
RCA	28	28,25
Revlon	34,75	35,125
Reynolds Ind.	50,25	50,25
Rockwell Int.	32,75	32,75
Rorer Group	29,875	29,75
Schlumberger	56,875	57,75
Sears, Roebuck	40,50	40,25
Shell Oil	50,25	49,50

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Toronto

Abitibi Paper	25,25	25,25
Alcan Alu.	39,75	39,75
Bk. of Montreal	29	29,375
Bk. of Nova Scotia	43,625	43,625
Bell Canada	26,50	26,375
Bluesky Oil	5	4,90
Bow Valley	28,125	28,625
Brenda Mines	16,50	16,50
Brunswick M. & Sm.	17,50	17,50
Cdn. Imperial Bk.	33,375	33,75
Cdn. Pacific Ltd.	47,25	48
Cdn. Pacif. Enterpr.	25,25	25,25
Cominco	55	52,875
Coseca Res.	4,30	4,35
Denison Mines	42,125	45,25
Dome Petroleum	5,875	5,875
Domtar	24,875	24,875
Falconbridge Nickel	74	71,50
Great Lakes Paper	84,75	85
Gulf Canada	19,125	18,875
Gulfstream Res.	1,37	1,40

London

	8. 7.	7. 7.
All. Breweries	134	135
Anglo Am. Corp. $	21,38	20,88
Anglo Am. Gold $	1,20	1,18
Babcock Int.	1,58	1,58
Barclays Bank	483	498
Beecham	331	336
Bowater	225	223
B. A. T. Industries	140	149
Br. Leyland	31	31
British Petroleum	406	426
Burmah Oil	154	162
Cadbury Schweppes	104	106
Charter Cons.	290	295
Cons. Gold Fields	569	562
Cons. Murchison	415	410
Courtaulds	94	97
De Beers $	9,40	9
Distillers	241	244
Driefontein $	36,75	35
Dunlop	63	65

Mailand

Bastogi	216	215,5
Breda	4800	4890
Carlo Erba	10650	10700
Centrale	1815	1810
Fiat	2929	2899
Fiat Vz.	2175	2195
Finsider A	49,75	48
Generali	130400	129500
IFI Vz.	4730	4645
Italcementi	45600	45900
Italgas	948	950
Lepetit St.	25150	25800
Magneti Marelli	796	799
Mediobanca	60410	60010
Mondadori	2750	2780
Montedison	176,75	174,75
Olivetti Vz.	2790	2799
dgl. St.	2751	2750
Pirelli SpA	1630	1620
Rinascente	355,5	355
RAS	141800	141500
S. A. I.	12960	13000
SIP	1875	1885
Snia Viscosa	994	994
STET	1650	1639
Index	–	192,24

Amsterdam

Royal Dutch	135,4	134,6
Slavenburgs Bk.	–	–
Unilever	209,4	209,5
Ver. Masch.	66,5	64,5
Volker Stevin	36,9	34,9
Westland Utr. Hyp.	122,8	121
Index: ANP/CBS	111,9	111,1

Wien

Creditanstalt-Bkv.Vz.	211	211
Gösser-Brauerei	329	326
Länderbank Vz.	210	210
Österr. Brau AG	277	270
Perlmooser	367	367
Reininghaus	351	348
Schwechater Br.	174	171
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	164	163
Universale Hoch-Tief	230	230
Veitscher Magnesit	218	217
Index	55,86	55,72

Tokio

Pioneer	2550	2540
Ricoh	847	865
Sankyo	888	761
Sanyo Electric	457	465
Sharp El.	1360	1400
Sony	3340	3360
Sumitomo Bank	506	505
Sumitomo Marine	715	218
Takeda	800	810
Teijin	326	325
Tokyo Marine	475	480
Tokyo El. Power	1020	1000
Toray	451	442
Toyota Motor	1200	1200
Index	660,22	665,05

Kopenhagen

Den Danske Bank	299	286
Jyske Bank	447,5	445
Kopenh. Handelsbk.	280,5	269,75
Novo Industri	2780	2800
Privatbanken	277	267
Ostasiat. Komp.	121,5	121,5
Dan. Sukkerfabr.	571	575
Fer. Bryggerier St.	961,5	979
Kgl. Porc. Fabr.	320	320

Zürich

Schw. Rückv. Inh.	6900	6925
Schw. Volksb. Inh.	1370	1360
Sulzer Partizip.	295	300
Swissair	840	853
dgl. NA	730	729
Winterthur Inh.	2940	2950
Winterthur Part.	2755	2750
Zür. Vers. Inh.	16450	16400
Ind.: Schw. Kred.	288,7	287,3

Brüssel

Arbed	1210	1210
Brux. Lambert	2350	2370
Cockerill Ougrée	147	150
Ebes	2400	2400
Gevaert	2225	2225
Kredietbank	6470	6490
Petrofina	5750	5750
Soc. Gén. d. Belg.	1900	1895
Sofina	4750	4790
Solvay	2870	2870
UCB	4025	4000
Index	129,19	129,25

Hongkong

China Light + P.	15,80	15,20
Hongkong Land	4,00	4,15
Hongk. + Sh. Bk.	8,20	8,40
Hongk. Teleph.	34,75	34,50
Hutch. Whampoa	15,90	14,60
Jard. Matheson	–	14,40
Swire Pac. + A +	–	–
Wheelock + A +	–	3,45

Singapur

Cycle + Car.	6,50	6,50
Cold Storage	5,20	5,20
Dev. Bk. of Sing.	10,00	10,00
Fraser + Neave	6,95	7,00
Kl. Kepong	2,64	2,65
Mal. Banking	9,75	9,65
Nat. Iron	7,20	7,35
OCBC	11,20	11,00
Sime Darby	2,52	2,58
Singapur Land	7,25	7,25
Un. Overs. Bank	5,65	5,65

Sydney

ACI	1,37
Ampol. Explor.	–
Bk. New S. Wales	2,69
Brok. Hill South	–
Brok. Hill Prop.	8,70
Coles	2,87
CRA	–
CSR (Thess)	3,78
Metals Expl.	–
MIM-Holdings	4,28
Myer Emporium	1,38
North Broken Hill	–
Oakbridge	1,58
Peko Wallsend	7,00
Poseidon	5,10
Thomas Nat. Tr.	1,75
Waltons	0,65
Western Mining	4,46
Woodside Petr.	1,32
Index	615,0

Optionshandel

Frankfurt: 11. 7.: 1085 Optionen, 56 250 (45 900) Aktien, davon 102 Verkaufsoptionen = 5650 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-75/4,90, 10-80/3,30, 1-75/9, 1-80/5,65, 1-85/4, 4-85/8, Siemens 10-350/25, 10-370/13,30, 10-380/12, 10-400/5, 1-340/28,90, 1-370/19, 1-390/9,60, 4-360/41, 4-380/25, VEBA 10-180/8, 1-180/15, BASF 10-150/8, 10-155/4,40, 1-150/13, 1-160/11,10, 1-170/4, 4-150/18,15, 4-160/10,60, 4-170/7, Bayer 10-128/27,10, 10-136/18, 10-150/8, 1-146/16,15, 1-150/12, 1-160/8, 1-170/3,50, 1-140/18,16, 4-140/20, 4-150/15, 4-160/12, 4-170/6, Hoechst 10-150/15, 10-160/5,50, 10-170/2,50, 1-150/14,60, 1-160/7, 1-170/4, 4-150/19,90, 4-160/14, 4-170/7,60, BMW 10-380/90, 10-420/24,80, 10-430/20, 10-440/10, 1-430/32, 1-440/22, 1-460/14,70, VW 1-170/30, 10-180/20,60, 10-190/14, 10-200/9, 1-180/28,20, 1-190/25, 1-200/17, 1-210/14, 1-240/6,85, 4-220/20, Conti 10-110/8, 10-100/12,60, 1-90/22, 1-100/13,60, 1-110/12, 1-120/5, Lufthansa 10-120/13,15, 4-130/17,50, 4-140/6, Lufthansa Vorzüge 10-140/4,90, 4-140/7,40, Commerzbank 10-170/23,20, 10-180/16, 10-190/8,85, 10-200/5,50, 1-180/22, 1-190/15,40, 1-230/3, 4-200/15, 4-210/11, Dresdner Bank 10-176/13, 1-180/25, 4-210/9,50, Deutsche Bank 10-350/13, 10-360/6, 1-360/14,60, Hoesch 10-50/3,50, 10-55/3,10, 10-60/1,50, 1-50/9,80, Mannesmann 10-150/7,30, 10-154/6,50, 10-160/3,90, 10-170/1, 1-150/15, 1-160/9, 1-170/3,40, 4-150/16, 4-160/11,90, 4-180/4,50, Preussag 10-290/7,40, 1-280/17, 1-290/9,40, Thyssen 10-80/4, 10-85/2, 1-80/9,90, 1-85/0,90, 4-100/4,60, Bay. Vereinsbank 10-370/7, 1-360/10, BBC 1-200/20, Daimler 1-590/28, Deutsche Babcock Vorzüge 10-170/9,40, Degussa 10-370/15, 1-400/15, GHH 10-180/6, Kali + Salz 10-190/5, … 170/4,40, Mercedes 10-510/40, 4-520/70, Metallgesellschaft 10-240/5, 1-250/5, RWE 4-180/15, Schering 1-370/12, VEW 10-130/2,05, Alcan 10-85/8,50, Chrysler 1-85/15, Xerox 4-120/21, Philips 10-45/3, 1-45/7,40, Royal Dutch 10-120/8, 1-120/10,60, 1-130/8, elf aquitaine 1-55/8,60, 1-60/4, Norskhydro 10-140/28, 10-150/18,80, 1-150/23,80, 4-160/23. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-75/3, 1-70/3, Siemens 10-350/4, 10-360/15, VEBA 10-170/3,80, 1-180/16, BASF 10-150/5,90, BMW 1-360/7,40, VW 10-180/2, 10-190/4,40, 1-190/8, 1-200/12, Conti 10-120/2,90, Commerzbank 10-180/3, 10-190/8,10, 1-180/4, Deutsche Bank 10-340/14, 10-350/9,85, 1-340/15, Dresdner Bank 1-180/5, Hoesch 10-55/4, 1-55/5,20, 4-55/6, Mannesmann 10-150/8,10, 1-150/13, Bay. Hypo 1-320/15, Bay. Vereinsbank 10-350/15, BHF-Bank 10-290/19, 10-300/9, BBC 1-210/14, Daimler 10-590/24, 10-580/16, Degussa 10-370/13,90, GHH 1-170/9,90, Kaufhof 10-260/8,25, KHD 1-260/8, Kloeckner 10-40/5, M.A.N. 10-160/10, Mercedes 10-520/16, RWE 1-170/2,40, Schering 10-350/13,20, Chrysler 1-80/7,65, IBM 1-300/22, Xerox 10-120/8, 10-110/2, Philips 10-45/2,40. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 8. 7.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

1 Monat	9⅞–10⅛	4¾–5	4⅞–4⅞
3 Monate	10 –10¼	5⅛–5⅜	4¾–5
6 Monate	10½–10¾	5⅝–5⅞	4⅞–5
12 Monate	10⅝–10⅞	5⅞–6⅛	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 11. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1438,00	1759,02
10 US-Dollar (Indian)**)	1203,00	1415,61
5 US-Dollar (Liberty)	533,00	661,26
1 £ Sovereign alt	258,00	316,92
1 £ Sovereign Elizabeth II	249,00	306,66
20 belgische Franken	189,00	248,66
10 Rubel Tscherwonez	267,00	332,88
2 südafrikanische Rand	251,00	308,94
Krüger Rand, neu	1115,00	1316,70
Maple Leaf	1115,00	1316,70
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	255,00	324,90
20 schweiz. Franken „Vreneli"	209,00	266,76
20 franz. Franken „Napoleon"	208,00	265,62
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1033,00	1246,02
20 österr. Kronen (Neuprägung)	209,00	261,06
10 österr. Kronen (Neuprägung)	110,00	142,50
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	480,00	587,10
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	114,00	152,76

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

11. 7. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs[4])	Ankauf	Verkauf
New York[3])	2,5800	2,5880	2,5521	2,54	2,63
London[1])	3,959	3,973	3,92	3,90	4,05
Dublin[1])	3,149	3,163	3,09	3,11	3,25
Montreal[3])	2,0949	2,1029	2,0764	2,06	2,15
Amsterd.	89,255	89,475	88,38	88,25	90,25
Zürich	121,445	121,645	121,545	120,00	122,75
Brüssel	4,984	5,004	4,947	4,86	5,08
Paris	33,200	33,380	32,54	32,25	34,25
Kopenh.	27,830	27,950	27,57	27,00	29,00
Oslo	35,310	35,430	34,87	34,50	36,25
Stockh.**)	33,615	33,775	33,195	32,75	34,50
Mailand[2]) **)	1,686	1,696	1,64	1,66	1,75
Wien	14,183	14,323	14,203	14,10	14,33
Madrid**)	1,740	1,756	1,678	1,73	1,85
Lissabon**)	2,178	2,198	2,088	1,88	2,76
Tokio	1,0685	1,0725	—	1,03	1,09
Helsinki	46,340	46,440	45,33	45,50	47,25
Buen. Air.	—	—	—	—	32,00
Rio	—	—	—	0,10	0,75
Athen*) **)	3,028	3,082	—	2,40	3,40
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,2400	2,2880	—	2,17	2,30
Johannesbg.*)	2,3480	2,3670	—	1,85	2,10

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 80 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der deutliche Rückgang des amerikanischen Geldmengenaggregates M1 um 3 Mrd. Dollar hatte am 11. 7. keinen Einfluß auf den Dollarkurs, der mit 2,5840 als amtlicher Mittelwert einen neuen Jahreshöchstkurs verzeichnete. Bei sehr ruhigem Geschäft bewegte sich der Kurs zwischen 2,5880 und 2,5810. Gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen mußte die D-Mark überwiegend Kursverluste hinnehmen. Dabei fiel die Befestigung des schweizer Franken um 41,5 Pfg. auf 121,545 besonders auf. Der belgische Franc konnte sich mit einem Tagesgewinn von 0,8 Pfg. auf 4,994 wieder über seine Parität im europäischen Währungssystem befestigen. US-Dollar in: Amsterdam 2,8935; Brüssel 51,81; Paris 7,7715; Mailand 1529,70; Wien 18,1890; Zürich 2,1260. Pfd.-DM 3,155; Pfd/Dollar 1,5348.

Ostmarkkurs am 11. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Bei ruhigem Geschäft kam es am 11. Juli zu geringfügigen Veränderungen.

	1 Monat	3 Monate
Dollar/DM	1,24/1,14	3,24/3,14
Pfund/Dollar	0,08/0,08	0,12/0,16
Pfund/DM	2,40/1,06	5,38/3,80
FF/DM	31/15	83/66

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 11. 7.: Tagesgeld 5,0–5,1 Prozent; Monatsgeld 5,35–5,4 Prozent; Dreimonatsgeld 5,55–5,65 Prozent.

Privatdiskontsätze am 11. 7.: 10 bis 29 Tage 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,35 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 11. 7.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Renten nachgebend

Am Rentenmarkt hielt sich die Anlagetätigkeit auch am Wochenbeginn wieder in engen Grenzen. Als Grund für die Zurückhaltung wird die unübersichtliche Zinsentwicklung in den USA angeführt, obwohl sich dort die Lage etwas entspannt zu haben scheint. Bei den inländischen öffentlichen Anleihen gab es Abschläge bis zu 0,50 Prozentpunkte. Ihnen standen nur wenige begrenzte Kursheraufsetzungen gegenüber. Bei den Pfandbriefen werden die Kurse an das veränderte Renditenniveau meist erst dann angeglichen, wenn Material zur Verfügung steht.

	11. 7.	8. 7
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	89,75bG	90G
6 dgl. Pf 30	81G	81G
6¾ dgl. Pf. 2	93,75bG	94,25G
7 dgl. Pf 3	93,75bG	94,25G
7 dgl. Pf 27	98,75bG	98,75bG
6½ dgl KS 14	95bG	95,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120G	120G
5½ dgl. Pf 11	127,5G	127,5G
6 dgl. Pf 34	77G	77G
6 dgl. KO Pf 50	99,75G	99,75G
6½ dgl. Pf 10	84G	84bG
5 dgl. KS 1	98G	98G

	11. 7.	8. 7.
Br 6½ dgl. Pf 77	93G	93G
6 dgl. Pf 42	99,65G	99,65G
8½ dgl. Pf 47	101,75G	101,75G
F 5 Frt. Hypobk. Pf 66	89,5G	89,5G
5½ dgl. Pf 53	78G	78G
6 dgl. Pf 79	79,5G	79,5G
6 dgl. Pf 130	90,45G	90,45G
8½ dgl. Pf 133	86,5G	86,5G
10 dgl. Pf 168	100,9G	100,9G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G
6 dgl. 14	88,4G	88,6G
6 dgl. 47	79	79

	11. 7	8. 7.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	98,25G	98,25G
7½ dgl. Pf 45	100,75G	100,75G
M 6 Südboden Pf 41	88G	88G
6½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl Pf 143	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 87	93,5bG	93,5G
7½ dgl. Pf 104	96bG	96TG
7 dgl. KS 49	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	100G	100G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G
9½ dgl. KS 171	104G	104G

Bankschuldverschreib.

F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82G	82G
6½ dgl. Pf 5	87	87
7 dgl. Pf 2	99,1G	99,1G
F 7½ Bakola Pf 104	100,2T	100,2T
9 dgl. Pf 106	103,5G	103,5G
10 dgl. Pf 108	108,75G	108,75G
7 dgl. KS 132	95G	95G
8 dgl. KS 155	99G	99G
9 dgl. KS 169	102,3G-	102,3G

Bundesbahn

F 4 Abl 57-	4/84	100,6G	100,6
5½ Bdbahn 58	10/83	100,1G	100,1G
10 dgl 73 II	11/83	101,35	101,35G
7½ dgl. 72	2/84	100,9	100,9
8 dgl. 72	9/84	101,76	101,9
8¼ dgl 76	9/84	101,8	101,8G
6 dgl. 78 III	11/84	99,2G	99,15
6½ dgl. 79	2/85	99,2G	99,2G-
8½ dgl 73	2/85	102,1	102,1
7 dgl 77	2/87	97,4bG	97,4G

F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	73bG	73bG
5½ dgl. Pf 59	80	80
6 dgl. Pf 162	80G	80G
B 9 Dt.Pf.Wr. Brl. 482	103,75G	103,75G
Br 7½ Dt. Schiffbk. Pf 33	–	–
8 dgl. Pf 46	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	98,1G	98,1
6¼ dgl. Pf 60	93,85G	94,2G
6¼ dgl. Pf 74	96,8G	96,8
6¼ dgl. Pf 76	95	95G

9 dgl. Pf 167	101,6G	101,6G
6 dgl. KS 77	79G	79G
6½ dgl. KS 80/1	100G	100G
8½ dgl. KS 110	101G	101G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	110G	110G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	83,1G	83,1G
5½ dgl. Pf 43	83,15G	83,15G
6 dgl. Pf 56	78,8G	78,8G
7 dgl. Pf 61	88,35G	88,35G
8 dgl. Pf 70	100,15G	100,15G
9 dgl. Pf 68	102,5G	102,5G

D 7¼ LAG TS 76	100,8	100,6
8 dgl. TS 75	101,5G	101,5G
6½ dgl. TS 77	95,6G	95,8
5¾ dgl. 78	92,5G	92,5
7 dgl. 79	97,6	97,6

Industrieanleihen

F 6 Badenwerk 64	99,3G	99,3G
6 dgl. 78	93,75G	93,75
5 BASF 59	98,15G	98,15T
5 Bayernw. 59	98,15T	98T

3½ Sanyo Elec. 78	164G	165G
3¾ Sanyo Stores 78	94,5	95G
6¼ Sekisui 78	148G	152G
3½ Stanley 78	120	122,5
6 Taiyo Yuden 82	119	118,5
5 Texaco Int. 66	95,25G	95
3½ Tok. Elec. 78	394T	394T
4¾ Tok. Sanyo 77	290G	290G
4 Tokyu Land 79	100,25T	100,25
3½ Trio Kenw. 78	108,5T	108,5T
6½ Uny Ltd. 79	131G	132G

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	11. 7	8. 7
F Kawasaki Steel	1,75T	1,75G
M Kloof Gold Min.	129,5	129
F Komatsu	5,65	5,75
D KLM	145	145,5
F Kubota	3,4	3,4G
D Lafarge	92G	91G
D Litton Ind.	168	168,5
F Lone Star	77,5G	77,5G
D LTV	40,5	41
M M.I.M. Hold	19,1	19,75
F Magneti Marelli	–	–
D Mannesm	3G	3G

	11. 7	8. 7
F United Techn	185,5	185
F US Steel	64,9	64,5
M Vaal Reefs Expl.	327	325,5
D Vmf-Stork	61	59G
D Volvo A	140G	140G
D dgl. Nam B	140G	140G
F Warner Commun.	71,8	70
F Warner Lambert	76	78G
F Wells Fargo	95	93
M Western Deep L.	157	154,1
M Western Mining	10,2	10,2
F West.-Utrecht H	109	109,9
D Xerox Corp.	121	120bG

Warenpreise – Termine

Mit Verlusten schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Freitag an der New Yorker Comex. Während Kaffee uneinheitlich notierte, ging Kakao schwächer aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	8. 7.	7. 7.
Weizen Chicago (c/bush)		
Juli	335,75	339,00
Sept	347,00	350,50
Dez	363,00	367,60
Weizen Winnipeg (can. $/t)	8. 7.	7. 7.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	307,88	304,48
Amber Durum	234,75	234,86
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	113,20	113,20
Okt	119,00	119,00
Dez	122,30	122,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	92,70	92,70
Okt.	88,00	88,70
Dez	90,50	90,40
Hafer Chicago (c/bush)	8. 7.	7. 7.
Juli	149,00	151,75
Sept	154,50	158,00
Dez	167,00	170,00
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	329,25	325,75
Sept	304,75	304,50
Dez.	278,75	279,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	8. 7.	7. 7.
Juli	94,30	94,70
Okt	97,80	98,90
Dez.	100,80	102,00
Reis, roh, New Orleans ($-cwt)	8. 7.	7. 7.
Juli	unerhältl.	unerhältl.
Sept	unerhältl.	unerhältl.
Nov	unerhältl.	unerhältl.
Jan	unerhältl.	unerhältl.
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Sept.	unerhältl.	unerhältl.

Genußmittel

	8. 7.	7. 7
Kaffee		
New York (c/lb)	8. 7.	7. 7
Terminkontr. Juli	127,75	127,35
Sept.	127,80	127,81
Dez.	126,15	126,25
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2050	2119
Sept.	2101	2170
Dez.	2166	2238
Umsatz	3460	–
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	10,95	11,15
Sept.	11,08	11,33
Okt.	11,40	11,75
Jan.	11,97	12,29
März	12,14	12,54
Umsatz	10 450	12 935
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	8. 7. 10,22	7. 7. 10,46
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	8. 7.	7. 7.
Kontrakt Juli	1630–1632	1629–1630
Sept.	1605–1608	1616–1617
Nov.	1591–1593	1597–1598
Umsatz	3457	3779
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1474–1475	1488–1492
Sept.	1494–1495	1516–1517
Dez.	1520–1521	1541–1542
Umsatz	5885	5690
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Aug.	171,25–171,50	168,00–168,25
Okt.	178,00	174,75–174,90
Dez.	182,75–183,00	179,00–179,90
März	191,00	188,25–188,50
Mai	193,90–194,25	191,25–191,75
Umsatz	4745	5895

	8. 7.	7. 7.
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	257,50	295,00
weißer Sarawak	365,00	365,00
weißer Muntok	370,00	370,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	8. 7.	7. 7.
Juli	120,00	120,00
Sept.	117,25	117,40
Nov.	115,00	115,10
Jan.	108,30	108,10
März	108,00	107,80
Umsatz	150	–

Öle, Fette, Tierprodukte

	8. 7.	7. 7.
Erdnußöl		
New York (c/lb)	8. 7.	7. 7.
Südstaaten fob Werk	28,00	27,50
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	20,00	20,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	19,78	20,05
Aug.	19,79	20,06
Sept.	19,92	20,15
Okt.	20,05	20,30
Dez.	20,31	20,60
Jan.	20,50	20,85
März	20,80	21,10
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	23,50	22,50
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	15,50	15,50
Choice white hog 4% fr. F.	13,50	13,50
Talg		
New York (c/lb)		
top white	15,25	15,25
fancy	14,75	14,75
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10% fr. F.	12,50	12,50
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Juli	46,45	46,17
Aug.	43,56	43,65
Okt.	39,85	39,75
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Juli	54,30	54,70
Aug.	51,75	52,75
Febr.	56,80	55,80

	8. 7.	7. 7.
Häute		
Chicago (c/lb)	8. 7.	7. 7.
Ochsen einh. schwere River Northern	57,00	56,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Juli	681,00	623,00
Aug.	623,00	626,00
Sept.	631,00	635,50
Nov.	645,50	650,50
Jan.	658,50	665,00
März	671,50	677,00
Mai	681,00	687,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Juli	179,20	180,00
Aug.	179,60	180,70
Sept.	182,30	183,30
Okt.	184,50	185,70
Dez.	189,50	191,00
Jan.	192,00	193,50
März	196,00	197,50
Leinsaat		
Winnp. (can. $/t)	8. 7.	7. 7.
Juli	291,20	293,70
Okt.	300,50	302,10
Dez.	306,50	308,30
Kokosöl		
New York (c/lb)	8. 7.	7. 7.
Westküste fob Werk	23,00	22,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	11. 7.	8. 7.
jegl. Herk. cif	575,00	572,50
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	437,50	440,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	392,50	392,50
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	128,00	121,00
Kopra		
Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	720,00	720,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	250,00	251,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	8. 7.	7. 7.
Baumwolle		
New York (c/lb)	8. 7.	7. 7.
Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	77,50	77,75
Dez.	79,10	79,11
März	80,45	80,50
Mai	80,70	81,25
Juli	80,80	–
Okt.	76,00	–
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis loco RSS –1:	57,50	57,50
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	8. 7.	7. 7.
Aug.	457–460	458–459
Okt.	444–448	444–448
Dez.	445–448	443–445
Umsatz	31	26
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	8. 7.	7. 7.
Juli	44,50	44,40
Okt.	44,90	44,80
Dez.	45,40	45,30
März	45,80	45,70
Umsatz	13500	9000
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	8. 7.	7. 7.
Juli	558,0–559,0	559,0–562,0
Okt.	571,0–572,0	571,0–572,0
Dez.	581,5–583,0	581,5–582,0
Umsatz	48	67
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	8. 7.	7. 7.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	8. 7.	7. 7.
Juli	13 850	13 855
Aug.	13 790	13 807
Kautschuk		
London (p/kg)	8. 7.	7. 7.
Nr. 1 RSS loco	79,00–80,50	79,00–80,50
Aug.	79,00–80,10	80,00–80,10
Sept.	77,60–79,00	78,50–79,40
Okt./Dez.	79,50–79,60	79,70–79,80
Tendenz: sehr ruhig		

	8. 7.	7. 7.
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	8. 7.	7. 7.
Nr. 1 RSS loco:	259,50–260,50	258,00–259,00
Juli	260,00–261,00	259,00–260,00
August	263,50–264,50	262,00–263,00
Nr. 2 RSS Juli	257,50–258,50	256,00–257,00
Nr. 3 RSS Juli	254,00–255,00	252,50–253,50
Nr. 4 RSS Juli	248,00–249,00	246,50–247,50
Tendenz: leichter		
Jute London (£/lgt)	8. 7.	7. 7.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Ft. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	11. 7.	8. 7.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	104,89–105,09	105,45–105,65
drittfolg. Monat	109,06–109,26	109,22–109,32
Zink: Basis London		
laufend. Monat	187,33–187,53	187,09–187,29
drittfolg. Monat	193,09–193,19	192,75–192,84
Produz.-Preis	201,66	201,01
Reinzinn 99,9%	3750–3788	3766–3804

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	11. 7.	8. 7.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	452,33–454,71	448,38–450,76
Blei in Kabeln	112,50–113,50	113,25–114,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	405,50–408,50	405,50–408,50
Vorziehdraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	11. 7.	8. 7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	366–382	364–380
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	409–415	405–412
MS 63	420–423	417–420

Zinn-Preis Penang

	8. 7.	7. 7.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,97	30,96

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	11. 7.	8. 7.
Leg. 225	359–361	359–361
Leg. 226	361–364	361–364
Leg. 231	389–401	389–401
Leg. 233	404–412	404–412

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	11. 7.	8. 7.
Platin (DM je g)	38,30	38,30
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	35 800	35 400
Rücknahmepr.	35 000	34 600
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	35 840	35 390
Rücknahmepr.	34 760	34 330
verarbeitet	37 620	37 140
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 550	35 260
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1020,20	1011,90
Rücknahmepr.	984,50	976,50
Verarbeitet	1065,40	1056,80

Internationale Edelmetalle

	11. 7.	8. 7.
Gold (US-$/Feinunze)		
London	11. 7.	8. 7.
10.30	426,15	422,75
15.00	430,50	–
Zürich mittags	427,60–428,10	425,75–426,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	106 350	105 600
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	786,85	780,85
3 Monate	805,65	799,10
6 Monate	824,95	817,40
12 Monate	860,85	853,20
Platin (£-Feinunze)		
London	8. 7.	7. 7.
fr. Markt	282,00	276,85
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	92,85	91,96

	8. 7.	7. 7.
New Yorker Preise	8. 7.	7. 7.
Gold H & H Ankauf	426,00	412,25
Silber H & H Ankauf	1199,00	1149,00
Platin fr. Händlerpr.	415,00–420,00	415,00–424,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	144,50–146,50	137,00–139,50
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
Juli	1205,00	1225,00
Aug	1213,00	1217,00
Sept.	1230,00	1227,00
Dez.	1250,00	1257,00
Jan	1265,20	1267,20
März	1286,70	1287,70
Mai	1308,20	1308,20
Umsatz	30 000	27 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	8. 7.	7. 7.
Juli	76,25	76,65
Aug	76,75	77,25
Sept.	77,25	77,80
Dez.	79,20	79,95
Jan.	80,05	80,60
März	81,25	81,75
Mai	82,45	83,05
Umsatz	10 000	13 000

Londoner Metallbörse

	11. 7.	8. 7.
Aluminium (£/t)		
Kasse	983,00–983,50	980,00–981,00
3 Monate	1011,5–1012,0	1005,0–1006,0
Blei (£/t) Kasse	264,00–264,50	265,50–266,50
3 Monate	274,50–275,00	274,50–275,50
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1126,0–1126,5	1117,5–1118,0
3 Monate	1131,5–1132,0	1124,5–1125,0
abends Kasse	–	1121,5–1122,0
3 Monate	–	1127,5–1128,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1084,0–1085,0	1080,0–1082,0
3 Monate	1101,0–1102,0	1096,0–1098,0
Zink (£/t) Kasse	471,75–472,00	471,00–472,00
3 Monate	486,00–486,25	485,00–485,50
Zinn (£/t) Kasse	8750–8751	8745–8755
3 Monate	8725–8730	8720–8725
Quecksilber ($/Fl.)	–	290–295
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	80–83



Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Kozlak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

SEGELFLIEGEN / Silber für Gantenbrink

Zur Siegesfeier gab's Milch

sid/dpa, Hobbs

Am Vorabend des letzten Wertungsfluges bei den Weltmeisterschaften der Segelflieger stieß Bruno Gantenbrink (Menden) mit Bier auf die Geburt seiner vierten Tochter an. Tags darauf zeigte er seinen Konkurrenten in der offenen Klasse dann, wozu ein fünfmaliger Vater, denn Gantenbrink hat zudem noch einen Sohn, außerdem fähig ist. Als der Kaufmann am Finaltag aus seinem Flugzeug stieg, hatte er den dritten Tagessieg der Titelkämpfe errungen und zum zweiten Mal nach 1978 die Silbermedaille gewonnen. „Heute hat das Fliegen richtig Spaß gemacht, denn im Grunde konnte ja gar nichts mehr schiefgehen", erklärte Gantenbrink nach der Landung. Im Kreise seiner Bodenmannschaft feierte er seinen Erfolg mit Milch, denn wegen der strengen Staatsgesetze im US-Bundesstaat Neu-Mexiko darf sonntags kein Alkohol verkauft werden. Gantenbrink war bei seinem letzten Flug, den seine entbundene Frau Inge im Krankenhaus von Hobbs per Funk verfolgte, zehn Stundenkilometer schneller als der neue Weltmeister Ingo Renner (Australien). Gefährden konnte Gantenbrink den Australier, der vor 17 Jahren aus Deutschland ausgewandert war, aber nicht mehr. Dafür war der Vorsprung von Renner zu groß. Gantenbrink sagte dazu: „Das hätte den Verlauf der Weltmeisterschaft auch auf den Kopf gestellt." In acht der zwölf Wertungsflüge war Renner als erster ins Ziel gekommen und schließlich mit der Rekordpunktzahl von 11 784 vor Gantenbrink (11 295) Weltmeister geworden. Den Titel in der 15-Meter-Rennklasse sicherte sich Kees Musters (Holland). Klaus Holighaus (Dettingen) fiel am letzten Tag vom dritten auf den achten Rang zurück.

UNIVERSIADE / Drei weitere Medaillen

Kritik an UdSSR-Trainern

sid/dpa, Edmonton

Einen Tag nach der ersten Goldmedaille für die Studenten des Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverbandes (ADH) durch die Speerwerferin Beate Peters gab es drei weitere Silbermedaillen. In der Leichtathletik belegten die Kugelstoßerin Claudia Losch (Fürth) und Zehnkämpfer Herbert Peter (München) jeweils den zweiten Platz. Mit einer Weite von 18,81 Metern mußte sich die deutsche Meisterin aus Fürth nur Natalia Lisowskaja (UdSSR/20,46) geschlagen geben. Herbert Peter hatte mit 8160 Punkten seine persönliche Bestleistung nur um 27 Zähler verfehlt, hinter dem siegreichen kanadischen Zehnkämpfer Dave Steen (8205) einen Rückstand von 45 Punkten. Die dritte Silbermedaille für den ADH gewannen Cornelia Dries (Düsseldorf) und Jochen Settelmayer (Essen) im Tennis. Sie unterlagen im Mixed-Finale den Kanadiern Jill Hetherington und Bill Jenkins mit 6:7, 6:7.

Den Zustand des schwerverunglückten Turmspringers Sergej Schalibaschwili (UdSSR) bezeichnen die behandelnden Ärzte weiterhin als „sehr kritisch". Schalibaschwili war bei einem dreieinhalbfachen Schraubensalto vom 10-Meter-Turm mit dem Kopf auf die Absprungplattform geschlagen und hatte sich dabei schwere Kopf- und Hirnverletzungen zugezogen. Sollte der 21 Jahre alte Turmspringer den Unfall überleben, so rechnen die Ärzte mit schweren bleibenden Schäden und Lähmungserscheinungen. Von amerikanischer Seite ist inzwischen Kritik an den sowjetischen Trainern geübt worden, da sie dem Verunglückten einen zu schwierigen Sprung zugemutet hätten. Die Offiziellen des UdSSR-Teams lehnten bisher eine Stellungnahme zu dem Unfall ab.

MODERNER FÜNFKAMPF / Tolle Erfolge – aber die Damen haben nicht einmal einen Bundestrainer

Sabine Krapf – durch Eigeninitiative an die Spitze, aber am wichtigsten ist das Abitur

KLAUS BLUME, Bonn

„Am Dienstag", so sagt sie, „habe ich immer meinen Horrortrip, da beginnt die Schule erst um halb zehn." Deshalb wird bereits vor dem Unterricht geschwommen, eine Bahn nach der anderen. Nach der Schule geht es dann weiter: Schießen mit der Schnellfeuer-Pistole, Fechtlektionen mit dem Degen, Springreiten über mittelschwere Hindernisse und in der Abenddämmerung noch einen Waldlauf von zwei, drei Kilometer Länge. Doch sei sie keineswegs von Kopf bis Fuß auf modernen Fünfkampf eingestellt. „Am Wochenende", sagt Sabine Krapf, „gehe ich auch aus."

Am letzten Wochenende wurde daraus nichts, da kämpfte Sabine Krapf, 19 Jahre, Gymnasiastin aus Heidenheim an der Brenz, in München um die internationale deutsche Meisterschaft – und gewann.

Als ihr Foto daraufhin in den Montagsausgaben der Tageszeitungen erschien, riefen die Reporter einer Illustrierten in Bensheim bei Hiltrud Reder an, der Frauenwartin des Fünfkämpfer-Verbandes. Eine so attraktive junge Dame und ein so harter Sport, das sei doch wohl eine Story wert, befanden die Herren vom Bilderblatt. „Da sollten sie erst mal die ganze Mannschaft sehen", entgegnete Frau Reder, „die schaut aus wie eine Mannequin-Truppe."

Erfolgreich ist die Truppe obendrein. Im vorigen Jahr wurden sie in der Mannschaftswertung Vizeweltmeister. „Mit meinem Ergebnis von München – 5288 Punkte –



Sieht den Sport nicht so verbissen: Sabine Krapf. FOTO: SVEN SIMON

kann ich bei den Welttitelkämpfen Ende August in Göteborg eine Medaille gewinnen", sagt denn auch Sabine Krapf selbstbewußt. 1,76 Meter ist sie groß, 63 Kilogramm leicht. Sie plagt sich im Training für den großen Erfolg, doch die Schule geht vor. Im Januar macht sie das Abitur, und so etwas ist ihr allemal wichtiger als ein Titel. Von Hormonpräparaten, wie die Werferinnen, will sie auch nichts wissen, getreu dem Grundsatz ihrer Frauenwartin Hiltrud Reder: „Ihr könnt euch nicht eine Medaille umhängen und sagen: deshalb sehe ich so aus."

Moderner Fünfkampf für Frauen, das sind immerhin die Disziplinen Springreiten, Schießen, Schwimmen (200 m Freistil), Degenfechten und Geländelauf (2000 m). Einst konzipiert von Offizieren für Offiziere, stürmen nun die Frauen diese Bastion. Sabine Krapf, früher Schwimmerin und Leichtathletin, ist mittlerweile eine exzellente Schützin mit der Schnellfeuerpistole geworden. „Wenn mein Mann jemals so geschossen hätte wie sie, hätte er mindestens an zwei Olympischen Spielen teilgenommen", sagt Frau Reder.

Vizeweltmeisterin in der Einzelwertung war Sabine Krapf bei den ersten Damen-Titelkämpfen vor zwei Jahren in London. Von olympischen Medaillen träumt sie dennoch nicht, denn erst 1992 soll der Damen-Fünfkampf zum Olympia-Programm gehören. „Es ist unwahrscheinlich, daß ich dann noch dabei bin", sagt sie. „Schon weil das internationale Niveau bis dahin wohl beträchtlich gestiegen sein wird. Denn nun machen auch in dieser Fünfkampf-Sparte die osteuropäischen Verbände mobil."

In der Sowjetunion wurde jetzt sogar Pawel Lednew, der viermalige Weltmeister, zum Verbandstrainer für Frauen bestellt.

Voraussetzungen, von denen Sabine Krapf und ihre Freundinnen nicht einmal zu träumen wagen. Denn einen Bundestrainer für die erfolgreichen deutschen Fünfkämpferinnen gibt es nicht. Die frühere Fechterin Hiltrud Reder kümmert sich als ehrenamtliche Frauenwartin um die Koordination von Lehrgängen und Reisen. Eine Prämie von 10 000 Mark, anläßlich des Gewinns der Vizeweltmeisterschaft von der Sporthilfe übergeben, bildet dabei den bescheidenen Jahresetat. Eigeninitiative ist deshalb gefragt, zum Beispiel so: Wenn Hiltrud Reder in Bensheim einen Lehrgang fürs Degenfechten ansetzt, unterrichtet sie selbst, „das ist dann kostenlos". Die Mädchen werden bei befreundeten Ehepaaren untergebracht – unentgeltlich – und zum Abendessen stiften die Reders dann Erbsensuppe, Würstchen und belegte Brote. Geredet wird dabei nicht über Punktzahlen oder Zehntelsekunden, sondern über die Schule oder über neueste Strickmuster.

Daheim in Heidenheim geht Sabine Krapf dennoch ordentlich zur Sache, zum Beispiel beim Degenfechten mit ausschließlich männlichen Sparringspartnern. Aber das ist unumgänglich, weil es Degenfechten für Frauen nur bei den modernen Fünfkämpferinnen gibt. Ob das nicht schon ein kleines Stück Emanzipation sei? „Früher", sagt Sabine Krapf, „haben uns die Männer belächelt, inzwischen sind sie recht kleinlaut geworden." Klar, denn so erfolgreich wie die Damen sind die Männer im deutschen Verband trotz großen Aufwandes (Spezialtrainer und Lehrgänge) nicht. Nur im vorigen Jahr bei der Weltmeisterschaft „habe ich mich beim Fechten aufgegeben", sagt Sabine Krapf. Sie lacht darüber, denn sie hatte schließlich nur einen Wettkampf verloren.

SPORT-NACHRICHTEN

Cosmos verlor Führung

Vancouver (sid) – Ohne Franz Beckenbauer, der in Köln an der Trauerfeier für den verstorbenen Trainer Hennes Weisweiler teilnahm, unterlag Fußballmeister Cosmos New York in der nordamerikanischen Profi-Liga bei den Vancouver Whitecaps mit 0:2. Cosmos gab durch diese Niederlage auch die Tabellenführung an die Kanadier ab, die bereits ihren neunten Heimsieg in Folge schafften.

Riehm von Finnen besiegt

Lappeenranta (sid) – Die deutschen Hammerwerfer Karl-Hans Riehm (77,28) und Klaus Ploghaus (77,22) mußten sich bei einem Leichtathletik-Sportfest in Lappeenranta von zwei Finnen geschlagen geben. Hinter Harry Huhtala (77,90) und Juha Tiainen (77,70) belegten sie die Plätze drei und vier.

Connors bezwang Lendl

Sun City (sid) – Jimmy Connors gewann das mit einer Million Dollar (rund 2,52 Millionen Mark) dotierte Tennis-Einladungs-Turnier in Sun City (Südafrika). Für seinen 7:5, 7:6-Sieg im Finale über Ivan Lendl (CSSR) erhielt Connors etwa eine Million Mark. Lendl, der als Verlierer 750 000 Mark kassierte, muß wegen seines unerwünschten Starts in Südafrika mit Sanktionen des Sportverbandes der CSSR rechnen. Wegen der Apartheidpolitik in Südafrika hatte sich der Verband von Lendls Teilnahme distanziert.

Habetz siegt im Spurt

Colorado (sid) – Die frühere Rad-Weltmeisterin Beate Habetz (Köln) gewann im US-Bundesstaat Colorado ein Straßenrennen über 40 Kilometer im Spurt vor der Amerikanerin Rebecca Twigg. Nach dem dritten Tag der internationalen Radsport-Veranstaltung führt Rebecca Twigg in der Gesamtwertung. Als beste Deutsche liegt Ines Vahrenkamp (Oldenburg) auf Rang vier.

Sieg für Winkelhock

Nürburgring (dpa) – Manfred Winkelhock (Waiblingen) gewann zusammen mit seinem Partner Dieter Quester (Österreich) auf einem BMW 635 den Großen Preis der Tourenwagen auf dem Nürburgring vor Helmut Kelleners/Umberto Grano (Moers/Italien) und Christian Daller/Marco Vanoli (München/Schweiz, ebenfalls beide BMW).

Wiltfang ohne Fehler

Legelshurst (sid) – Ohne Fehler und mit 33,1 Sekunden gewann Gerd Wiltfang auf Gordon im zweiten Stechen den Großen Preis beim internationalen Reit- und Springturnier in Legelshurst. Zweiter wurde Willibert Mehlkopf (Aachen) auf Salut mit vier Fehlern vor Jürgen Kurz (Ludwigsburg) auf Gustl mit zwölf Fehlern.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Konstanz – Karlsruhe 2:11 (0:8), Ahrweiler – Mönchengladbach 2:7 (1:3).

Intertoto-Runde, Gruppe 10: Boras – Braunschweig 1:0 (1:0).

1. Vitkovice	3	3	0	0	8:3	6:0
2. Plovdiv	2	1	0	1	6:4	2:2
3. Boras	3	1	0	2	2:6	2:4
4. Braunschweig	2	0	0	2	0:3	0:4

TENNIS

Damenturnier in Hittfeld, Doppel, Finale: Bunge/Kohde (Deutschland) – Tanvier/Madruga-Osses (Frankreich/Argentinien) 7:5, 6:4.

GOLF

Deutscher Damenpokal, Endrunde der besten 15 Clubs in Ratingen (Standard/Par 71): Brutto ohne Vorgabe: 1. GC Feldafing zum vierten Mal nach 1978/79/81 mit 468 Schlägen (zwei Bestball-Vierer 152 + vier Einzel 316), 2. Frankfurter GC 469 (147+322), 3. GC Hannover 485 (155+330). – Netto mit Vorgabe: 1. St. Eurach LGC 425 (133+292), 2. GC Feldafing 426 (136+290), 3. GC Essen-Heidhausen 426 (129+297). – Beste Einzelspielerinnen: Ursula Beer (Hanau) im Bestball-Vierer mit 69 Schlägen (neuer Damen-Platzrekord), Susanne Knödler (Feldafing) im Einzel mit 72 Schlägen vor Imma Bockelmann (Frankfurt) 73.

RADSPORT

Tour de France, 9. Etappe von Bordeaux nach Pau, 203 km: 1. Chevallier (Frankreich) 5:46:42 Std., 2. Veldscholten (Holland) 2:37 Min. zur., 3. Kelly 2:49. – **Gesamtstand:** 1. Kelly, 2. Andersen (Dänemark) 0:01 Min. zur., 3. Anderson (Australien) 0:39, 4. Zoetemelk (Holland) 1:24.

SEGELFLIEGEN

18. Weltmeisterschaften in Hobbs, Offene Klasse (656,8-km-Dreieck): Tageswertung: 1. Gantenbrink (Menden) Nimbus 3 139,4 km/h 1000 Punkte. – Endstand: 1. Renner (Australien/ Nimbus 3 11 784, 2. Gantenbrink Nimbus 3 11 295. – 15-m-Klasse (579,9-km-Dreieck), Tageswertung: 1. Brockhoff (Australien) Ventus A 129,8/1000, ... 7. Back Ventus A 123,7/930, ... 10. Peter ASW 20 122,7/919, ... 43. Holighaus (alle Deutschland) Ventus A Außenlandung/362. – Endstand: 1. Musters (Holland) Ventus A 11 259, ... 5. Back Ventus A 10 597, ... 8. Holighaus Ventus A 10 397, ... 16. Peter ASW 20 9973. – Standardklasse (526,1-km-Dreieck): Tageswertung: 1. Stouffs (Belgien) LS-4A 119/1000, ... 5. Schreiber LS-4 116,8/868, ... 21. Glöckl (alle Deutschland LS-4 108,7/853. – Endstand: 1. Oye (Dänemark) LS-4 10 730, ... 8. Glöckl LS-4 10 427, ... 13. Schreiber LS-4 10 109.

GEWINNZAHLEN

Toto: Elferwette: 2, 1, 2, 1, 0, 1, 2, 0, 1, 1, 0. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 5, 8, 11, 17, 29, 45, Zusatzspiel: 44.

(Ohne Gewähr)

RUDERN / Verband nominierte 13 Boote

Aber nur Kolbe besitzt eine echte Medaillenchance

sid, Luzern

Ursprünglich hatte sich die Kommission den Abend freigehalten, doch dann wurde man sich in Windeseile noch am Ufer des Rotsees einig. Zehn Boote umschifften die Nominierungsklippen für die Weltmeisterschaften in Duisburg (27. August bis 4. September). Sowohl bei den Männern (Zweier mit und Zweier ohne) als auch bei den Frauen (Einer, Vierer mit) bleiben je zwei Klassen unbesetzt. Durch diese Flotte hofft der Deutsche Ruderverband (DRV) ein Tief verlassen zu können, das durch die alleinigen Medaillengewinne von Peter-Michael Kolbe 1981 in München (Gold) und des Doppel-Vierers Ulm/Ingelheim 1982 in Luzern (Silber) dokumentiert ist.

Als gedämpfter Optimismus läßt sich die Erwartungshaltung der deutschen Ruderer am ehesten umschreiben. Sieben Wochen vor der WM, die nicht nur für Kolbe Durchgangsstation in Richtung Los Angeles ist, gilt aufgrund seiner eindrucksvollen Rotsee-Vorstellung nur der dreimalige Einer-Weltmeister als sichere Medaillenbank.

Vielversprechend besetzt ist der Skull-Bereich mit Einer, Doppel-Zweier und Doppel-Vierer. „Alle drei Boote werden im Training auf Platz eins hinarbeiten", sagte Bundestrainer Richard Wecke, schränkt aber gleichzeitig ein, daß dieses Ziel für Kolbe realistisch, für den durch berufliche Probleme gehandicapten Doppel-Vierer möglich und für den erst vor drei Wochen gebildeten Doppel-Zweier Georg Agricola/Andreas Schmelz (Germersheim/Eberbach) aber wohl noch Utopie sein dürfte. „Das Boot hat ungemein viel Substanz, nur muß man abwarten, wie die technischen Mängel bereinigt werden können", so Wecke, der Agricola/Schmelz erst in Los Angeles auf Edelmetall-Kurs sieht.

Der Riemen-Bereich mit Vierer mit, Vierer ohne und dem Achter braucht sich hinter den Skullern nicht mehr so weit zu verstecken. Besonders der ungesteuerte „Ruhrpott-Vierer" Puttlitz/Guido Grabow/Volker Grabow/Keßlau aus Witten und Dortmund legte beim Sieg am Samstag gegen die mit Ausnahme der UdSSR und den Übersee-Nationen komplett versammelte Weltelite seine Möglichkeiten offen, zeigte allerdings durch den darauffolgenden vierten Platz mangelnde Konstanz. „Ein Einbruch, der wohl gar nicht so schlecht ist, sonst hätten die Jungs größenwahnsinnig werden müssen", so Klaus Harder, Vorsitzender im DRV-Ausschluß Leistungssport.

Bis zum letzten Rennen auf der Kippe stand allein die Nominierung eines Achters. Der die Saison begleitende Konflikt zwischen Verbandsboot und „Bayern-Express" wurde auf dem Rotsee zweimal und damit endgültig zugunsten des DRV-Bootes entschieden. „Wir stünden heute sicherlich besser da, wenn einige Würzburger bei der WM im Verbandsboot säßen", behauptet Harder, für den der Achter das einzige WM-Boot ist, bei dem um den Endlauf gezittert werden muß.

STAND●PUNKT / *Märchen*

Hans-Christian Andersen hätte dieses Märchen erfinden können: Ein Bauernsohn aus Jütland zieht in die weite Welt hinaus. Er arbeitet redlich. Doch dann trifft ihn das Schicksal wie mit Keulenschlägen. Krank liegt er danieder und das Heimweh packt ihn schlimmer denn je. Doch dann naht das Happy-End: Ein reicher Mijnher aus Holland macht ihn zu seinem Sekretär, und der Bauernsohn aus dem fernen Jütland stellt sich derart geschickt an, daß alsbald ganz Paris seine Freude an ihm hat. Aus dem fernen Kopenhagen reisen sie an, um den unaufhaltsamen Aufstieg des Jütländers aus nächster Nähe zu verfolgen.

Kim Andersen aus Jütland hat diesen Aufstieg vollzogen, bei der diesjährigen Tour de France. Eine Woche lang trug er als erster Däne das Gelbe Trikot des Spitzenreiters – als Platzhalter für den großen Joop Zoetemelk aus Holland, seinen Chef. Als er das Trikot vor einer Woche anzog, war er erschrocken. „C'est la vie, Kim. C'est bien. C'est très bien", sagte sein Teamchef Jean-Pierre Danguillaume. Inzwischen hat Andersen, der Bauernsohn aus Jütland, das gelbe Hemd wieder abgeben müssen. Das Märchen ist zu Ende, jetzt wird gearbeitet für Mijnher Zoetemelk.

K. Bl.

Gustav Mesmers phantastische Flugapparate

Ohne Motor und Gestank

Die verschmitzten Augen des 80jährigen Gustav Mesmer bekamen einen traurigen Zug: Unbekannte hatten seinen kleinen „Hangar" am Waldrand beschädigt, seine Flugapparate und deren Teile lagen verstreut davor. „Wenigstens haben sie nichts weggenommen", stellte er in seinem behäbigen Schwäbisch fest. Ein schwacher Trost für Mesmer, der in Buttenhausen bei Münsingen auf der Schwäbischen Alb seit 19 Jahren in einem „Landheim" für chronisch psychisch Kranke lebt.

Der Bau von Flugapparaten aller Art ist der Lebensinhalt des in diesem Jahr 80 gewordenen Schwaben aus Altshausen bei Ravensburg. Halt und Hobby zugleich, wie er in einem Gespräch freimütig bekennt. Bereitwillig und auch gewohnt, seit Jahren im Licht der Öffentlichkeit zu stehen, Reporter, Fernsehteams und Neugierige aus allen Himmelsrichtungen zu empfangen, führt er den Besucher zunächst in seine „Werkstatt": Das Landheim, das dem Heimbewohner Mesmer lange vor der Entdekkung durch das Fernsehen und neugierige Journalisten großzügig, unbürokratisch – schlicht menschlich – half, sein Hobby zu betreiben, stellte ihm einen großen Raum für die fantastischen Basteleien zur Verfügung.

Gustav Mesmers Traum vom Fliegen – ZDF, 21.20 Uhr

Mesmer trippelt zunächst zu seinem Schrank, vollgestopft mit zahllosen Zeichnungen und Plänen für die ungewöhnlichsten „Flugapparate" (darunter mehrere Varianten seines „Hauptwerkes", des „fliegenden Fahrrads"), aber auch anderen Modellzeichnungen, kunstvoll und überzeugend gezeichnet, mit Erläuterungen in Sütterlinschrift. Da ist die Zeichnung seines „Schirmgleithubschraubers": drei einfache schwarze Herrenregenschirme, für wenige Mark in jedem Billigkaufhaus zu haben, auf Holzgestellen festgeschraubt. Durch emsiges Achselzucken – mit Kraft und Schwung demonstriert es der rüstige 80jährige – bewegen sich die vorderen zwei Schirme auf den Tragflächen wie Vogelflügel, der dritte Schirm hinten soll für Halt sorgen, wenn der Mensch durch die Lüfte schwebt.

Dies ist Mesmers Lebensziel, der uralte Traum des Menschen, frei wie ein Vogel – „ohne Motor und Benzingestank" – umweltschonend dahinzuschweben. „Irgendwann klappt es mal, ich habe ja noch Zeit", meint er optimistisch. Um seine Apparate zu erproben, hat ihm das Heim auf seinem 400 Hektar großen landwirtschaftlichen Anwesen auch ein Stück Wiese überlassen. Dahin wird der Besucher stolz geführt: eine etwa drei Meter hohe selbstgebaute Rampe dient als Probebühne, ein Heuhaufen, ein Sturzhelm und „Federgaloschen" sollen eine weiche Landung ermöglichen. Bei weitem keine überflüssigen Utensilien, denn den Ungetümen Mesmers, aus Abfällen, Schrotteilen, Blechen von Konservendosen oder Kunststoffolien von Verpackungen aller Art zusammengebastelt, ist es bis heute nicht gelungen, zu fliegen.

Doch das stört den Schwaben nicht, der vor rund 30 Jahren sein Hobby endeckte. „Ich war", so berichtet Mesmer, „nicht nur Landwirt, sondern hatte noch viele Berufe: Schreiner, Korbmacher, Sattler und Buchbinder." Und als er



Träumt davon, mit dem flieg Fahrrad von Dorf zu Dorf zu ben: Gustav Mesmer

Illustrierte band, entdeckte nen Artikel über Tretmobi Flügel hatten und in der schweben sollten. Seitdem Mesmer fest daran, daß e auserkoren sei, als erster den uralten Traum, den sch rus, der Schneider von Ul Lilienthal träumten, verwir zu können. Mesmer glaubt habe womöglich bei der fung „vergessen", dem Me Flügel mitzugeben; dieses zit" müsse der Mensch nu durch künstliche Flügel „ausgleichen".

Stolz führt er sein „flie Fahrrad" vor. Ein altes Dam rad („Auf einem Herrenrad man ja wegen der vielen z chen Teile gar nicht auf den steigen"), das bei komplette stattung mit Tragflächen ze ter breit ist, denn auf dieser so versichert er im Brust Überzeugung, sei er „schon ge", wenn auch nur 50 Me „fünf Zentimeter vom Erdb Sein Wunsch: „mit dem flieg Fahrrad von Dorf zu Dorf ben" und nicht mit dem Au

XING-HU

KRITIK

Heiterkeit sonder Harm und Häme

Nach der kleinen Welt des Father Brown, nach Don Camillos „Piccolo mondo" und nach der frommen Aufmüpfigkeit des Milchmanns Tevje ist jetzt der holländische Kaplan Erik Odekerke dabei, sein irdisches Ungeschick im göttlichen Zwiegespräch zu meistern: **Tagebuch eines Hirtenhundes** (ARD). Der junge Pfarrgehilfe soll noch in zwölf weiteren Nachmittagsfolgen unser sommerliches Gemüt laben, und schon die erste Folge verspricht theologisch verbrämte Heiterkeit sonder Harm und Häme.

Der weise Pfarrer ist ein Kirchenherr, die Ortshonoratioren sind ein Block für sich, die armen Leute gelten nichts – und in dieser Gesellschaft will der junge und zudem tolpatschige Geistliche für die Seelen sorgen. Es sieht damit nicht sonderlich gut aus nach der ersten Folge. Doch gemach: Wer solche Geschichten kennt, weiß, auf wessen Seite Gott steht. Auch wenn er sich erst in der zwölften Fortsetzung zu einer Stellungnahme entschließt (für den jungen Herrn Kaplan natürlich, wie denn anders!).

VALENTIN POLCUCH

Kleines Stück mit viel Poesie

Die Erfindungen, die der arbeitslose Schneider George Riley seiner Familie täglich zumutet, kitzeln zwar des Zuschauers Zwerchfell, das aufziehende Lachen aber bleibt in der Brust stecken. Denn ob da nun der Zimmerregen plätschert, ob die Betätigung der Klospülung das stille Geschäft mit einem klassischen Konzert vom Band krönt, oder ob – George Rileys ganz großer Clou – Briefumschläge mit doppelter Gummierung die zweifache Verwendung der Kuverts gestatten – es sind die Blüten einer Traumphantasie, die sich mit dem Ehrgeiz mischen, in der Wirklichkeit zu bestehen, und die uns in ihrer tragischen Hilf- und Nutzlosigkeit rühren, während sich der alte Narr brutal über alle Familienrücksichten hinwegsetzt, sich von seiner Verkäuferin-Tochter aushalten läßt und dabei noch den autoritären, freilich gar nicht ernstgenommenen abzieht.

Aber eben: „Der Spie George Riley" (ZDF) wird v sem durchaus in die Realität bettet. Riley möchte letzte den Kriterien der Umwelt gen, es zu etwas Stattlichem gen – als großer Erfinder m ken Patenten. Und so lebt e einfach nur in einer anderen er empfindet immer schmerzhaft den klaffende grund zwischen Schein und

Eine Menge Poesie ist in kleinen Stück. Und gerade w Menschenwert von Rileys welt so ausdrücklich und ein nach den Richtlinien gesells cher Vorzeigbarkeit ger wird, nimmt hinter allem, ner Regie zarter Hand gefor ne Menschlichkeit Gestalt über Erfolg, Geld und Ar ebenso erhaben ist wie übe schlägige Tugenden. Dazu b te es eines Hauptdarsteller Heinz Schubert, der seinen G Riley unübertreffbar durchzieht, zwischen Komi Tragik, zwischen skurrilem reiz und bösem Wahn.

HERMANN A. GRIE

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Des Teufels Advokat
TV-Spiel von Morris West
12.10 Stichproben
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.20 Unsere kleine Farm
Ein Geschenk für Mutter
16.10 Tagesschau
16.15 Innenansichten
Die Grüne – Jutta Ditfurth
17.00 Lillo und sein Freund Chinese (3)
Ein Paar Schuhe ein langer Weg
Italienische Filmserie
Dritte Station auf der Flucht von Lillo und Chinese: Rom. Aufregung um Aufregung wartet auf die beiden. Die schwierige Aufgabe der Geldbeschaffung wird einerseits auf dem überfüllten Petersplatz und andererseits auf einem der üppigen Friedhöfe Roms erledigt, wobei die gestohlenen Grabblumen leichter an den Mann zu bringen sind als der Inhalt von Touristentaschen.
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Bananas
Musik und Nonsens
21.00 Report
Baden-Baden
Themen: Der Kanzler zurück aus Moskau: Was wird aus „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen?" / Millionen vom Hunger bedroht – Dürre in Äthiopien / Wenn die Moral in der Kirche zum Dogma wird: Die Fälle Weyer und Wefers
Moderation: Franz Alt
21.45 Der Aufpasser
Nichts geht mehr ...
Kriminalfilm
Mit Dennis Waterman, George Cole, Gennie Nevinson, u. a.
Regie: James Gatward
22.30 Tagesthemen
23.00 Heut' abend
ARD-Talkshow mit Joachim Fuchsberger. Zu Gast: Anne Burda
23.45 Tagesschau

ZDF

15.15 ZDF – Ihr Programm
15.17 heute
15.20 Pinocchio
Die Reise auf der Taube
15.45 Till, der Junge von nebenan
Der Nikolaus
16.20 Ferienkalender
Mit Anke und Benny mit Band
16.45 Die Schlümpfe
Traumy geht auf Reisen
17.00 Mosaik
Für die ältere Generation
Was ist ein „Armer Ritter"?
Ein unterhaltsames Quiz um Ernährungsfragen. Als Stargast: Barbara Rütting
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast Gillian Scalici
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.25 Rate mal mit Rosenthal
Heiteres Spiel für Leute wie du und ich
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Louis de Funès: Balduin, der Heiratsmuffel
Franz.-italien. Spielfilm (1968)
Mit Louis de Funès, Claude Gensac, Michel Galabru u. a.
Regie: Jean Girault
21.00 heute-journal
21.20 Gustav Mesmers Traum vom Fliegen
Film von Hartmut Schoen
22.05 Unser Kosmos
Reise durch das Weltall mit Carl Sagan
5. Teil: Blues für einen roten Planeten
22.50 Auslese
Sieben Tage
Fernsehspiel von Rainer Erler (Wh. v. '75)
Mit Wilfried Klaus, Christel Bodenstein, Günter Strack, Angelika Schneider u. a.
0.30 heute



Szene mit Louis de Funès und Claude Gensac in dem Spielfilm „Balduin, der Heiratsmuffel" (um 19.30 Uhr im ZDF) FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST
18.00 Marco
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
18.00 Emm wie Meikel
Meikels Reise um die Welt
18.30 Spaß im III mit Bills Klamottenkiste
19.00 Beat-Club
Bernward Büker Bande
19.15 Ich geh' jetzt fort ...
Annäherung an Anke
Film von Reinhold Böhm

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Bilder deutscher Städte (2)
Potsdam gestern und heute
Film von Peter Friedrich Le und Jürgen Engert
21.00 Formel Eins
Die ARD-Hitparade
21.45 Design
Stadt-Design – Benjamin und Thompson
Film von Ella Hershon, Robert erra und Wibke von Bonin.
22.40 Vor vierzig Jahren
Sowjetische Wochenschauen Juli 1943
Kommentar: Prof. Michail S jaga
23.10 Letzte Nachrichten
Nur für WEST:
23.15 Soap oder Trautes Heim (15)
Eine unglaubliche Familiengeschichte
Nur für NORD:
23.15 Dallas
Der Stammhalter (2)

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S 3:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
20.30 Heimat Deutscher Kaiser
21.15 Liebe im Handumdrehen
US-Spielfilm (1935)
22.55 Die phantastische Reise des H.
Hölderlin – Annäherung an Unnahbaren

BAYERN
18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Gespräche mit Christen
19.30 Formel Eins
20.15 Bergauf – bergab
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
Ratschläge für die Gesundheit
Gesundheit kennt keine Grenzen
21.45 Z. E. N.
21.50 Im Gespräch
22.35 Dallas
23.20 Rundschau



Komische Comics?

P. Jo. – Comic-Liebhaber haben Komplexe. Und Comic-Produzenten offenbar auch. Es ist das Trauma des Trivialen. Also stilisieren sie ihr Metier zur Kunst oder lassen ihm anderweitig tiefere Bedeutung nachsagen. Der Reinbeker Carlsen-Verlag, einer der großen Comic-Distributoren über den Buchhandel, versieht die anspruchsvolleren seiner Alben deshalb neuerdings mit dem Siegel „Edition Comic Art". Und um dem noch scheel angesehenen Genre das Flair des Seriösen zu verleihen, wird der Edition auch noch „Wissenschaftliches" beigegeben.

„Medium Comic" heißt die Reihe, die jetzt mit zwei Bänden gestartet wurde. Der erste, „Die ersten Comics" betitelt, befaßt sich mit den Zeitungs-Comics in den USA von der Jahrhundertwende bis zu den dreißiger Jahren. Der zweite, „Bildwelten und Weltbilder", untersucht Science-Fiction-Comics in den USA, in Deutschland, England und Frankreich.

Der Autor Horst Schröder hat in amerikanischer Literaturwissenschaft promoviert. Das ist gewiß eine gute Grundlage, denn Comics sind keineswegs nur reine Bilderbogen. Gerade die amerikanischen Serien entfalten oft einen grotesken Wortwitz, der beispielsweise ironisch mit den Sprachschwierigkeiten der Neueinwanderer oder dem Jugend-Jargon spielt.

Aber leider hat Horst Schröder auch Soziologie und Politologie gehört. Und das bekommt seinen Streifzügen durch die Welt des Comics, die, solange sie beschreibend bleiben, gut sind, weniger. Denn da projiziert er die Traumata dieser Fächer, die sich häufig als Weltverbesserungsstudien verstehen, auf die Comic-Welt. Und die kann dabei nur schlecht abschneiden. Da werden nun allenthalben „Sexismus", „Reaktionäres" und auch „Faschismus" entdeckt. Den frühen Comics wird angekreidet, daß sie „wenig von den damaligen sozialen Unruhen vermitteln".

Die gezeichneten SF-Serien müssen sich „reaktionäre und vulgär-darwinistische Propaganda für den US-Kapitalismus" nachsagen lassen. Doch der Sozialismus hilft auch nicht aus der Patsche: „Leider hat die DDR keine Comic-Kultur". Und mit Bedauern wird festgestellt, daß „Italien, ein förmlich comicbesessenes Land mit der stärksten westlichen KP, keine fortschrittlichen, unterhaltenden Massenmarkt-Comics" produziert. So wird erneut die Erkenntnis belegt: Sind auch Comics nicht komisch, so sind es die Bücher über Comics allemal.

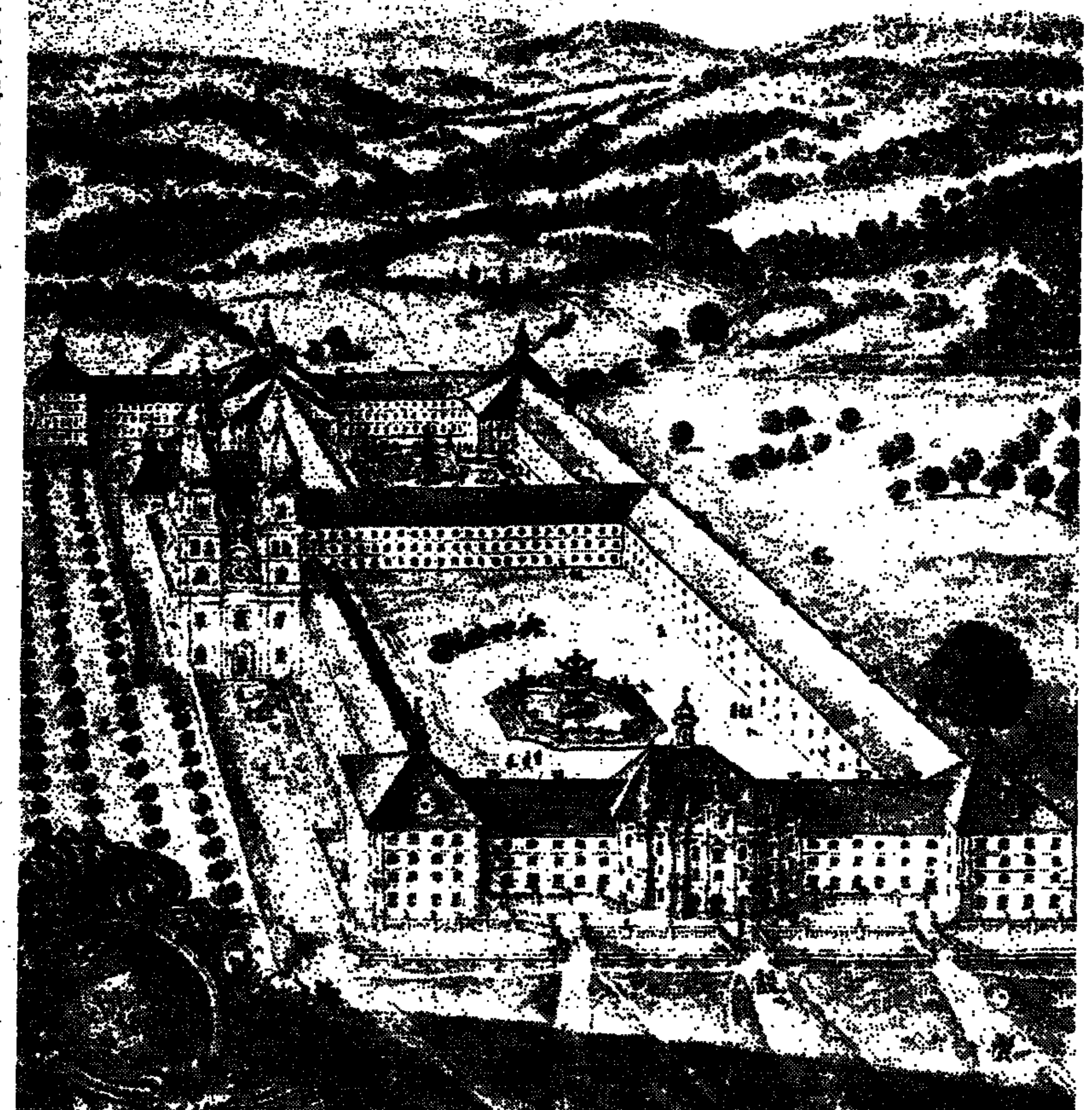
Von der „cella" zum Klosterstaat – Eine Ausstellung zeigt die Geschichte des 1000jährigen St. Blasien im Schwarzwald

Mit den Gebeinen auf dem Planwagen nach Osten

Das Gedenken, mit dem die ehemalige Benediktinerabtei St. Blasien (heute ein Jesuitenkonvikt) in diesen Tagen ihr zweihundertjähriges Domjubiläum begeht, gilt nicht nur der Vollendung ihrer Kirche im Jahre 1783. Ruht dieser angeblich von Goethe gerühmte frühklassizistische Bau doch auf weit älteren Fundamenten und stellt gleichsam den späten Schlußstein dar in einem architektonischen Ensemble, dessen großartige äußere Erscheinung einer durch die Jahrhunderte gewachsenen geistlichen und geistigen Bedeutung entspricht. Denn das berühmte Schwarzwaldkloster darf sich mit Recht tausendjährig nennen. Unter solchem Aspekt kann eine Ausstellung anläßlich des Domjubiläums die sichtbare Darstellung der Kunst und Geschichte eines der reichsten und wirkungsmächtigsten Klöster im deutschen Südwesten allgemeines Augenmerk beanspruchen.

Wie kam es im abgelegenen Albtal, in einer von den erobernden Römern und noch bis zur alemannischen Landnahme im 6. Jahrhundert gemiedenen Waldgegend, zu dieser Klosterniederlassung, die sich im 18. Jahrhundert, am Ende ihrer Entwicklung, zu einer imposanten Barockanlage entwickelt hatte, mit der größten Kuppelkirche Deutschlands? Die Geschichte gibt zunächst nur spärliche Auskunft. 858 wird zum ersten Male eine „cella alba" erwähnt, aus der dann, nach der Übertragung von Reliquien des hl. Blasius aus Rom über das Mutterkloster Rheinau, sehr rasch eine monastische Gründung entstand, die sich durch großen Grundbesitz, reiche Forsten und Ländereien und entsprechend weit ausgreifende missionarische Wirkung auszeichnete. Im 11. und 12. Jahrhundert schloß sich St. Blasien der von Cluny ausgehenden Reformbewegung an und wurde neben Hirsau deren bedeutendstes Zentrum in Süddeutschland. Besiedlung und Besetzung von Klöstern mit Äbten aus St. Blasien griffen damals weit aus – bis ins Elsaß, in die Schweiz, nach Bayern, Österreich und Niedersachsen.

In der Mitte des 13. Jahrhunderts übernahmen die Habsburger die Klostervogtei, was später zur Einbindung St. Blasiens in die ständestaatliche Ordnung Vorderösterreichs führte. 1746 erfolgte die Erhebung der Äbte in den Reichsfürstenstand. Doch blieb das Kloster von schweren Schicksalsschlägen nicht verschont; Bauernkrieg und Dreißigjähriger Krieg fügten ihm erhebliche Schäden zu – und eine Reihe großer Brände legten Kirche und Kloster öfters in Asche – wovon sich die Abtei stets erstaunlich rasch, zu immer größerem Glanze, erholt hat. 1806 jedoch erreichte sie das Schicksal der Säkularisation – ein jäher Absturz nach einer letzten großen Blüte benediktinischer



Eines der reichsten und wirkungsmächtigsten Klöster im deutschen Südwesten: Die ehemalige Benediktinerabtei St. Blasien in einer Tuschzeichnung von Nikolaus Millich (1746) FOTO: KATALOG

Gelehrsamkeit, der eigenen Druckkunst und Kirchenmusik unter dem großen Abt Martin II. Gerbert (1764–93), dessen Bemühungen nicht weniger der allgemeinen Wohlfahrt in seinem Lande galten (Stiftungen, Spital, Arbeitshaus, Waisen- u. Sparkasse). In der nachfolgenden Bedrängnis durch die kriegerischen Verwicklungen der napoleonischen Zeit ließ sich der eng mit Habsburg verbundene „Klosterstaat" nicht mehr halten, nachdem die allgemeine Klosterfeindlichkeit auch hier die Entscheidungen bestimmte.

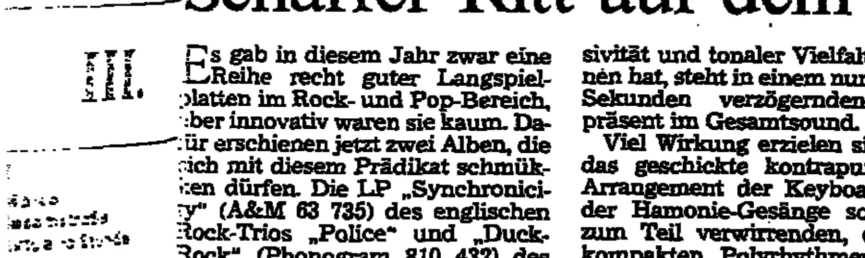
Dabei kam es zu einem einzigartigen Vorgang. Unter dem letzten, hochbedeutenden Abt Berthold III. Rottler vollzog sich der Auszug aus St. Blasien auf höchst ungewöhnliche Weise. Mit einem Großteil der Mönche begab sich der Abt nach Österreich, wo Kaiser Franz I. ihnen in dem aufgehobenen Kloster St. Paul im Lavanttal eine bleibende Zuflucht gewährte, wo sie ihre Lehr- und Erziehungsarbeit fortsetzen konnten – bis heute. Diesen Auszug kann man sich nicht dramatisch genug vorstellen. Denn auf den Planwagen, die auf den nicht eben bequemen Straßen und Wegen ins ferne Kärnten rollten, führten die Mönche kostbares Gut mit: die Gebeine der frühesten Habsburger, für die in St. Paul eine neue Grablege geschaffen wurde – und daneben alles, was in St. Blasien weder niet- noch nagelfest war. Die kirchlichen Schätze vor allem, die Handschriften, die Bibliothek, Urkunden, Bilder und Münzsammlung – um so möglichst wenig in die Hände der oft recht barbarisch vorgehenden „Nachfolger", der Beamten des badischen Großherzogs, fallenzulassen.

Nur diesem beschwerlichen Auszug (und einigen späteren „Rückkäufen" des energischen Abtes) ist es zu danken, daß die Ausstellung in St. Blasien überhaupt möglich wurde. Denn in St. Paul, wo noch immer sanblasianische Tradition gepflegt wird, war man in großzügigster Weise bereit, die dort (und teilweise in Wien) verwahrten Schätze für kurze Zeit an ihren Ursprungsort zurückkehren zu lassen. So ergibt sich die seltene Gelegenheit, Einblick in einen jahrhundertelang gewachsenen Klosterbesitz zu erhalten, soviel auch davon im Laufe der Zeit noch verloren gegangen sein mag. Hier wird Geschichte wahrhaft anschaulich; auch einzelne bedeutende Kunstwerke treten mehr in einer historischen als ästhetischen Rolle auf.

Die Ausstellung in den schön stuckierten Zimmern, Sälen und Gängen des ehemaligen Abtflügels wurde geschickt gegliedert. Sie beginnt mit Dokumenten zur Kloster- und Baugeschichte, einsetzend mit einer Urkunde König Ludwigs des Deutschen von 858. Die verschiedenen Entwürfe für die Neubauten des 18. Jahrhunderts gipfeln in denen für die neue Kuppelkirche von d'Ixnard. Es folgen Beispiele für die Drucke aus der eigenen Druckkerei, darunter eine lateinische Geschichte des Schwarzwaldes von Fürstabt Gerbert, und Proben von dessen Bemühungen um die Kirchenmusik. Eine Aufzählung der teilweise mit wundervollen Miniaturen geschmückten Handschriften aus der Bibliothek – um 820 mit einer oberitalienischen Handschrift beginnend, mit Höhepunkten wie dem Psalmenkommentar des Petrus Lombardus (Frankreich, 13. Jh.) und der herrlichen Prager Korczek-Bibel (1400) – könnte doch keinen Begriff geben von dem, was einen da erwartet.

Es folgen – als Höhepunkt – die prachtvollen Paramente, die sich fast alle in St. Paul befinden. Namentlich die beiden romanischen Glockenkaseln und das Pluviale aus dem 12. bzw. 13. Jahrhundert seien genannt, die „dem Schatz von St. Blasien eine der ersten Stellen unter den europäischen Sammlungen sichern". Nicht weniger bedeutend ist das im späten 11. Jahrhundert wahrscheinlich in St. Blasien entstandene vergoldete Adelheidskreuz mit seiner Juwelenpracht, das freilich nur in einer erstaunlich geglückten Nachbildung gezeigt werden kann. Eine Anzahl prachtvoller Kelche, z. T. Augsburger Arbeiten, beschließt diesen Teil, zusammen mit drei Abtskreuzen – kaiserlichen Gaben. Aus der Kunstsammlung verdienen eine heute nach Donaueschingen gehörende Kopie eines verlorenen Grünewald Erwähnung (Klage der Magdalena unter dem Kreuz) und eine Rubensskizze. So bietet sich insgesamt ein klösterliches Gemeinwesen mit einer Fülle wichtiger und schöner Schätze beeindruckend dar. (Bis 2. Okt.; Katalog, 2 Bd. 45 Mark)

HEINRICH W. PETZET



Zwei neue Rock-Alben des englischen Trios „Police" und von M. McLaren

Scharfer Ritt auf dem Ziegenbock

Es gab in diesem Jahr zwar eine Reihe recht guter Langspielplatten im Rock- und Pop-Bereich, aber innovativ waren sie kaum. Dafür erschienen jetzt zwei Alben, die sich mit diesem Prädikat schmücken dürfen. Die LP „Synchronicity" (A&M 63 735) des englischen Rock-Trios „Police" und „Duck Rock" (Phonogram 810 432) des Amerikaners Malcolm McLaren.

Das Cover von „Police" zeigt die Band auf irrwitzigen, handkolorierten Fotos: Sänger Sting steht inmitten von Skeletten. Das Auge vom Gitarristen Andy Summers dient als Gewicht auf dem Zeiger eines Metronoms. Schlagzeuger Stewart Copeland schließlich reitet auf einem Ziegenbock, mit einem Polo-Schläger in der linken Hand.

Was hier optisch Neugierde und Erwartung verschafft, hält die Gruppe akustisch auf den zehn Titeln dieser LP: Toningenieur Hugh Padgham zeigt sich als Meister der Studio-Technik. Das Schlagzeug klingt offen, ohne Soundkosmetik. Stings Stimme, die in den letzten beiden Jahren ohnehin an Expressivität und tonaler Vielfalt gewonnen hat, steht in einem nur in Millisekunden verzögernden Delay präsent im Gesamtsound.

Viel Wirkung erzielen sicherlich das geschickte kontrapunktische Arrangement der Keyboards und der Hamonie-Gesänge sowie die zum Teil verwirrenden, dennoch kompakten Polyrhythmen. Beim Up-Tempo-Titel „Sychronicity" erzeugen versetzte Vokal-Akkorde mit ostinaten, glockenartig klingenden Synthesizer-Figuren im 16tel-Rhythmus Spannung und interessante tonale Reibungen.

Noch experimenteller wird die Gruppe bei „Walking In Your Footsteps", wo Tabla-Rhythmen und weit im Echo liegende Gitarren- und Keyboard-Sounds zu einer mystischen Klangebene verschmelzen. Der Titel „Mother", mit chromatischen Gitarren-Skalen, beeindruckt durch den Text, der, im Rezitativ vorgetragen, geradezu unerträglich realistisch wirkt. Sein Inhalt im übertragenen Sinn: „Wenn eine Frau den Mann im Manne zerstört, muß sie sich nicht wundern, wenn sie ihren Sohn oder Vater neben sich hat."

„Duck Rock" präsentiert eine ausgebuffte musikalische Synthese. Er verwendet folkloristische Elemente aus Kuba, Peru, den Appalachen, der Dominikanischen Republik, von den Zulus und aus der New Yorker Bronx und kleidet sie in ein hartes rockiges Gewand. Produzent Trevor Horn hat diese Idee geschickt aufgegriffen und im Studio zu einem impulsiven, vor Lebensfreude strotzenden Schmelztiegel-Sound zusammengeschmolzen.

Zwischen den einzelnen Songs erklingen Fragmente aus der New Yorker Radio-Show „World Famous Supreme Team", in dem Telefongespräche mit den Hörern geführt werden.

Der Square-Dance „Duck For The Oyster" und „I'm A Sex-Pistols-Man" sind aufgrund ihrer Tanzbarkeit und ihrer erdigen Passion die herausragenden Titel dieses insgesamt sehr vergnüglichen Albums.

THOMAS OLIVIER

Einziges deutsches Theater in Tokio: Die Studiobühne des Edward Jansen

Bonn führt in Tokio heimlich Regie

In Tokio hat sich eine deutsche „Wanderbühne" eingerichtet, die in ihrer Art einzigartig ist: Sie zieht – allerdings jeweils erst nach Jahren – von Land zu Land und Kontinent zu Kontinent. Ihr jeweiliger Standort ist von den Zufällen der Berufslaufbahn des Gründers, Edward Jansen, abhängig. Er ist nämlich Diplomat und als solcher dem turnusmäßigen Standortswechsel ausgesetzt.

Die Jansensche „Studiobühne" führt immer neue Laien zusammen, die aus Spaß am Theater ohne Gage mitmachen. Josefine („Jo") Jansen ist die einzige im Ensemble, die eine abgeschlossene Schauspielausbildung vorzuweisen hat. Sie studierte im Max-Reinhardt-Seminar in Schönbrunn bei Wien und wurde später an das städtische Schauspielhaus in Nürnberg verpflichtet. Der 62jährige Attaché Jansen, gebürtiger Danziger, wollte eigentlich Sänger (Heldentenor) werden. Nach zweijähriger Ausbildung im Konservatorium seiner Heimatstadt kam aber der Krieg dazwischen und brach diese Laufbahn jäh ab.

Die Geburtsstunde der „Studiobühne" schlug 1961, als Jansen, inzwischen Diplomat und verheiratet, an die deutsche Botschaft im liberianischen Monrovia versetzt wurde. Im Land, „wo der Pfeffer wächst", fand dann mit Molières „Der Geizige" die erste Premiere statt. Präsident Tubman half dem bühnenmäßig wirksamen Stück eigenhändig auf die Sprünge: Er stellte sein prächtiges Privattheater zur Verfügung und erschien persönlich zu zwei Aufführungen. Auf dem Programm stehen seither überwiegend anspruchsvolle Boulevardstücke, aber auch die kostümaufwendigen Hans-Sachs-Spiele und Alois Lippls „Totentanz". Weitere Stationen der „Studiobühne" waren Paris und anschließend der Kongo (Kinshasa). Als Laienspieler beteiligten sich dort neben Deutschen auch Flamen, Schweizer und Österreicher.

1972 folgte dann als vorläufig letzter Standort Tokio. „Wir füllen eine echte Lücke", stellt Attaché Jansen fest. In der japanischen Metropole ist sonst nirgends deutsche Theaterkunst zu erleben. Mit den Jahren ist auch die Zahl der Zuschauer ständig gewachsen. Aufführungen mit 500 Besuchern, davon fast die Hälfte Japaner, sind keine Seltenheit. Jährlich kommen zwei neue Stücke mit je vier Aufführungen auf die Bühne. Jo Jansen führt Regie, entwirft die Bühnenbilder, sämtliche Kostüme und ist auch für die Masken verantwortlich.

Alle Mitglieder haben ihre „bürgerlichen Berufe und müssen das viermonatige Rollenstudium einschließlich eines Schnellkursus in der Schauspielkunst von ihrer Freizeit opfern. Da viele der Mitspieler nur zwei bis drei Jahre am Ort bleiben, vollzieht sich im Ensemble ständig ein Wechsel. Einmal mußte sogar ein Stück nach fast dreimonatiger Einstudierzeit abgesetzt werden, weil drei der Hauptdarsteller kurzfristig versetzt wurden. Der heimliche Disponent sitzt also in Bonn.

Da Edward Jansen in drei Jahren in Pension geht und das Auswärtige Amt beschlossen hat, ihn bis dahin am Platz Tokio zu lassen, wird das japanische Gastspiel der „Studiobühne" noch bis 1986 dauern. Danach werden sich die Gründer der Bühne nach München zurückziehen. Sie wollen aber schauspielerisch aktiv bleiben. „Vielleicht wird man dort am Theater auf uns aufmerksam", sinnt Edward Jansen.

FRED de la TROBE

Für seine Kunst scheute er keinen Skandal – Zum Tode von Werner Egk

Beizeiten Ablaß für die Weibsteufel

Seine kühnste Oper komponierte Werner Egk, als andere sich duckten: „Peer Gynt", uraufgeführt 1938. Zwei Jahre zuvor hatte er bei der Berliner Olympiade eine Goldmedaille für seinen Beitrag zur Festmusik erhalten. Das gab ihm Spielraum, den er prompt ausnutzte. Er stieß in seiner Tonsprache vor in die radikale, verpönte Modernität. Ein Hin und Her von Verboten und Bewilligungen der Aufführung setzte ein. Kompromisse waren Egks Sache nicht.

Als nehme er den – übrigens angenommenen – Namen als Omen, war Werner Egk ein Meister des Aneckens. Der noch ganz jungen Bundesrepublik bescherte er den ersten Kunstskandal: sein „Faust"-Ballet „Abraxas". Kardinal Faulhaber und Bayerns Kultusminister Hundhammer setzten ein Verbot des Werks in München durch – wegen der erotisch zu deutlichen Szenen der Weibsteufel aus Mephistos Reich. Was in Bayern verboten war, war in Berlin erlaubt. Die Berliner Truppe reiste mit dem „Abraxas" ausdauernd durch Westdeutschland, profitierte von dem Skandalrummel. Werner Egk war in aller Munde.

Als die Bayerische Staatsoper in München zu Egks 75. Geburtstag den „Revisor" einstudierte und den Meister selbst ans Pult gebeten hatte, warf er nach zwei Aufführungen den Kram hin. Auf seine schon während der Proben geäußerten Einwendungen gegen die Regie war niemand eingegangen. Scharfsichtig wehrte er als einer der ersten den Verfremdungen der Opern durch Regisseure.

Die Streitbarkeit war ein Wesenszug von Egk seit Kindesbeinen, wie man in seiner Autobiographie „Die Zeit wartet nicht" nachlesen kann. Da gibt es etwa die Episode, wie er auf einem Besorgungsgang Ablaß für zehntausend Jahre Fegefeuer erbetet hat: Kindliche Rache an einem religiösen System, das in seiner bayerisch-schwäbischen Heimat zwischen Donauwörth, wo er 1901 geboren wurde, und Augsburg, wo er das Gymnasium besuchte, Leben und Denken bis in die Alltäglichkeiten regelte, im Haushalt eines Dorfschullehrers zumal.

Seine letzten Lebensjahrzehnte galt Werner Egk als Inbegriff eines konservativen Komponisten. Auch seine Tonsprache hatte sich beruhigt, war eingeschert in das, was Egk für die bleibenden Werte der Musik hielt: Tonalität und handwerkliche Meisterschaft. Wäre das nicht die Ausnahme in der Neuen Musik gewesen, Egk hätte wahrscheinlich ganz anders geschrieben. Er fühlte sich wohl, wenn er gegen den Stachel löcken konnte.

Dabei war er ein Grandseigneur unter den Komponisten, ein Herr des gepflegten und gebildeten Umgangs, leidenschaftlicher Antiquitätensammler, literarisch nicht minder begabt denn als Komponist. Sein Haus in Inning am Ammersee war ein Zentrum bayerischen Geisteslebens. Denn streitbar war er nur in bezug auf seine eigene Person. Was andere taten und trieben, besah er mit Wohlwollen und Toleranz, solange es sein eigenes Leben und Schaffen nicht tangierte.

Als Komponist ist Werner Egk nicht leicht einzuordnen. Er nahm von Strawinsky die vitale rhythmische Kraft, von den impressionistischen Franzosen die Subtilität der klanglichen Wirkungen. Aber er vermählte beides mit bodenständig süddeutschen Elementen, Beharrlichkeit in der Form, einer gewissen Schwere im Stil. Wäre die Entwicklung der neuen Musik anders gelaufen, Egk wäre wahrscheinlich zum Begründer einer spezifisch deutschen Musikmoderne geworden. Tatsächlich erklangen seine Kompositionen Anfang der fünfziger Jahre in Darmstadt. Den dort eingeschlagenen Weg der Vergötterung der Dodekaphonie und einer internationalistischen Atonalität mochte er nicht mitgehen. Egk blieb künstlerisch ohne Erben – ähnlich seinem zeitweiligen Lehrer Carl Orff.

Eine ganze Reihe seiner Bühnenwerke hat sich noch recht fest im Repertoire einbürgern können. Seine Ballette „Joan von Zarissa" und „Abraxas" sind wohl die kraftvollsten musikalischen Beiträge Deutschlands zum Tanztheater. Seine Oper „Die Zaubergeige" von 1935 erlebte mehr als hundert Inszenierungen. „Der Revisor" ist kaum weniger erfolgreich. Um den „Peer Gynt" kümmern sich die Opernhäuser neuerdings wieder verstärkt.

Es entsprach Egks forderndem Naturell, sich aus der Musikadministration nicht herauszuhalten. Er übernahm 1941 die Leitung der Fachschaft Komponisten in der Reichsmusikkammer, eine Position, die hauptsächlich in der Interessenvertretung der Komponisten in der Urheberrechtsgesellschaft Stagma bestand. Nach dem Krieg profitierte dann die Gema von Egks Erfahrungen und Engagement. Jahrelang war er Vorsitzender von deren Aufsichtsrat.

Aber auch das Ausbildungswesen lag ihm am Herzen. Egk leitete als Direktor die Musikhochschule in West-Berlin in der ersten, schwersten Nachkriegszeit. Als er das Haus bestellt hatte, Hochschulsatzung, Studienordnung und der Konzertsaal in der Hardenbergstraße unter Dach waren, ging er nach München zurück.

Das Theater ist mehr sein Metier gewesen als der Konzertsaal. Die meisten seiner Orchesterkompositionen sind Studien oder Paraphrasen über seine Musik fürs Theater. Das kannte er gleichsam von der Pike auf. Nach den Lehr- und Wanderjahren – mit einem langen, künstlerisch nachwirkenden Italienaufenthalt – holte ihn Tietjen als Kapellmeister an die Berliner Staatsoper, just nachdem ihm die bayerischen Nazis den Rundfunk verboten hatten, für den er als Komponist Pionierdienste leistete, bis hin zur ersten Rundfunkoper, „Columbus".

Auf einer Pressekonferenz vor der Berliner „Peer Gynt"-Uraufführung wurde Egk gefragt, wie er sich das Kostüm seines Obertrolls vorstelle. Die Antwort: „Stecken Sie einen fetten Statisten in Generalshosen, ziehen Sie ihm ein Netzhemd über und dekorieren Sie das mit einer Menge Orden und Ehrenzeichen, dann haben Sie ein perfektes Kostüm!"

Seit dem Tode seiner Frau Elisabeth 1978 war Werner Egks Lebens- und Schaffenswille gebrochen. Am Sonntag ist er, wie in einem Teil unserer gestrigen Ausgabe bereits vermeldet, in seinem Haus in Inning gestorben.

REINHARD BEUTH



Komponist ohne Erben: Werner Egk (1901–1983) FOTO: DPA

JOURNAL

Ägyptische Sammlung im Metropolitan Museum

AFP, New York

Nach 25jähriger Vorbereitungszeit kann das New Yorker Metropolitan Museum nun seine Abteilung für ägyptische Kunst präsentieren. Die Sammlung umfaßt rund 40 000 Objekte und steht damit nach den altägyptischen Kunstschätzen von Kairo an zweiter Stelle in der Welt. Die Ägypten-Abteilung, ein wahres Museum im Museum, ist chronologisch geordnet. Der Bogen überspannt die Zeit von 30 000 v. Chr., aus der die ersten Spuren menschlicher Siedlungen am Nil stammen, bis zum Beginn des achten nachchristlichen Jahrhunderts. Der Grundstein für die Sammlung wurde 1874 gelegt und konnte 1895 erweitert werden, als sich das Museum anbot, die von britischen Archäologen vorgenommenen Ausgrabungen in Ägypten mitzufinanzieren. Ab 1906 führte das Museum seine eigenen Ausgrabungen durch.

Erster polnischer Salon sakraler Kunst

J. G. G. Warschau

In Warschaus Innenstadt ist auf Initiative des erzbistümlichen Museums, des Lehrstuhls für sakrale Kunst an der Theologischen Katholischen Akademie und der kirchlichen Firma „Veritas" der erste „Salon sakraler Kunst" Polens eröffnet worden. Der Salon verkauft alle Sparten sakraler Kunst bis hin zum Schmuck und soll zeitgenössische Künstler fördern. Gleichzeitig wurde bekannt, daß die Kirche an Maler und Bildhauer, die wegen ihrer oppositionellen Haltung in Not geraten sind, zahlreiche Aufträge vergeben hat.

Richard Riemerschmids Werk jetzt in Köln

DW. Köln

Die Ausstellung „Richard Riemerschmid – Vom Jugendstil zum Werkbund", die zuerst in München (s. WELT v. 9. 12. 82) und Nürnberg gezeigt wurde, ist jetzt in der Kölner Josef-Haubrich-Kunsthalle zu sehen. Sie stellt einen Künstler vor, der aus dem Historismus zu neuen ästhetischen und moralischen Grundsätzen in der angewandten Kunst fand und sich als Entwerfer von Möbeln und Gebrauchsgegenständen einen Namen machte. Die Ausstellung ist bis zum 7. August zu sehen. Der Katalog kostet 36 Mark, im Buchhandel (Prestel-Verlag) 48 Mark.

Autorenwettbewerb für Jugendtheater

DW. Schwäbisch Gmünd

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendtheater Baden-Württemberg in Schwäbisch Gmünd hat zum dritten Mal einen „Autorenpreis für das Jugendtheater" ausgeschrieben. Der Preis wird vom Land Baden-Württemberg mit der Summe von 12 500 Mark dotiert. Das prämierte Stück soll an einer der drei Landesbühnen 1984/85 uraufgeführt werden. Gesucht wird ein Theaterstück, dessen Thema Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren anspricht. Einsendeschluß ist der 20. Aug. 1983. Informationen: Kultur- und Informationsamt der Stadt Schwäbisch Gmünd, Postfach 1960, 7070 Schwäbisch Gmünd.

Ballett und Oper auf den Lerins-Inseln

AFP, Cannes

Ballettwerke und eine Oper stehen auf dem Programm bei den diesjährigen „Nächten von Lerins", die vom 16. Juli bis 6. August stattfinden. Veranstaltungsort für das Festival ist die Festung auf der Ile Saint Marguerite, der größten der vor Cannes gelegenen Lerins-Inseln. Es produzieren sich das „Nederland Dans Theater", das unter der Leitung von Jiri Kylian und Christopher Bruce sechs verschiedene Ballettwerke zeigt, sowie Startänzer vom Moskauer Bolschoi-Ballett, des Leningrader Kirow-Balletts und der Opern von Kiew und Tiflis. In der Abteilung Oper gibt es „Mireille" von Charles Gounod, die in der Inszenierung des ins Regiefach übergewechselten Baritons Gabriel Bacquier gespielt wird.

Wolfang Lukschy †

Wolfgang Lukschy ist nach langem Leiden in Berlin, 78jährig, verstorben. Er war ein so prächtiger, handfester Schauspieler. Er hatte bei Paul Bildt gelernt, war, der unverwechselbare Berliner, über Hannover, Königsberg und Würzburg an die Spree schon Anfang der vierziger Jahre zurückgekehrt. Er spielte den Tellheim, aber auch den Berliner „Nante" von Brennert mit Kraft und erstaunlichem Humor. Lukschy war am Deutschen Theater engagiert, am Schiller-Theater, er hat frei weg und mit seiner Art kerniger Natürlichkeit auch an ziemlich allen anderen Bühnen dieser Stadt gespielt. Der Film entdeckte ihn früh. Er verfügte über einen lustigen Realismus. Er konnte sehr komisch sein und konnte mühelos eine elegante Ruppigkeit bewirken. Er war überaus gesellig. In Hans Scholz' Berliner Roman „Am grünen Strand der Spree" kommt Lukschy deutlich und ausführlich vor. Er sprühte von Anekdoten. Er hat in der Düsternis der Synchronisationsindustrie seine kräftige Stimme fast allen amerikanischen Haudegen und Westernhelden geliehen. Er war ein Stück Berlin, wortschnell, witzig, handfest und treu. Er wird fehlen.

F. L.

Protest-Pinguine schwitzten für das Ewige Eis

Zur Konferenz der Antarktis-Vertragsstaaten in Bonn demonstrierte „Greenpeace" gegen Ausbeutung des Südpols

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Beenden Sie Ihre Geheimniskrämerei – Sie verhandeln über die Zukunft eines Territoriums, daß Ihnen nicht gehört, sondern der gesamten Menschheit!" Diesen Ruf richtete die Umweltschutz-Organisation „Greenpeace" gestern in Bonn an die dort bis zum 22. Juli tagenden Repräsentanten der 14 Antarktis-Vertragsstaaten. Der geplanten wirtschaftlichen Ausbeutung des Südpols setzen 120 weltweit aktive Umweltschutz-Vereinigungen, die sich unter dem Namen „Antarctic and Southern Ocean Coalition" (ASOC) zusammengeschlossen haben, die Forderung nach einem geschützten „Weltpark Antarktis" entgegen.

Erste Opfer des „Regimes" für die unter dem Eis lagernden Bodenschätze, über das man sich bei den Konsultationen der 14 Staaten in Bonn einigen will, waren sechs als Pinguine verkleidete Jugendliche, die „Greenpeace" in Bonn mit Spruchbändern gegen die Konferenz einsetzte, die aber von den herrschenden Außentemperaturen in ihrer dicken Vermummung besiegt wurden. Organisations-Sprecher Roger Wilson überbrachte der Konferenz in Bonn eine Botschaft, in der unter anderem eine „ausführliche Debatte" über die geplante wirtschaftliche Nutzung des Südpols vor den Vereinten Nationen gefordert wird. Es gehe nicht an, daß ein „erlauchter Club" von ausschließlich Regierungsvertretern über die Zukunft eines Zehntels der Erdoberfläche befänden.

Aus diesem Grunde nimmt sich ASOC die Freiheit, in einer Sonderbroschüre den vollen Text für eine zukünftige Organisation der Arktisausbeutung zu veröffentlichen. Es handelt sich dabei um die Niederschrift des Neuseeländers Chris Beeby, der als Vorsitzender einer dem Bonner Treffen vorangegangenen Konferenz der 14 Staaten in Wellington fungierte. Seine Aufzeichnungen sind nach Ansicht der Umweltschützer der Beweis dafür, daß für die Arktis politische Zweckmäßigkeit über vernünftiges Management gesiegt habe. Das für Umwelt und Forschung gedachte Beratungs-Komitee sei die „impotenteste Institution", Entscheidungen könnten hier nicht getroffen werden.

Die ASOC befürchtet nach den Worten ihrer Sprecher, daß die wirtschaftliche Nutzung der Südpol-Bodenschätze der Tierwelt ihre lebensnotwendigen nicht eisbedeckten Landflächen nehmen werde. Ein Unfall beim Ölabtransport, etwa durch Auflaufen eines Schiffes auf einen Eisberg, würde „kaum faßbare Folgen" haben. 90 Prozent der Süßwasservorräte unserer Erde lagerten dort „am Ende der Welt" in Form der mächtigen Eiskappe. Das „letzte intakte Ökosystem" zeige jetzt schon Spuren von Zivilisationskrankheiten: In den Körpern von Pinguinen, etwa 80 Millionen unter 100 Millionen Vögeln der Antarktis, habe man Rückstände von Insektenvertilgungsmitteln gefunden.

Die Eile, mit der der „Club der 14" jetzt verhandele, hat nach „Greenpeace" den Grund, daß ein Antrag Malaysias auf dem Tisch der UNO liege, die Antarktis, die aufgrund des von 27 Ländern unterzeichneten Vertrages von 1959 „niemand gehört", auch den Dritte-Welt-Ländern zugänglich zu machen. In den Club der Länder, die das verhindern wollten, wird auch die Bundesrepublik Deutschland einbezogen: Bonn habe nicht umsonst 350 Millionen Mark in die Antarktisforschung gesteckt – sagt ASOC.

„Man reagiert schon mal blöde, manchmal auch falsch"

Todesschuß nach Einbruch: Berliner Polizist muß sich wegen fahrlässiger Tötung eines Schülers vor Gericht verantworten

F. DIEDERICHS, Berlin

„Warum haben Sie keine Taschenlampe auf dem dunklen Hinterhof benutzt?" Zu dieser Frage des Rechtsanwaltes, der als Nebenkläger die Angehörigen des erschossenen 18jährigen Berliner Schülers Andreas Piber vertritt, findet der wegen fahrlässiger Tötung vor Gericht stehende 26jährige Polizeiobermeister Jörg Rosentreter keine rationale Erklärung. „Man reagiert schon mal blöde, manchmal auch falsch."

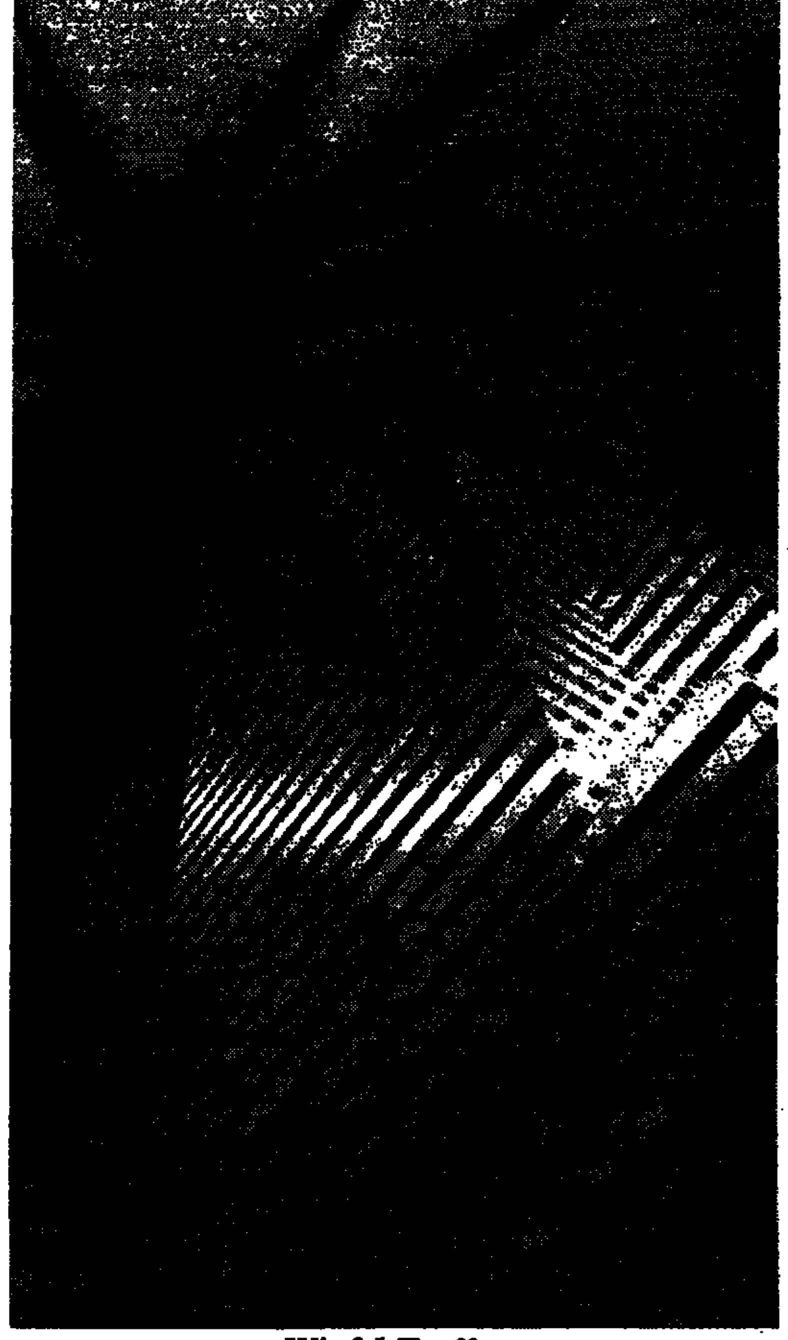
Die Reaktionen eines unter höchster Nervenanspannung stehenden Polizeibeamten in die Kategorien „falsch", „richtig" oder in das weite Feld zwischen diesen Bewertungen einzustufen, versuchen seit gestern die Richter und Schöffen einer Kammer des Berliner Kriminalgerichtes. Drei Verhandlungstage sind angesetzt für das Drama, das sich am 22. November vergangenen Jahres auf dem Hinterhof eines Ladens im Bezirk Schöneberg abspielte: Der Polizeiobermeister Jörg Rosentreter wird mit einem Kollegen zu einem Einbruch gerufen. Als der Beamte mit entsicherter Pistole den dunklen Hof hinter dem Geschäft betritt, sieht er eine Person, die sich an einer Mauer hochzieht. Er ruft: „Halt, Polizei, stehenbleiben", die Person – der 18jährige schmächtige Junge Andreas – wendet sich daraufhin, auf der Mauerkrone sitzend, dem Polizisten zu, dieser fühlt sich „durch einen Gegenstand in der Hand der Person" bedroht und schießt.

Ein Warnschuß war es nicht, das wird den Zuschauern im überfüllten Sitzungssaal 501 klar, als der Vorsitzende Richter versucht, die Sekundenbruchteile vor dem verhängnisvollen Schuß, der den nur 1,65 Meter großen jungen Mann in die Wirbelsäule trifft und verbluten läßt, zu ergründen. „Ich hatte Angst um mein eigenes Leben, ich dachte, der wollte mir was", gibt der Polizeibeamte vor Gericht zu Protokoll. Der Richter: „Haben Sie gezielt?" Der Angeklagte: „Nein, wir kennen bei der Polizei den Notwehrschuß ohne lange zu zielen." Der Richter: „Ja, aber wonach richten Sie sich bei so einem Schuß?" Der Angeklagte: „Nach der Richtung, aus der wir uns bedroht fühlen."

Bedroht fühlte sich Jörg Rosentreter, nachdem er auf den dunklen Hof gelaufen war, dabei die Dienstpistole aus dem Holster verloren hatte und sie wieder aufheben mußte, von einem „Gegenstand" in der Hand des Jungen. Dieser Gegenstand, den Rosentreter für eine Schußwaffe hielt, könnte ein Schraubenzieher gewesen sein – dieses Werkzeug fand sich am Tatort, es ließ sich aber nicht rekonstruieren, ob Andreas Piber den Schraubenzieher in der Hand hielt.

Der Vorsitzende Richter zweifelt die Darstellung des Todesschützen an und verweist auf die 2,20 Meter hohe Mauer. „Da ist es doch unwahrscheinlich, daß der Junge noch etwas in der Hand hielt, als er sich hochzog", fragt er den Angeklagten, der den Schuß aus drei bis vier Metern Entfernung abfeuerte. „Ich konnte es im Dunkeln nicht so genau sehen, da mir der Junge ja zuerst den Rücken zudrehte", erklärt Rosentreter dazu.

Nur der Angeklagte selbst kann die Umstände des verhängnisvollen Schusses rekonstruieren – der Polizeibeamte, der mit ihm „auf Streife" fuhr, verschloß gerade den Funkwagen, als Rosentreter den Einbrecher stellte. Der Richter fragt: Ob es üblich sei, daß bei derartigen Einsätzen ein einzelner Polizist an den vermeintlichen Tatort gehe? „Nein", sagen sowohl der Angeklagte wie auch sein Streifenkollege aus, „eigentlich sollten ja beide gehen."



Wipfel-Treffen
In Los Angeles fotografiert von MANFRED GROHE

Hitzewelle stellt Spanien in den Schatten

dpa/AP, Hamburg

Deutschland schwitzt von Nord bis Süd. Und es bleibt weiter heiß. Gestern erreichten die Temperaturen bei sengender Sonne bis zu 34 Grad. Es war damit wärmer als an den Stränden Spaniens und Italiens. Mitte der Woche wird es zwar etwas wolkiger und kühler, weil sich das Skandinavien-Hoch abschwächt. Aber das ist nur ein erfrischendes Zwischenspiel. Ein neues Hoch „baut sich bereits auf", heißt es in der „heißen" Prognose des Deutschen Wetterdienstes in Offenbach. Die Hitzewelle hat auch die ersten Rekordmarken dieses Sommers gesetzt. In einer Wochenendbilanz meldeten die Badeämter gestern Besucheranstürme von in diesem Jahr noch nicht gekanntem Ausmaß. 127 000 Besucher tummelten sich allein in den Hamburger Freibädern. Auch die Getränkeindustrie durfte zufrieden sein. Allerdings ist Alkohol an heißen Tagen immer weniger gefragt. Als Verkaufsschlager erwies sich dagegen Mineralwasser, das die Süßgetränke in dieser Saison zu überholen scheint. In den Frankfurter Schwimmbädern drängten sich am Wochenende rund 40 000 Badegäste, 38 000 waren es in Stuttgart allein am Sonntag, in München sogar 46 000.

„Luxusstrafe" für Ohrfeige

Pol. Wien

Zu einer Geldstrafe von 86 000 Mark verurteilte ein Richter des Wiener Landgerichts einen 40jährigen Kaufmann wegen Körperverletzung. Der Mann hatte seiner Freundin bei einer Ohrfeige das Nasenbein gebrochen. Die Frau hatte ihren ehemaligen Freund nur auf ein Schmerzensgeld von 150 Mark verklagt, der Richter bestand aber auf einer derartigen „Luxusstrafe". Der Angeklagte hatte sein Jahreseinkommen mit 1,2 Millionen Mark angegeben.

Todesschuß nach Notdurft

AFP, Paris

Weil ein 32jähriger Mann gegen ein Auto urinierte, wurde er im Pariser Vorort Saint-Ouen von dem Besitzer des Fahrzeugs erschossen. Der Täter hatte das Opfer bei dem „Geschäft" überrascht und eine Pistole vom Kaliber 6,35 gezogen. Er gab mehrere Schüsse auf den „Täter" ab, der tödlich getroffen zusammenbrach. Der Schütze wurde gestellt.

Zwei Psychiater verurteilt

SAD, San Diego

Zwei Psychiater aus San Diego (US-Bundesstaat Kalifornien), die einen Patienten als manisch-depressiv anstatt paranoid-schizophren klassifiziert hatten, müssen für ihre Fehldiagnose mehr als 300 000 Mark bezahlen. Ihr Patient wird beschuldigt, in Acapulco einen Mann erstochen zu haben. Ein Gericht in San Diego wies den beiden Psychiatern nach, daß sie bei ihrer Beurteilung Diagnosen anderer Psychiater über das Verhalten eines 32jährigen Amerikaners außer Acht gelassen hatten. Danach war der Mann als gefährlich eingestuft worden.

12jähriger Pilot

dpa, Oslo

Zwei Jungen im Alter von zwölf und 15 Jahren entwendeten am Sonntag bei dem Luftsportclub Hattfjelldal in Nordnorwegen eine Privatmaschine vom Typ „Cessna 172" und machten damit eine „Spritztour". Die beiden Jungen, die angeblich keine Flugerfahrung haben, setzten das Flugzeug nach dem Ausflug heil wieder auf. Gesteuert soll es der Zwölfjährige haben.

Wahrscheinlich zwei Opfer

dpa, Hamburg

Bei dem Großbrand in der Hamburger Oelmühle AG, der am Samstag durch eine Explosion entstanden war, sind vermutlich zwei Menschen ums Leben gekommen. Während ein 62jähriger Arbeiter 24 Stunden nach dem Unglück im Krankenhaus starb, wurde ein 49 Jahre alter Arbeiter auch gestern noch vermißt. Elf Personen wurden verletzt.

Fünflinge in Saloniki

AP, Saloniki

In einem Krankenhaus in Saloniki hat die 31 Jahre alte Hausfrau Maria Golidopoulou Fünflinge, drei Jungen und zwei Mädchen, zur Welt gebracht. Die Mutter war im siebten Monat der Schwangerschaft. Die Babys wogen zwischen 1050 und 1500 Gramm. Dem schwächsten Kind geben die Ärzte kaum eine Überlebenschance. Die Fünflinge sind die ersten Kinder der Mutter, die sich einer Hormontherapie unterzogen hatte.

Drogenrazzia in Washington

dap, Washington

Bei einer Fahndungsaktion der Polizei nach Drogenhändlern in Washington sind während des Wochenendes 286 Personen festgenommen worden. Mehrere Stunden lang hatten Polizeibeamte ganze Straßenblocks abgesperrt und Autofahrer sowie Passanten kontrolliert. Mit der Razzia sollte vor allem der zunehmende Kleinhandel auf den Straßen unterbunden werden.

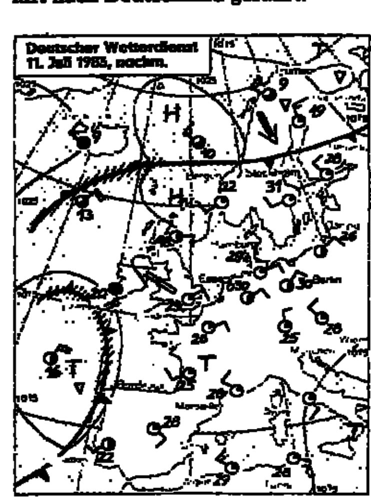
LEUTE HEUTE

Freds Vorliebe

In London wurde der arbeitslose Autohändler **Fred Monkhouse** wegen fünffacher Bigamie zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Er hatte es fertiggebracht, innerhalb von zwölf Jahren sechs Frauen zu heiraten, ohne von der ersten geschieden zu sein. Der Staatsanwalt bescheinigte ihm „eine außergewöhnliche Vorliebe für das Heiraten".

Neue Flamme

Der neueste „Dallas"-Star: **Priscilla Presley** (37), die Ex-Frau des toten Rock-'n'-Roll-Kaisers Elvis, die ansehnliche Priscilla, steht als



Jenna Wade vor der Kamera – eine alte Flamme von Bobby Ewing, die erneut auflodert und die Pam (**Victoria Principal**) in neue Ehekrisen stürzt.

Genosse Charles

Überraschende Begrüßung für **Prinz Charles**. Als der britische Thronfolger in London der Technikergewerkschaft einen protokollarischen Besuch abstattete, ernannte ihn Generalsekretär **Terry Duffy** zum „Shop Steward", zum Betriebssekretär, ehrenhalber. Das Pikante: Just die „Shop Stewards" sind in England für die Anzettelung der wildesten Streiks bekannt.

Streit um große Pläne an der Seine

Nach Abschied von Weltausstellung jetzt Olympische Spiele?

JOCHEN LEIBEL, Paris

Frankreich, das sich gern als die „Grande Nation" bezeichnet, hat Probleme mit den großen Dingen. Gerade erst wurde die Idee einer milliardenteuren Weltausstellung 1989 abgeschmettert – aus Geldmangel –, da präsentiert man den Galliern schon ein neues Super-Projekt: Die Olympischen Spiele von 1992 sollen in Paris stattfinden.

Der Pariser Bürgermeister Jacques Chirac, von der sozialistisch-kommunistischen Regierung Frankreichs als „Killer der Weltausstellung" beschimpft, hat wie ein Zauberer die Idee der Olympischen Spiele aus dem Ärmel geholt. „Das könnte fast genauso spektakulär werden wie die abgesagte Weltausstellung, würde aber viel billiger", erklärte er seinen verblüfften Landsleuten. Als Beweis dafür führte er an, die meisten sportlichen Einrichtungen für ein derartiges Mammut-Sportfest seien schon vorhanden.

Das Projekt Olympische Spiele ist die zweite Phase eines „Kampfes der Titanen", den sich Staatschef Mitterrand und Oppositionschef Chirac seit Monaten liefern. Mitterrand wollte mit einer sozialistisch gefärbten Weltausstellung seine Amtszeit glorreich abschließen. Chirac möchte mit Olympischen Spielen in seiner Stadt seinen Ruf als „Macher" festigen.

Mitterrand, als Staatspräsident mächtigster Mann des Landes, war als erster am Zug. Sein Duzfreund Gilbert Trigano, Erfinder des „Club Mediterranée", wurde mit der Ausarbeitung des Projekts beauftragt. Doch auch Chiracs Freunde blieben nicht untätig. Sie versuchten, das „Projekt Weltausstellung" zu torpedieren und suchten deshalb nach Schwachstellen.

Angesichts echter Finanzierungsprobleme – Frankreich ist schwer verschuldet – und der offenen Opposition Chiracs gegen die Weltausstellung warf Mitterrand in der vergangenen Woche das Handtuch: Weltausstellung ade.

Nun war Jacques Chirac mit dem Olympia-Vorschlag am Zuge. Seine Mitarbeiter: „Die Vorbereitungsarbeiten sind schon fast abgeschlossen." Ob es allerdings tatsächlich zu einem Mammutsportfest im Jahr 1992 an der Seine kommt, ist mehr als fraglich. Welt-



Holte einen neuen Vorschlag aus dem Ärmel: Jacques Chirac FOTO: DPA

ausstellungs-Verlierer Mitterrand wird alles daransetzen, nun seinerseits Chirac schachmatt zu setzen. Ohne Hilfe des Staates können die Spiele nicht organisiert werden, diese Subventionen aber werden nicht kommen.

Mitterrand allerdings muß nicht einmal – wie Chirac das getan hat – „nein" sagen. Es reicht, die Antwort nur hinauszuzögern. Die Zeit nämlich arbeitet gegen Chirac. Spätestens im kommenden Monat müßte die Stadt Paris ihre Kandidatur samt einem detaillierten Plan beim Internationalen Olympischen Komitee einreichen. (SAD)

Moschee macht Rom zum Mittelpunkt für Moslems

Araber gewinnen jahrelange Auseinandersetzungen

KLAUS RÜHLE, Rom

Nach jahrelanger Polemik wird Rom endlich eine Moschee mit allem Zubehör bekommen. Zubehör, das heißt außer dem Gebetssaal (42 mal 42 Meter, genau wie das Haus des Propheten Mohammed) eine Aula mit 500 Plätzen für Konferenzen und andere Veranstaltungen, ein Studentenheim mit 60 Betten, Büros und Verwaltungsräume, ein Studien- und Forschungszentrum, Säle für Hochzeitszeremonien, ein Presseamt, eine Bibliothek mit 200 Plätzen, ein Ambulatorium und eine Garage für 50 Pkw.

Mit dem Bau der Moschee wird im September begonnen. Die Kosten des Komplexes liegen bei 50 Millionen Mark. Die Hälfte dieser Summe steht bereits zur Verfügung. Finanziert wird der Kolossalbau von den 24 Staaten, die das islamische Zentrum in Rom bilden. Dieses Zentrum betreut die in Italien lebenden rund 100 000 Araber – davon allein 40 000 in Rom – und sieht nun nach jahrelangem Ringen in absehbarer Zeit den Traum einer eigenen Moschee verwirklicht.

Begonnen hat es vor neun Jahren, als König Feisal der römischen Regierung nahelegte, den Mohammedanern in Italien die Errichtung eines Gebetshauses zu ermöglichen. Es war die Zeit der großen Erdölkrise. Man hatte deshalb in Rom alles Interesse daran, den arabischen Wünschen nachzukommen und sicherte dem Plan volle Unterstützung zu.

Nachdem das anfängliche Veto des Vatikans zurückgezogen worden war, schien einer Verwirklichung des Planes denn auch nichts mehr im Wege zu stehen. Die Stadt Rom versprach, eigenen Grund und Boden zur Verfügung zu stellen. Trotzdem dauerte es weitere sechs Jahre, bis die Gegner des Projektes die Waffen streckten und die Polemik gegen den Bau der Moschee verebbte.

Die Angriffe, in erster Linie von der umweltschutzbeflissenen und patriotischen Vereinigung „Italia Nostra" genährt, richteten sich vornehmlich gegen den Bauort im Nordosten Roms unweit der Via Salaria und Via Olimpica, in unmittelbarer Nähe des Waldhügels Monte Antenne. Die Gegner der



Gab grünes Licht für die Moschee in Rom: Ugo Vetere FOTO: UPI

Moschee, vom islamischen Zentrum wiederum als Rassenhasser gebrandmarkt, sprechen von einer „Verschandelung der römischen Landschaft".

Am Ende aber haben alle bürokratischen Winkelzüge, Proteste und Eingaben nichts genützt: Die Moschee in der Ewigen Stadt wird gebaut. Den Ausschlag zugunsten der immer ungehaltener werdenden Forderung der 24 arabischen Staaten hat letzten Endes die feste Haltung der römischen Stadtregierung unter ihrem kommunistischen Bürgermeister Ugo Vetere gegeben.

Nasa-Studie: Wer im All wohnt, lebt länger

WOLFGANG WILL, New York

Die bisher bekannten Nachteile eines kurzfristigen Weltraumaufenthalts, wie Kalziumabbau und Muskelschwund, dürften bei einem längeren Aufenthalt in der Schwerelosigkeit durch einen lebensverlängernden Vorteil ausgeglichen werden. Da sich – auch das eine Erfahrung, die Astronauten und Kosmonauten gemacht haben – der Stoffwechsel eines Menschen im Weltraum verlangsamt, könnte das zur Folge haben, daß sich der Alterungsprozeß reduziert. Fachleute behaupten, um zehn bis 15 Prozent. Mit anderen Worten: Die Lebenserwartung, die auf der Erde bei rund 70 Jahren liegt, dürfte sich im Weltraum auf etwa 80 Jahre steigern.

Dies ist das Ergebnis einer amerikanisch-europäischen Forschungsarbeit, deren praktische Erkenntnisse auf bemannten sowjetischen und amerikanischen Unternehmen sowie Tierversuchen im Weltraum basieren. Federführend für die Studie waren Jaime Miquel, Neurologe und Gerontologe des Nasa-Forschungszentrums in Kalifornien, und Angelos Economos von der Katholischen Universität Louvain in Belgien.

Nach langem Aufenthalt . . .

Nach ihrer Ansicht wird der lebensverlängernde Weltraum-Effekt beim Daueraufenthalt in der Schwerelosigkeit erzielt. Das ist aber erst dann der Fall, wenn der Weltraum kolonisiert ist und es auf Weltraum-Stationen oder Mond- und Marsbasen außerirdische Bevölkerungszentren gibt. Es braucht seine Zeit, ehe sich der Körper an den Zustand der Schwerelosigkeit gewöhnt und jene bei kurzfristigen Weltraum-Ausflügen erkannten Nachteile adaptiert hat.

Ein „Weltraum-Mensch", so die Theorie, hat etwa ein Drittel weniger Kalorien-Bedürfnis als der „Erdenbürger", der Metabolismus (Stoffwechsel) verlangsamt sich, Muskelschwund und Mineralienverlust nehmen zu, auch der Blutdruck sinkt. Auf der Erde, so heben die beiden Wissenschaftler hervor, seien das Anzeichen für das Altern, gleichwohl aber unter den Bedingungen der Schwerelosigkeit und „Mühelosigkeit" des Lebens und Arbeitens außerhalb der Erde lebensverlängernde Faktoren.

. . . eine schwierige Rückkehr

Das alles setzt freilich den Daueraufenthalt im Weltraum voraus. Würde jedoch ein Mensch, der unter diesen Umständen 30 oder 40 Jahre gelebt hat und dessen Körper sich völlig auf die „außerirdischen Bedingungen" umgestellt hat, zur Erde zurückkehren, wäre er im höchsten Grade gefährdet. Der Kalziumverlust hätte seine Knochen beispielsweise so spröde gemacht, daß ein Finger bereits beim zu harten Anschlag einer Schreibmaschinentaste brechen könnte. Seine Muskulatur wäre so unterentwickelt, daß er nicht einmal richtig zupacken, sich kaum fortbewegen oder auf den Beinen halten könnte. (SAD)

WETTER: Heiß und sonnig

Wetterlage: An der Südflanke eines Hochs mit Kern über der nördlichen Nordsee wird sehr warme Festlandsluft nach Deutschland geführt.

Deutscher Wetterdienst 11. Juli 1983, nachm.

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 18°C. ● bedeckt ... Nebel. Sprühregen. Regen. * Schneefall. ▼ Schauer. Gebiete: Regen. Schnee. Nebel. Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Dienstag:

Gesamte Bundesrepublik und Berlin: Sonnig und trocken. Heiß mit Höchsttemperaturen zwischen 30 und 34 Grad. Nachts klar, bis zum Morgen Abkühlung auf 21 bis 16 Grad. Schwacher Wind um Nordost. Erhöhte Waldbrandgefahr.

Weitere Aussichten:

Weiterhin sonnig und heiß.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	30°	Kairo	35°
Bonn	29°	Kopenh.	27°
Dresden	26°	Las Palmas	23°
Essen	30°	London	24°
Frankfurt	27°	Madrid	28°
Hamburg	29°	Mailand	27°
List/Sylt	27°	Mallorca	22°
München	25°	Moskau	24°
Stuttgart	27°	Nizza	30°
Algier	29°	Oslo	21°
Amsterdam	30°	Paris	28°
Athen	30°	Prag	28°
Barcelona	24°	Rom	30°
Brüssel	27°	Stockholm	31°
Budapest	29°	Tel Aviv	36°
Bukarest	27°	Tunis	28°
Helsinki	28°	Wien	28°
Istanbul	27°	Zürich	25°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 5.20 Uhr, Untergang: 21.35 Uhr, **Mondaufgang:** 8.49 Uhr, Untergang 23.52.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

In Schweden gingen Abtreibungen zurück

Parlamentskommission wertet dies als Ergebnis der liberalen Gesetzgebung

R. GATERMANN, Stockholm

Die Schwangerschaftsunterbrechung ist kein Thema mehr, das in Schweden die Gemüter erhitzt. Keine Partei fordert eine Einschränkung der seit 1975 geltenden Gesetzgebung, die es der Frau in der Praxis bis zur 12. Schwangerschaftswoche freistellt, einen Eingriff vornehmen zu lassen. In Schweden wurden 1982 92 706 Kinder geboren, andererseits kam es zu 32 602 Abtreibungen, die niedrigste Frequenz seit 1974. Um diese Zahl weiter zu drücken, empfiehlt eine Parlamentskommission jetzt einstimmig, nicht das Gesetz zu ändern, sondern eine intensivere Information über die Möglichkeiten der Schwangerschaftsverhütung.

Die Kommission stellt in ihrem Bericht fest, daß die Befürchtung, der Schwangerschaftsabbruch könnte als Alternative zur Anwendung von vorbeugenden Mitteln gesehen werden, nicht eingetroffen ist, obgleich es Frauen gibt, die drei oder gar fünf Eingriffe hinter sich haben. Rein statistisch wird eine Schwedin 2,2 mal schwanger, 0,6 Prozent der Befruchtungen enden mit einem Eingriff. 1982 wurden per 1000 Frauen 19 Abtreibungen registriert, die niedrigste Zahl seit acht Jahren.

Als positive Folgen der liberalen Gesetzgebung wertet die Kommission die Tatsache, daß 95 Prozent aller Eingriffe bis zur 12. Schwangerschaftswoche vorgenommen werden, was mit den verschwundenen medizinischen und sozialen Kontrollen und der damit verbundenen Bürokratie begründet wird. Außerdem gebe es in Schweden keine illegalen Aborte mehr. Zu der rückläufigen Zahl der Schwangerschaftsabbrüche haben vor allem die jungen Mädchen beigetragen. 1982 waren es ein Viertel weniger als 1975, dagegen wurde ein leichter Anstieg bei den Frauen zwischen 30 und 35 Jahren festgestellt. Hierfür machen die Experten teilweise die Angst vor gesundheitlichen Schäden durch die Pille verantwortlich sowie die Tatsache, daß Frauen dieser Altersgruppe besonders häufig in Scheidung leben und oft auf Verhütungsmittel verzichten. Im übrigen zeigt eine andere Statistik aus dem Jahre 1981, daß sich etwa 62 Prozent der Schwedinnen vor einer Schwangerschaft schützen. Diese Zahl wird als hoch angesehen.

Die Experten weisen die Auffassung der Gesetzeskritiker zurück, daß die extrem niedrige Geburtenziffer eine Folge der liberalen Abtreibungsgesetze sei. Die Kommissionssekretärin Merike Lidholm meint dazu: „Die geringe Zahl der Geburten hängt alleine mit den Wünschen der Menschen zusammen. Die meisten Paare wollen nur ein Kind haben, höchstens zwei."

Als bestes Mittel gegen unerwünschte Schwangerschaften sieht die Kommission eine intensivere Information über Vorbeugungsmöglichkeiten. Besonders gute Erfahrungen hat man mit dem sogenannten Gotland-Projekt gemacht, das jetzt schon in vielen anderen Teilen Schwedens nachgeahmt wird. Auf der Ostseeinsel unterzogen sich Beschäftigte aus dem Gesundheits- und Schulwesen, aus der Kirche und dem Sozialbereich einer Spezialausbildung. Sie lernten, sich mit Leuten in Gruppen oder einzeln über Fragen des Ehe- und Familienlebens ohne Scheu zu unterhalten. Sie warten nicht, bis konkrete Probleme vorliegen, sondern sehen ihre Tätigkeit als Vorbeugung. Der Erfolg stellte sich bald ein: Die Zahl der Schwangerschaftsunterbrechungen ging spürbar zurück.

ZU GUTER LETZT

„Aus welchem Grund hat die Müllabfuhr den noch nicht vorhandenen Müll für Karfreitag (1. April) bereits Sonnabend, den 26. März, abgeholt?" (Anfrage des SPD-Abgeordneten Walter Momper an den Berliner Senat).